»Alternative Fakten sind gut« S. 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 23 – 9. Juni 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Selbst für die gelassenen Briten zu viel: Kundgebung in London nach dem jüngsten radikal-islamischen Attentat Bild: Imago

Eine Schwelle überschritten

Reaktionen auf London zeigen: Die dürre Rhetorik der Politik erschöpft sich

Immer schwerer fällt es den Verantwortlichen, vom schrecklichen Irrtum ihrer Multikulti-Ideologie abzulenken.

Mit dem jüngsten radikal-islamischen Anschlag von London wurde eine Schwelle überschritten. Drei mörderische Attentate in nur 73 Tagen – das ist selbst für die gelassenen Briten mehr, als sie zu ertragen bereit sind.

Es war ausgerechnet der Bürgermeister der britischen Hauptstadt, Sadiq Khan, selbst Moslem, der noch im September 2016 zu behaupten wagte, Terror-Angriffe gehörten nun einmal zum Leben einer Großstadt, darauf müsse man gefasst sein. Wer so redet, will vor allem eines: Verhindern, dass die Bürger nach den Ursachen für diese blutige Eskalation suchen und sie womöglich in der völlig verfehlten Zuwanderungspolitik unter dem Dogma von Multikulti finden. Khan und alle, die reden wie er, stellen die radikal-islamischen Morde daher lieber dar wie ein Naturereignis, das keine Verantwortlichen kennt.

Dass diese durchsichtige Strategie im Scheitern begriffen ist, zeigt sich auf allen Ebenen. Es beginnt bei den Bürgern selbst: Aus London wird erstmals davon berichtet, dass sich Anwesende den Mördern kämpfend entgegenstellten. Bürger, die eigenhändig ihre Sicherheit und die ihres Landes verteidigen, sind ein Schrecknis für Politiker, die mit den Folgen ihrer eigenen Politik nicht mehr fertig werden.

> Mit dem Terror leben? Das machen die Bürger nicht mit

Die politische Führung des erneut getroffenen Landes verschärft deshalb ihre Rhetorik. Premierministerin Theresa May will den islamischen Extremismus „ausrotten“, und ihr linker Herausforderer Jeremy Corbyn wirft May vor, als jahrelange Innenministerin 20000 Polizeistellen gestrichen zu haben. Ausgerechnet Corbyn, der wie kaum einer für die „weiche“ Linie gegenüber dem radikalen Islam steht – oder bis eben stand.

Kurz nach dem Anschlag standen die Briten bei den Parlamentswahlen vor der Wahl, sich für zwei Varianten eines gescheiterten Konzepts von Zuwanderungspolitik à la Multikulti und einer Debattenkultur zu entscheiden, welche vor allem auf Verharmlosung und (Selbst-) Betrug ruht – eine trostlose Alternative.

Den deutschen Verwandten der Briten geht es nicht besser, sondern eher noch schlechter. Während sich auf der Insel die Resultate der falschen Zuwanderungspolitik massiv blutig niederschlagen, fährt die Regierung Merkel mit ihrer Politik der offenen Tore für Zuwanderer aus den gefährlichsten Regionen der Welt faktisch fort. Schon allein der Familiennachzug steigt immer mehr an. Merkels Koalitionspartner SPD stützt diese Linie, der noch linkeren Opposition geht sie nicht einmal weit genug.

Die betont laue Reaktion der deutschen Politik auf den Anschlag von Berlin im Dezember sprach Bände. Noch versuchen die Verantwortlichen, die Ergebnisse ihrer falschen Politik wegzudrücken. In England aber zeichnet sich ab, dass die Bürger das nicht ewig mitmachen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Kriecherei

Kein Mensch kennt Oswin Veith. Und doch hat er es auf die Titelseite der „Bild“ geschafft. Nicht als Bundestagsabgeordneter, denn als solcher führt er eine unbedeutende Hinterbänkler-Existenz. Sondern als Präsident des Reservistenverbandes. Dessen Mitglieder dürften ihn derzeit allerdings kaum zu Gesicht bekommen können, denn er steckt tief im Allerwertesten von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Dafür hat ihn die „Bild“ zum Verlierer des Tages erhoben. Der Oberst der Reserve hat sich nicht entblödet, beim Parlamentarischen Abend seines Verbandes in Anwesenheit der Ministerin annähernd wortgleich deren infame Kritik an der Bundeswehr zu wiederholen und genau das nachzuplappern, was diese in Sachen Wehrmacht und Traditionspflege von sich gegeben hat. In einem offenen Brief legt er noch nach und verunglimpft zudem die Kritiker der Ministerin als verlogene Diskutierer, Beleidiger und Besserwisser.

Es gab Zeiten, in denen die Mitglieder des Reservistenverbandes stolz auf ihre Präsidenten sein konnten. Selbstverständlich loyal, aber über jeden Verdacht des Opportunismus erhaben, haben sie hart in der Sache, aber moderat im Ton um die Interessen der Reservisten gerungen und sind dafür auch manchen Konflikt mit der Politik eingegangen. Das ist heute anders. Da wird Loyalität mit Kriecherei und peinlicher Anbiederung verwechselt.

Das Ganze wäre keine Zeile wert, wenn sich Veith, dessen Verband gerade einmal 115000 Mitglieder hat, nicht anmaßen würde, für „die Reserve“ zu sprechen – die tatsächlich nach Millionen zählt. Und wenn die Existenz des Reservistenverbandes nicht jährlich mit 17 Millionen Euro aus dem Verteidigungshaushalt alimentiert würde.

Immer weniger helfen

Studie: Menschen unzufrieden wegen Asylsucherzustroms

Die armenische Aurora-Stiftung hat ihren ersten Humanitäts-Index vorgestellt. Daraus geht hervor, dass die weltweite Hilfsbereitschaft infolge des durch den Asylsucherzustrom ausgelösten Sicherheitsdefizits stark am Sinken ist. Der Index basiert auf einer Umfrage unter 6500 Personen in 20 Ländern aller Kontinente. Er hinterfragt die Effektivität humanitärer Interventionen und die individuelle Motivation, Notleidenden zu helfen. Neben dem dramatischen Rückgang in der Hilfsbereitschaft der Einzelnen wird den politischen Führern weltweit immer weniger Vertrauen entgegengebracht, die humanitären Probleme der Menschheit zu lösen. Auch dies ist eine der Ursachen der abnehmenden Hilfsbereitschaft in den westlichen Ländern. Nur noch neun Prozent der Befragten glauben, dass ihr Verhalten überhaupt einen Einfluss auf eine Verbesserung der humanitären Situation weltweit hat. Als Ursache dieses zurückgehenden persönlichen Engagements geben 62 Prozent den ansteigenden Terrorismus an. An zweiter Stelle wird der sich vergrößernde Unterschied zwischen Arm und Reich angegeben. Es folgen „Hunger, Klimawandel und gewaltsame Migration“.

Aus dem Index geht weiter hervor, dass 42 Prozent der Befragten angaben, dass ihre Länder bereits zu viele „Flüchtlinge“ aufgenommen hätten. 44 Prozent gaben an, dass die Zuwanderung ethnische Konflikte begünstige. In Großbritannien, Kenia, der Türkei und Frankreich liegt dieser Prozentsatz sogar bei über 50. Immer weniger Menschen trauen der Politik zu, die Asylkrise zu lösen. Am ehesten trauen sie mit 33 Prozent das noch US-Präsident Donald Trump zu.

Die steigende Apathie gegenüber der Mitmenschlichkeit stehe in krassem Gegensatz zu dem steigenden humanitärem Bedarf in vielen Bereichen, sagte Ruben Vardanyan, der Mitbegründer der Aurora-Initiative. Als einzigen positiven Aspekt hat die Studie eine gesteigerte Hilfsbereitschaft der Jugend ermittelt. *Bodo Bost*

Datenspeicherung bleibt

Bundesregierung ignoriert Urteil des Europäischen Gerichtshofs

Üblicherweise reagiert die deutsche Politik blitzschnell, wenn es darum geht, Vorgaben der EU umzusetzen, und seien sie noch so unsinnig. Nicht so jedoch im Fall der höchst umstrittenen Vorratsdatenspeicherung.

Jedenfalls sieht sie in einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Vorratsdatenspeicherung keinen Grund, an den deutschen Gesetzen hierzu etwas zu ändern, teilte sie den konsternierten Bundestagsabgeordneten der Linkspartei mit. Seit Ende 2015 ist das „Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten (VerkDSpG)“, das die Telekommunikationsunternehmen verpflichtet, bis zum 1. Juli 2017 die Voraussetzungen zur Speicherung von Verkehrsdaten zu erfüllen, in Kraft. Der EuGH stellte jedoch in einer Entscheidung vom 21. Dezember 2016 fest, dass die von dem deutschen Gesetz vorgesehene anlasslose Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union vereinbar sei.

Die Bundesregierung ficht das nicht an. Sie verweist lakonisch darauf, dass die Prüfung, „welche Schlussfolgerungen aus dem EuGH-Urteil zu ziehen sind“, derzeit noch nicht abgeschlossen sei. Außerdem habe die Europäische Kommission angekündigt, eine Analyse des Urteils durchzuführen und dann konkretere Hinweise zu geben, welche Kriterien nationale Gesetze der Mitgliedstaaten erfüllen müssten, um den Anforderungen des Urteils gerecht zu werden. Das Inkrafttreten der deutschen Regelung zum 1. Juli 2017 sieht sie durch das Urteil jedenfalls nicht gefährdet.

Auch für eine Änderung des Verkehrsdatenspeichergesetzes, mit der Berufsgeheimnisträger von der Speicherung ihrer Verkehrsdaten ausgeschlossen werden sollen, sieht die Regierung keinen Anlass. Deren Daten seien „auch ohne eine Ausnahme von der Speicherpflicht durch ein striktes Erhebungs- und Verwendungsverbot geschützt“. *J.H.*

MELDUNGEN

Jugoslawiens Zerfall schädlich

Washington – Der Zerfall Jugoslawiens hat einer Umfrage des Gallup-Instituts zufolge mehr Schaden als Vorteile gebracht. Auf die Frage, wie sich die Auflösung der Sozialistischen Republik Jugoslawien ausgewirkt hat, sagten nur vier Prozent der Serben, dass dies zum Vorteil gewesen sei, während eine überwältigende Mehrheit von 81 Prozent meint, dass sie schädlich gewesen sei. Auch in Bosnien und Herzegowina sehen nur sechs Prozent der Befragten das Ende Jugoslawiens als Segen für ihr Land an. Negative Bewertungen gab es hingegen von 77 Prozent. In Montenegro glauben 65 Prozent, dass der Zerfall geschadet hat. 21 Prozent der Mazedonier gaben an, nicht zu wissen, ob die Trennung von Vorteil ist. Im jüngsten EU-Mitgliedsland Kroatien hingegen sehen 55 Prozent die Auflösung positiv. *J.H.*

Offizielle Zahlen zu Schleusern

Berlin – Von Anfang 2015 bis einschließlich März 2017 sind nach Angaben der Bundesregierung 4595 Schleuser festgestellt worden, davon 3370 im Jahr 2015, 1008 im Jahr 2016 und 217 im laufenden Jahr. Zugleich wurden in diesem Zeitraum 23 666 „geschleuste Personen“ festgestellt, nämlich 16 725 im Jahr 2015, 5937 im vergangenen Jahr und 1004 im ersten Quartal des laufenden Jahres. Hauptherkunftsländer dieser „geschleusten Personen“ waren im Jahr 2015 Syrien vor Afghanistan und dem Irak, im Jahr 2016 Afghanistan vor dem Irak und Syrien sowie im laufenden Jahr Syrien vor dem Irak und Russland. Ferner wurden im genannten Zeitraum 318 598 „unerlaubt eingereiste Personen ohne Verbindung zu einer Schleusungshandlung festgestellt“. Davon entfielen 200 512 auf das Jahr 2015, 105 906 auf das Jahr 2016 und 12 180 auf die ersten drei Monate des laufenden Jahres. *J.H.*

Moskaus neues Gesicht

Moskau – Die russische Hauptstadt Moskau will ihr Gesicht verändern und dazu die verbliebenen noch etwa 8000 Häuserkomplexe aus der Chruschtschow-Zeit abreißen. Diese machen über zehn Prozent der gesamten Moskauer Wohnfläche aus und werden von fast zwei Millionen Menschen bewohnt. Offiziell wird als Grund für das von Bürgermeister Sergej Sobjanin verfochtene Großprojekt angegeben, dass diese als Chruschtschowkas bekannten Gebäude der 1950er und 1960er Jahre sanierungsbedürftig seien oder dies in naher Zukunft sein würden. Gewichtiger dürfte allerdings die Absicht sein, die meist fünfgeschossigen Plattenbauten, bei denen man in Sowjetzeiten noch auf einen Aufzug verzichten zu können glaubte, durch höhere Bauwerke – im Schnitt sind 20 Stockwerke angedacht – zu ersetzen, um so zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Den ehemaligen Mietern der Altbauten, die inzwischen meist Besitzer ihrer Quartiere sind, wird eine gleichgroße Wohnung in den neuen Häusern garantiert, und so sind laut Umfragen etwa 80 Prozent von ihnen mit den Plänen der Stadtregierung einverstanden. Den jetzigen Plänen zufolge soll die Umgestaltung in acht Jahren abgeschlossen sein und umgerechnet an die 60 Milliarden Euro kosten. *T.W.W.*

Deutschland ein Verbrecherland?

Ehemaliger Oberstaatsanwalt Egbert Bülles warnt vor Gefahren durch Organisierte Kriminalität

Er spielte eine Schlüsselrolle in der Visa-Affäre, die den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer 2005 vor einen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages brachte. Dabei ging es um den berüchtigten Volmer-Fischer-Erlass, der kriminellen Schlepperbanden aus Osteuropa Tür und Tor nach Deutschland und in den EU-Bereich öffnete. Die Rede ist von Oberstaatsanwalt Egbert Bülles aus Köln, der als Chef einer Ermittlungskommission den Fall ins Rollen brachte. Der inzwischen pensionierte Rheinländer ist Autor des Buches „Verbrecherland Deutschland“. Er warnt eindringlich vor den massiven Gefahren der Organisierten Kriminalität (OK). Das Interview führte Bernd Kallina.

PAZ: *In früheren Jahren waren Sie voller Optimismus, dass der Rechtsstaat im Kampf gegen die OK letztlich die Oberhand behalten würde. Nach jahrzehntelanger Berufserfahrung überwiegt bei Ihnen heute begründete Skepsis. Gibt es einen auslösenden Faktor, der bei Ihnen eine Umkehr der Lageeinschätzung auslöste?*

Egbert Bülles: Ja, meine erhebliche Skepsis begann im Jahre 2005, als die EU-Ost-Erweiterung zur Aufnahme von Rumänien und Bulgarien führte. Mir war schnell klar, dass dadurch eine Welle von potenziellen Straftätern auf uns zukommen würde. Man hat ja seitens der EU freie Fahrt für Waren und Personen ermöglicht, aber die Strafverfolgungsbehörden sind trotz eindringlicher Warnungen nicht verstärkt worden. Alle Hinweise der Justiz und Polizei über OK-Syndikate und Clans in diesen Ländern wurden von der Politik nicht ernst genommen. Dass in den neuen EU-Ländern weite Teile der Gesellschaft als mafiös beherrscht galten, wurde völlig ausgeblendet. Negiert wurde weiter, dass in Rumänien durch den Sturz der kommunistischen Diktatur Teile des früheren Geheimdienstes sich der OK zugewandt hatten. Im Hinblick auf die große europäische Idee sprach man in Berlin lapidar von hinnehmbaren Kollateralschäden. Die dann schnell auftretenden erheblichen Probleme wurden auf die Bundesländer und die Kommunen abgewälzt.

PAZ: *Ihre öffentlichen Warnungen vor diesen und ähnlichen Gefahren lösten in Ihrem dienstlichen Umfeld wenig Begeisterung aus. Zwar widersprach Ihnen in der Sache niemand, aber wirkungsvolle Unterstützung bekamen Sie auch nicht, oder?*

Bülles: Unterstützung (lacht), nein, die gab es nicht, im Gegenteil. Als sich herumsprach, dass ich am Buch „Deutschland Verbrecherland?“ arbeitete, wurden einige im Kölner Justizzentrum zunehmend nervös. Anfangs versuchte man, mich mit netten Worten von dem Vorhaben abzubringen, und als dann das Buch erschien, gab es zwar Zuspruch seitens der Leser, aber heftige Kollegenschelte.

PAZ: *Warum eigentlich Kollegenschelte?*

Bülles: Man warf mir vor, ein „populistisches Buch“ geschrieben zu haben, obwohl der Begriff aus meiner Sicht nichts Negatives darstellt. Er kommt aus dem Lateinischen „populus“, heißt also „Volk“. Das heißt, das Volk soll auch verstehen, was Sache ist. Ich habe dieses Buch übrigens weder aus Verbitterung noch aus Verärgerung oder gar aus Profilierungssucht geschrieben, sondern einfach, um auf die Gefahren der OK in Deutschland hinzuweisen, die ich – berufsbedingt – ganz gut einschätzen kann. Punkt!

PAZ: *Es fehle der politische Wille zu einer wirksamen Bekämpfung der OK, klagen Sie. Das verwundert insofern, als doch Politiker sich gerade mit einer engagierten Anti-OK-Strategie wählerwirksam profilieren könnten. Was läuft hier schief?*

Bülles: In der Tat läuft vieles schief. Es wäre äußerst hilfreich, wenn sich die Politiker auf diesem Feld mehr hervortun würden. Aus mehreren Gründen ist dies jedoch kaum der Fall. Zum einen verfügen Verbrechensopfer über eine vergleichsweise schwache politische Lobby. Die Opferorganisation „Weißer Ring“ kommt immer dann zum Zuge, wenn die Medien ein neues Rührstück über ein bemitleidenswertes Einzelschicksal veröffentlichen wollen, ansonsten aber verhallen die politischen Forderungen der Opferschutzverbände im politischen Nirwana von Bund und Ländern. Nach dem Amoklauf von Winnenden, bei dem ein 17-jähriger Schüler mit der Pistole des Vaters 15 Menschen erschoss, hat die Politik alle Forderungen nach schärferen Waffengesetzen geschickt ausgesessen. Passiert ist nichts.

PAZ: *Sehen Sie noch andere Gründe für die Zurückhaltung vieler Politiker?*

Bülles: Durchaus. Es gibt sogar Politiker, die ein geradezu verstörendes Interesse daran haben, dass mafiöses Geld in ihren Bereichen investiert wird. Das klingt zwar verrückt und ich will es keinesfalls verallgemeinern, aber derartige Fälle sind mir bekannt. Dabei verweise ich auf skandalöse Vorgänge etwa in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Ich nenne Vorfälle in Erfurt, die die mutige Journalistin Petra Reski in Büchern und Zeitungen veröffentlicht hat. Sie scheute sich nicht davor, Ross und Reiter im Zusammenhang mit italienischen Mafia-Strukturen in der dortigen Pizzeria-Gastronomie namentlich zu benennen und wurde im Gefolge ihrer Veröffentlichungen sogar vor Gericht gezerrt.

PAZ: *OK ist ein weites Feld. Können Sie anhand eines aussagekräftigen Beispiels verdeutlichen, was und warum hier so vieles im Argen liegt?*

Bülles: Ein typischer Fall ist beispielsweise der organisierte Diebstahl von hochwertigen Kraftfahrzeugen in den letzten Jahren, speziell von BMW X 5. Der hatte nämlich nur eine elektronische Wegfahrsperre, während die Konkurrenzmodelle von Audi und Mercedes schwerer zu entwenden waren. Und diese Autos wurden dann über die A 2 etwa nach Polen oder Litauen gebracht beziehungsweise auf dem Schiffsweg über Rotterdam nach Osteuropa. Mein Appell an die BMW-Vertreter, die mir in Köln bei diesbezüglichen Gerichtsverhandlungen begegneten, war eindringlich. Denn das zu lösende Problem ist doch klar erkennbar: Wenn die deutsche Automobilindustrie genauso intensiv unknackbare Wegfahrsperren entwickeln würde, wie etwa immer leistungsstärkere Motoren, entfiele die Einnahmequelle für die organisierten Autobanden aus Süd- und Osteuropa und die hiesigen Sicherheitsbehörden hätten eine Sorge weniger. Hier sind auch die Versicherungen gefordert, durch hohe Prämien Druck auf die Hersteller nobler Marken auszuüben, ihre Fabrikate besser zu sichern, ein probates Mittel übrigens. Auf diese Weise sahen sich beispielsweise Produzenten hochwertiger Autoradios gezwungen, Codes in ihre Geräte einzubauen, die den Diebstahl erschweren.

PAZ: *Kommen wir zum Thema „Migranten-Kriminalität“: Erst nach der Kölner Silvesternacht und mit den Wahlerfolgen der AfD ist man seitens staatlicher und medialer Instanzen allmählich bereit, das Ausmaß der Verwerfungen beim Namen zu nennen. Weshalb so zögerlich, warum so spät?*

Bülles: Es gibt sogar im Pressekodex eine Passage, nach der die Herkunft der Täter nur aus unbedingt zwingenden Gründen benannt werden soll, was in der Praxis zu einer jahrzehntelangen Verschleierung führte. Wir stehen bei solchen Friktionen immer noch im Schatten unserer unseligen NS-Vergangenheit, die uns – komplexhaft – daran hindert, in staatlichen Ordnungsangelegenheiten normal und zielführend zu agieren. Erpresserisch wird ständig aus dem „Gutmenschen“-Lager ins Feld geführt, dass man Leute nicht diskriminieren dürfe, nur weil sie aus anderen Ländern kommen. Das ist ja im Prinzip ganz richtig. Andererseits: Um herkunftstypische Straftaten zu verstehen und ihnen präventiv zu begegnen, etwa den Enkeltrick, der ja auch nur von bestimmten Leuten begangen wird, muss man meiner Meinung nach die Herkunft dieser Kriminellen erwähnen. Aber, um Rassismusvorwürfen gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen, mir geht es wahrlich nicht darum, Deutschland gegen Einwanderer abzuschotten, auf die unser Land allein schon wegen der prekären demografischen Entwicklung in gewissem Umfang angewiesen ist. Allerdings darf im Zuge einer sinnvollen Integration von Migranten der Hinweis auf die Probleme samt ihrer Auswirkungen auf die OK kein Tabu sein.

PAZ: *Welche Probleme sehen Sie in diesem Zusammenhang vor allem?*

Bülles: Da brauchen Sie nur einen kritischen Blick auf manche Viertel deutscher Städte zu werfen. Dort sind der Verkauf von Drogen auf den Straßen, Schutzgelderpressungen und Schlägereien auf der unerfreulichen Tagesordnung, Tendenz steigend. Duisburg-Marxloh gilt im Polizeijargon als „gefährlicher Ort“. Es ist ein Stadtteil mit zwei Gesichtern: Zahlreiche türkische Geschäftsleute haben sich hier niedergelassen, sie betreiben Lebensmittelläden, Friseurgeschäfte, Bäckereien und halten das Quartier am Leben. Den Ton geben aber Sippen aus dem Libanon, den kurdischen Gebieten in der Türkei, aus dem Irak und neuerdings aus dem Balkan an. Sie sind ein Grund für die wachsende OK-Delikrate im Viertel. Insbesondere Familien, die sich selbst als „die Araber“ bezeichnen, leben in einer Parallelwelt, in denen Frauen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und der hiesige Rechtsstaat nicht akzeptiert wird. Diese Sippen haben ein weites Geschäftsfeld aufgebaut: Rotlicht, Schutzgeld, Drogen – Hauptsache illegal.



Auch im Ruhestand ein streitbarer Jurist: Egbert Bülles Bild: Imago

PAZ: *In Ihrer Schwäche-Analyse bei der OK-Bekämpfung führen Sie auch die Zersplitterung der Strafverfolgungsbehörden an. Wollen Sie, zumindest in diesem Bereich, den föderativen Aufbau der Bundesrepublik zurückfahren?*

Bülles: Ja, ich will zwar den Föderalismus nicht gänzlich in Abrede stellen, aber 16 Bundesländer sind einfach zu viel. Bei der OK-Bekämpfung treten angesichts der föderalen Zersplitterung diese Problembereiche auf: Es fehlt oft an Kooperationen zwischen den Polizeidienststellen und den Staatsanwaltschaften, sogar innerhalb eines Bundeslandes. Dann hat jedes Land andere Organisations-Modelle der OK-Bekämpfung. Es existieren unterschiedliche Kommunikationsmittel und jedes Land hat divergierende Interessen. Doch die Straftäter interessiert es überhaupt nicht, ob sie in Rheinland-Pfalz, in Bayern oder in Baden-Württemberg ihren Gesetzesbrüchen nachgehen, sondern sie wollen möglichst schnell Geld verdienen. Immer wieder habe ich beispielsweise Straftäter, die aus dem Balkan kamen und in Köln straffällig wurden, danach gefragt, warum sie ihre Straftaten nicht in Bayern oder in Baden-Württemberg begehen, und die Antwort lautete stets, dass in diesen Ländern der Verfolgungsdruck viel höher sei. Würden sie in diesen „Südländern“ erwischt, wären schnelle und höhere Bestrafungen die sichere Folge.

PAZ: *Welche Folgerungen ziehen Sie daraus?*

Bülles: Es muss eine weitgehende Optimierung von Kooperationsmöglichkeiten auf allen Ebenen erfolgen. Erforderlich ist eine örtliche, regionale, aber auch länderübergreifende und internationale Zusammenarbeit der Behörden. Insofern sind die Aachener Erklärung über die Zusammenarbeit von NRW, Niedersachsen, dem Bund und den Niederlanden, die Berliner Erklärung über die Zusammenarbeit der CDU-Länder und des Bundes sowie das Viererbündnis aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 2016 zur gemeinsamen Bekämpfung von Einbrechern ein Schritt in die richtige Richtung, ein hoffnungsvoller Anfang. Hinzu kommt: Notwendig ist auch ein kompatibler Datenaustausch auf dem Stand neuester Technik.

PAZ: *Und die gesetzlichen Instrumente bei der OK-Bekämpfung? Auch hier monieren Sie erhebliche Defizite.*

Bülles: Nach wie vor fehlen in Deutschland spezielle Anti-Mafia-Paragrafen, wonach schon die Mitgliedschaft in der Mafia strafbar ist, wie es in Italien üblich ist und dort Erfolge zeitigt. Hat nämlich ein italienisches Gericht eine kriminelle Organisation einmal als Mafia klassifiziert, so ist dieses Urteil für jedes andere italienische Gericht bindend, wodurch sich im Gegensatz zu Deutschland neue, langatmige Beweisaufnahmen erübrigen. Weitere Beispiele: Die derzeitigen Regelungen zum sogenannten „Lauschangriff“ sind völlig unpraktikabel. Wegen der komplexen rechtlichen Bestimmungen hat die „akustische Wohnraumüberwachung“ praktisch ausgedient. Dabei zeigt ein professioneller Blick ins OK-Milieu ganz deutlich, dass Absprachen, Treffpunkte und Logistik bei modernen Kriminellen heute über Mobiltelefone laufen. Einen unzweifelhaften Beweis liefern Bewegungs- und Verbindungsdaten der Handys. Sie offenbaren die Strukturen ihrer Organisationen und deren Köpfe, die oft vom Ausland aus agieren. Doch die Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung ist so lückenhaft und die Fristen sind so kurz, dass eine Überführung der Täter kaum noch möglich ist. Sie sehen, es liegt zu vieles im Argen, gerade auch bei den gesetzlichen Instrumenten.

PAZ: *Welches Fazit ziehen Sie aus dem Gesagten? Ist Deutschland wirklich auf dem Weg zum „Verbrecherland“, wie Sie es bei Ihrem Buchtitel noch mit einem Fragezeichen versehen haben?*

Bülles: Deutschland ist kein Gangland – noch nicht. Die organisierte Unterwelt ist bei uns noch nicht so weit, dass sie etwa nach italienischem Vorbild die gesamte Gesellschaft durchdringt, die Wirtschaft und die Politik. Aber wenn die deutsche Staatsmacht weiterhin alles beim Alten belässt, anstatt massiv aufzurüsten, könnte der Kampf gegen die OK verloren werden. Dies gilt es zu verhindern.

Limburg ist überall

Welche Blüten die Politische Korrektheit treibt, und was das für die Zukunft befürchten lässt

In Limburg wendet sich die Bilderstürmerei der Politischen Korrektheit (PC) gegen „Fuchs du hast die Gans gestohlen“. Zum Problem wurde diese Groteske dadurch, dass die Staatsmacht in Form des Bürgermeisters dem Druck nachgab und dieses alles leider kein bedauernswerter Einzelfall ist, sondern zunehmend symptomatisch für die Republik.

Im Februar dieses Jahres erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Bischofsstadt, weil der Glockenturm des vor weit über 100 Jahren errichteten Rathauses ein Glockenspiel beherbergt, zu dessen umfangreichem Programm auch das Kinderlied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ gehört. Das war stets unbeanstandet geblieben, doch dann erhob eine Veganerin beim Bürgermeister Vorstellungen in dem Sinne, dass sie, die sie aus Überzeugung die Verwendung jeglicher tierischer Produkte ablehne, sich von dem Gedanken weltanschaulich zutiefst verletzt fühle, dass der Fuchs eine Gans fressen könnte. Sie fordere daher von der Stadt Limburg, jenes Lied in seiner Brutalität aus dem Programm des Rathaus-Glockenspiels zu nehmen.

Dies ist die Geschichte, soweit sie sich als psychische Störung einer einzelnen Person denken lässt. Doch damit ist sie noch nicht zu Ende. Der Bürgermeister nämlich, der Sozialdemokrat Marius Hahn, zeigte sich sogleich überaus willfährig und gab dem Ersuchen der Veganerin statt. Hier wird der Vorgang von der Groteske zum Problem. Dass die zartbesaitete Dame Anstoß an der Melodie nimmt – gesungen wurde der Text ja ohnehin nicht –, ist das Eine, dass ein von den Wählern bestallter Kommunalpolitiker sich auf derlei einlässt, das Andere.

Da darf sich der Bürgermeister nicht wundern, dass die Tierschutzorganisation Peta gleich nachgelegt hat. Sie will, dass mit Erscheinungen wie dem diebischen Fuchs insgesamt aufgeräumt wird und führt als weiteres befremdliches Beispiel das Märchen vom Rotkäppchen an, das geeignet sei, den Wolf in schlechtem Licht erscheinen zu lassen. Natürlich kann man von Limburgs Bürgermeister nicht erwarten, dass er allein alle Märchen der Brüder Grimm nach Politischer Korrektheit durchforstet, das ist dann eine Aufgabe, die im Rahmen einer Kulturrevolution durchzuführen wäre.

Auch wenn die inkriminierte Melodie inzwischen wieder von Limburger Rathausturm erklingt – ob wegen besserer Einsicht oder aber aus Furcht vor dem Spott, ist unerheblich – bleibt doch Anlass, sich über den Vorgang weiterführende Gedanken zu machen, besonders, da er beileibe nicht der einzige seiner Art ist. Ein wenig Aufmerksamkeit gegenüber den Medien reicht aus, um annähernd täglich auf einen vergleichbaren Vorgang zu stoßen. Es gibt sogar schon eine regelmäßig ausgestrahlte Fernsehsendung, die sich diesem Thema widmet.

Tatsächlich kann man bei den allermeisten Beispielen auf ähnliche Merkmale stoßen. Dazu gehört ein erschreckendes Maß an Irrationalität, die erstaunen muss in einer Gesellschaft, die sich selbst als aufgeklärt und vorurteilsfrei versteht. Dazu gehört aber auch der Druck einer selbstgefälligen Moralität, die Tabus setzt und alles Abweichende mit Verdammnis ahndet. Man nennt das die Politische Korrektheit, die den größten Angriff auf die Freiheit des Geistes darstellt, seit die UdSSR untergegangen ist.



Der Tatort und der Täter: Limburgs Glockenturm-bewehrtes Rathaus und dessen Hausherr, Bürgermeister Marius Hahn (kleines Bild) Bilder (2): Imago

> Aus Gründen der PC wurde »Fuchs, du hast die Gans gestohlen« aus dem Programm des Rathaus-Glockenspiels gestrichen

Dieser Druck äußert sich naturgemäß am deutlichsten und rücksichtslosesten in dem gewaltsamen Einfluss, den er auf die Sprache ausübt. Es beginnt mit dem von Politikern und Journalisten bis zum Schwachsinn heruntergeleierten „Bürgerinnen und Bürgern“ und hört beim Verbot, den alten Namen „Tschechei“ zu benutzen, noch lange nicht auf. Man fühlt sich an die DDR erinnert, in der ein Weihnachtsengel „Jahresend-Flügelpuppe“ heißen musste.

Man wäre fast versucht, darüber hinwegzusehen, aber zwei Gründe verbieten das: Zum einen mischt sich hier der Staat in private Belange, und das ist immer ein Zeichen für autoritäre Neigungen. Zum anderen übt derjenige, der Einfluss auf die Sprache nimmt, auch Einfluss auf das Denken und in der Folge auf das Handeln aus. Und das ist der Schritt vom autoritären zum totalitären Verständnis von Staat und Gesellschaft.

Es kann nicht verwundern, dass in diesem Zusammenhang der Feminismus und mit ihm die gesamte Genderforschung eine kolossale Rolle spielen. Wer etwa bislang gemeint haben sollte, die Menschen teilten sich in Mann und Frau, ist reaktionär. Auch die Erweiterung um die Kategorie der Unentschlossenen bringt ihn nicht auf die Höhe der Zeit. Denn die Gender-Forschung hat bislang 140 sexuelle Varietäten ausgemacht, wobei es auf Schwierigkeiten stoßen dürfte, diesen allen in öffentlichen Toiletten ein eigenes Türchen zuzuweisen. Doch finanziert wird dieser Schwachsinn über deutschlandweit 215 Lehrstühle für Genderforschung an den verschiedensten Hochschulen.

Begleitet wird jener Druck, unter dem die Bürger stehen, von einem eiferndem Fanatismus. Dieser ist in seiner Unbedingtheit die Lebenskraft der totalitären Ideen, die, unter Berufung auf ihre jeweils spezifischen Moralität, ihr Anliegen als vorrangig gegenüber allen anderen begreift und beschreibt und deshalb kein Mittel scheut, dem zum Durchbruch zu verhelfen. Was dabei restlos zu Schaden kommt, ist die Toleranz, was eigentlich erstaunen sollte. Denn nach seinem Selbstverständnis beansprucht der moderne, politisch korrekte, aufgeklärte Staat die Toleranz als eines seiner Wesensmerkmale.

Dies alles führt zur Despotie der Minderheiten, wie ja überhaupt das Wort „normal“ nahe daran ist, mit Gebrauchsverbot belegt zu werden. Und hinter den Minderheiten verstecken sich die fünf Prozent, die das Ganze an langen Fäden lenken. *Florian Stumfall*

Der Verfasser dieses Artikel ist Autor des Buches „Das Limburg-Syndrom“, dessen Erscheinen für diesen Sommer geplant ist.

MELDUNGEN

Von der Leyen stockt auf

Berlin – Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Personalstärke ihres Ministeriums um ein Viertel vergrößern. Dazu heißt es, der personelle Mehrbedarf bestehe „für defizitär wahrgenommene und neue Aufgaben“. Für eine „auskömmliche Personalausstattung“ umfasse der „tatsächliche Personalbedarf“ 2504 Dienstposten. Derzeit arbeiten 2043 Soldaten und Zivilbedienstete im Berliner Bendlerblock und auf der Bonner Hardthöhe. Konkret beabsichtigt die Ministeriumsspitze unter anderem, „in den Abteilungen Dienstposten für ständige Stellvertreter/-innen der Abteilungsleiter/-innen (Planung, Führung Streitkräfte, Cyber/Informationstechnik) zu schaffen und ein zusätzliches Referat ‚Arbeitgebermarke Bundeswehr, Social Media‘ einzurichten“. *J.H*

Angriffe auf Asylunterkünfte

Berlin – Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 53 sogenannte politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert worden, bei denen Schusswaffen als Tatmittel eingesetzt wurden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Abzüglich des Unterthemas „gegen Asylunterkünfte“ wurden danach insgesamt 26 Straftaten „gegen Asylbewerber/Flüchtlinge“ mit Schusswaffen als Tatmittel verzeichnet. Aus einer weiteren Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität“ im vergangenen Jahr zum Themenfeld „gegen Asylunterkünfte“ insgesamt 16 „Sachverhalte im Zusammenhang mit Vergehen gegen das Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe“ beziehungsweise des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion gemeldet wurden. *J.H.*

»Bislang beispiellos«

Die Cyberattacke mit WannaCry war nur die Spitze des Eisbergs

Die vier großen deutschen Konzerne Allianz, BASF, Bayer und Volkswagen haben eine gemeinsame Gesellschaft mit dem Namen Deutsche Cyber-Sicherheitsorganisation (DCSO) in Berlin gegründet, um den Kampf gegen die Computerkriminalität konzentriert aufzunehmen. Zurzeit seien dort 60 Mitarbeiter beschäftigt, bald sollen es mindestens 150 sein, heißt es. „Es gibt keine Firma, die sich allein schützen kann“, zitiert der „Mannheimer Morgen“ einen führenden BASF-Mitarbeiter aus der Datensicherheit.

Rund 83 000 Fälle von Cyberkriminalität sind nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) 2016 in Deutschland registriert worden. Dabei sei ein Schaden von über 51 Millionen Euro entstanden, sagte BKA-Präsident Holger Münch der Deutschen Presse-Agentur und weiter: „Polizeiliche Statistiken und Lagebilder spiegeln aber nur einen kleinen Teil der Realität wider.“ Deutschland sei als Industrieland besonders gefährdet.

Die DCSO soll künftig für Schutz sorgen. Ihr Chef, Martin Wülfert, erklärte, die Angreifer seien hochprofessionell und arbeitsteilig organisiert. Neben dem Diebstahl von Ideen, Konstruktionsplänen und Produktentwürfen werde versucht, Angebote, Preisgestaltung und Kundeninformationen abzugreifen. Dazu komme als neue Form die „digitale Erpressung“, die es in verschiedenen Formen gibt. So stehlen beispielweise Diebe auf elektronischem Wege Daten und fordern anschließend hohe Geldsummen von den bestohlenen Unternehmen mit der Drohung, die gestohlenen Daten sonst zu veröffentlichen.

Mit der Erpressungssoftware „WannaCry“ wurden Anfang Mai weltweit mindestens 300 000 Computer infiziert. Deren Daten wurden verschlüsselt und für die Entschlüsselung Lösegeld gefordert. Auch die Deutsche Bahn war betroffen, zahlreiche Ticketautomaten und Anzeigetafeln an Bahnhöfen fielen aus. Dass eine der an dem DCSO-Verbund beteiligten Firmen betroffen gewesen ist, wollte Wülfert weder bestätigen noch dementieren.

> »Es gibt keine Firma, die sich allein schützen kann«

Studien von Unternehmensberatungen wie PWC oder KPMG zeigen, dass es noch erhebliche Sicherheitslücken in deutschen Unternehmen gibt. Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, fordert daher regelmäßige Mitarbeiterschulungen in den Firmen. Allein etwas mehr Sorgfalt bei der Aktualisierung der Programme wäre schon hilfreich, erklärte er gegenüber der ARD. Die meisten Unternehmen würden vor allem ihre Rechenzentren schützen, dies sei aber nicht ausreichend. Verbreitet werde die Schadsoftware häufig über Spam-Mails, in denen die Anhänge infiziert sind oder über USB-Sticks, auf denen zuvor Daten von einem externen Rechner runtergezogen wurden. Auch seien Trojaner häufig auf Werbebannern platziert, die ein Internetnutzer anklicke.

Europol-Chef Rob Wainwright sprach angesichts von „WannaCry“ von einem Hackerangriff „bislang beispiellosen Ausmaßes“: „Wir führen jährlich Gegenmaßnahmen gegen rund 200 Cyberattacken aus, aber so etwas haben wir noch nicht gesehen.“ Wülfert meint, dass sich solche Vorfälle häufen würden. Allein VW sei monatlich mehreren hundert Attacken unterschiedlichen Ausmaßes ausgesetzt. „Man wird nie alles verhindern können“, lautet sein Fazit. *Peter Entinger*

Verdampfen statt verglühen

Ist Philipp Morris' Iquos besser als E-Zigarette und Glimmstengel?

In Deutschland ist die Zahl der Raucher seit Jahren rückläufig. Das Nichtraucherschutzgesetz und ein fast flächendeckendes Rauchverbot am Arbeitsplatz haben der Tabakindustrie herbe Verluste beschert. 2016 wurden 75 Milliarden Zigaretten in Deutschland produziert, um die Jahrtausendwende waren es noch doppelt so viele gewesen. „Wir sehen einen Rückgang von ein bis zwei Prozent im Jahr“, erklärte Jan Mücke, Geschäftsführer des Deutschen Zigarettenverbands, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Insbesondere die Zahl der jugendlichen Raucher geht massiv zurück. Nicht einmal jeder zehnte Jugendliche greift heutzutage noch regelmäßig zur Zigarette, die Tabakindustrie hat ein echtes Nachwuchsproblem.

Die Hersteller setzen daher auf neue Wege. „Ich glaube, dass schon bald der Zeitpunkt kommen wird, an dem wir das Ende der Zigaretten-Ära einläuten“, erklärt André Calantzopoulos. Er ist der Vorstandsvorsitzende des Philipp Morris-Konzerns, dem weltweiten Marktführer in Sachen Tabak. In Deutschland sind vor allem die Marken „LM“ und „Marlboro“ äußerst beliebt bei den Konsumenten. „Damit verdienen wir immer noch viel Geld“, heißt es aus dem Konzern. Dennoch setzt Philip Morris in Zukunft auf einen Tabakverdampfer. Weitreichende Investitionen in den Markt der E-Zigaretten lehnen die US-Amerikaner ab, denn die elektronische Variante ist bisher mit einem Marktanteil von etwa zwei Prozent ein Nischenprodukt. Der Zigarettenverband geht davon aus, dass rund die Hälfte der Konsumenten nebenbei auch noch zum Glimmstängel greift.

Der Tabakverdampfer soll den Kunden nun ein weniger schädliches Produkt mit gleichem Geschmack bieten, so versprechen es die Hersteller. Das Gerät funktioniert dabei wie folgt: Eine Filterzigarette mit stark gepresstem Tabak wird in einem Stift auf 300 Grad Celsius erhitzt, der Raucher atmet den Tabakdampf mit dem Nikotin ein. Das Ganze soll ohne Asche, Rauch und Gestank vor sich gehen und etwa 90 Prozent weniger Schadstoffe verbrennen. „Die neue Art Tabak zu genießen“ heißt es auf Werbeplakaten, die in den vergangenen Wochen in Berlin, München und Frankfurt zu sehen waren. Dort hat unter anderem Philipp Morris Testläufe durchgeführt und die Resonanz war positiv. Trotz eher diskreter Werbung sei man relativ schnell auf einen Marktanteil von einem Prozent gekommen. Das sei im Vergleich zum schleppenden Absatz der E-Zigaretten richtig viel. Zuerst hatte der Zigarettenkonzern seine Neuheit in den Testmärkten Japan und Italien sowie der Schweiz ausprobiert und für erfolgreich befunden. „Der Markt wird auf den Kopf gestellt“, heißt es bei Philip Morris. Jetzt beginne ein Wettbewerb der Technologien und Ideen. In Japan habe man einen Marktanteil von rund zehn Prozent. Dafür hat man massive Geldmittel in die Hand genommen. Rund 3,5 Milliarden US-Dollar hat der Tabakkonzern in den vergangenen zehn Jahren laut eigenen Angaben in die Entwicklung sogenannter risikoreduzierter Tabakprodukte investiert.

> Stark gepresster Tabak wird erhitzt auf 300 Grad Celsius

Gesund ist das neue Produkt, das derzeit noch auf den etwas sperrigen Namen „Iqos“ hört, dennoch nicht. Das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg nennt es „eine etwas weniger schädliche Alternative für die, die gar nicht vom Rauchen wegkommen.“ *P.E.*

Zeitzeugen



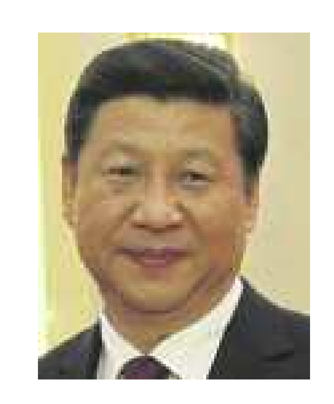
Muhammed Amin – Mit seinen 82 Jahren ist der Uigure das definitiv älteste Mitglied des Islamischen Staates. Er behauptet, nach dem „Märtyrertod“ des Sohnes mit der gesamten Familie von Xinjiang nach Syrien geflohen zu sein. Amin war der unbestrittene „Star“ des ersten antichinesischen Propagandavideos des IS.

Zhou Tianxiang – Zusammen mit zwei weiteren Spitzenmanagern seines Unternehmens starb der Generaldirektor der Auslandsabteilung der China Railway Construction Corporation am 20. November 2015 bei einem Anschlag auf das Radisson-Blu-Hotel in Bamako, der Hauptstadt von Mali. Dieses Attentat belegt, dass China nicht nur im Fokus des Islamischen Staates, sondern ebenso auch der al-Kaida steht.



Hoja Niyaz Haji – Der uigurische Separatistenführer fungierte von Ende 1933 bis Anfang 1934 als Präsident der ersten Islamischen Republik von Ostturkestan. Aus seiner Feder stammte auch die damalige Unabhängigkeitserklärung Xinjiangs. Allerdings galt er dann in der Endphase der Existenz des abtrünnigen Staatsgebildes als „Volksverräter“. So verkündete Premierminister Sabit Damulla am 1. März 1934: „Hoja Niyaz ist kein Held des Islam mehr, er hat sich zu einem Werkzeug in den Händen der Russen machen lassen, um unser Land zu unterwerfen.“

Fan Jinghui – Im November 2015 gab der Islamische Staat die Ermordung des ehemaligen Mittelschullehrers aus Peking bekannt. Fan war einige Monate zuvor auf ungeklärte Weise in die Hände der Terrormiliz geraten, die anschließend eine ganzseitige Anzeige in ihrem Propagandamagazin „Dabiq“ mit der Überschrift „Gefangener zu verkaufen“ veröffentlichte. Allerdings lehnte China es rundheraus ab, Lösegeld an den IS zu zahlen.



Xi Jinping – Für den Staats- und Parteichef Chinas sind Separatismus, Extremismus und Terrorismus die „drei bösen Kräfte“ schlechthin. Deshalb rückte er seit seinem Machtantritt für ein hartes Durchgreifen in der muslimisch geprägten Unruheprovinz Xinjiang. Außerdem forderte Xi die dortigen Sicherheitskräfte auf, ihr Überwachungsnetz „von der Erde bis zum Himmel auszudehnen“.

Separatistisch und islamisch

Die Uiguren in Xinjiang bereiten der Führung in Peking massive Schwierigkeiten

Die Volksrepublik China (VRC) ist ein laizistischer Staat, und die meisten Menschen in ihr bekennen sich zu keiner Religion. Zu den Ausnahmen hiervon zählen die schätzungsweise 23 Millionen Muslime im Lande, die teilweise für massive Probleme sorgen.

Besondere Verbreitung fand der Islam unter den Uiguren und anderen turkstämmigen Völkern in der nordwestlichen Grenzprovinz Xinjiang. Diese machen nun etwa die Hälfte aller Muslime in China aus. Hinzu kommen etwa elf Millionen Hui, die formell als ethnische Chinesen gelten. Deren religiöses Zentrum liegt in Linxia und wird oft als „Klein-Mekka“ bezeichnet. Allerdings bereiten die Hui der Führung in Peking keine nennenswerten Schwierigkeiten. Anders hingegen die Uiguren im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang, das unter anderem an die muslimischen Staaten Pakistan und Afghanistan grenzt. Die Uiguren streben traditionell nach Unabhängigkeit von China und gerieten ab 1990 ins Fahrwasser des islamischen Extremismus.

Hiervon zeugt nicht zuletzt die Entstehung von Terrororganisationen wie dem East Turkestan Islamic Movement (ETIM) und der später daraus hervorgegangenen Turkestan Islamic Party (TIP). Beide kooperierten zunächst mit Osama bin Ladens al-Kaida, doch inzwischen gehört auch die TIP zu den treuen Vasallen des Islamischen Staates (IS) und dessen Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi. Der hatte China schon in seiner „Antrittsrede“ vom Juli 2014 als ein Land bezeichnet, das Muslime unterdrücke. Dem folgte im Frühjahr 2015 eine indirekte Kriegserklärung des IS via Internet. Im November desselben Jahres ermordeten die Henker im Namen Allahs die erste chinesische Geisel. Kurz darauf verbreitete das al-Hayat Media Center der Terrororganisation in Syrien Kampfgesänge mit der Aufforderung an die Muslime im „Reich der Mitte“, „zu erwachen“ und „zu den Waffen zu greifen“.

> Seit 1990 zunehmend im Fahrwasser des radikalen Islam

Noch deutlicher fiel dann die nächste Botschaft des IS an die Adresse Pekings aus, die Anfang März 2017 um die Welt ging und ebenfalls als authentisch gilt. Darin hieß es: „Oh, ihr Chinesen, die ihr nicht versteht, was die Leute sagen! Wir sind die Soldaten des Kalifats, wir werden zu euch kommen, um mit den Zungen unserer Waffen für Klarheit zu sorgen, um Ströme von Blut fließen zu lassen und die Unterdrückten zu rächen!“

Ausgesprochen wurde diese Drohung in chinesischer Sprache von uigurischen Kämpfern des IS, von denen es derzeit sicher hunderte gibt, wenn nicht gar tausende, wie ein Dossier des israelischen Außenministeriums nahelegt, über dessen Inhalt kürzlich die Tageszeitung „Yediot Aharonot“ berichtete. Auf jeden Fall kehren nun viele Uiguren mit Kampferfahrung aus Syrien und dem Irak in die Heimat zurück, was die Gefahr muslimischer Aufstände wachsen lässt und Peking zu umfassenden Repressionsmaßnahmen in Xinjiang veranlasste (siehe *PAZ* Nr. 19). Schließlich hat die nordwestliche Provinz – übrigens die größte von ganz China – eine einzigartige wirtschaftliche Bedeutung für das Reich der Mitte. Hier befinden sich nämlich ein Drittel der Erdöl- und Erdgasreserven des Landes. Dazu kommen reiche Gold-, Kupfer und Uranvorkommen. Ebenso wichtig ist das frühere Kernwaffentestgelände am Lop Nor, das bald als Endlager für die hochradioaktiven Abfälle der chinesischen Atomindustrie dienen soll. *Wolfgang Kaufmann*



Immer wieder kommt es zwischen ihnen zu Zusammenstößen: Uigurische Demonstranten und Sicherheitskräfte der VRC Bild: pa

Zweimal gab es bereits eine eigene Republik

Dass Peking die separatistischen Bestrebungen der Uiguren als ernste Gefahr ansieht und deshalb mit allen Mitteln bekämpft, hat historische Gründe. Immerhin entstanden in Xinjiang bereits zweimal abtrünnige Staaten. So proklamierten die Uiguren im November 1933 die Islamische Republik Ostturkestan, die allerdings nur wenige Monate existierte. Dann liquidierte der mandschurische Kriegsherr Sheng Shicai das neue Staatsgebilde mit sowjetischer Waffenhilfe. Anschließend verwandelte er die nominell wieder chinesische Provinz in ein Protektorat der UdSSR. Diese stationierte Truppen in Xinjiang und begann mit dem Abbau der dortigen Bodenschätze. Dazu zählte nicht zuletzt das Uranerz, das Moskau für sein Atomprogramm benötigte. Die Beschaffung des strategisch wichtigen Rohstoffs oblag ab 1943 Josef Stalins Geheimdienstchef Lawrenti Beria. Und der musste bald feststellen, dass Sheng, der einstmals sogar in die Kommunistische Partei der Sowjetunion eingetreten war, nun mit der nationalchinesischen Regierung von Tschiang Kai-schek zusammenarbeitete.

> Der Separatismus hat hier Geschichte

Deshalb initiierte Beria einen „Volksaufstand“ der Uiguren und anderer muslimischer Völker in Xinjiang. In dessen Verlauf riefen die Rebellen unter Elihan Tore Saghuniy und Ehmetjan Qasimi am 12. November 1944 erneut eine Republik Ostturkestan aus. Diese sollte zwar ursprünglich umgehend der Sowjetunion beitreten, doch hatte Stalin bald kein Interesse mehr daran. Zum einen, weil er das Überschwappen des radikalen Islam ins angrenzende Russisch-Turkestan fürchtete, zum anderen, da ihm seit Ende des Zweiten Weltkrieges die mitteldeutschen und nordböhmischen Uranlagerstätten zur Verfügung standen.

Deshalb signalisierte Stalin dem im chinesischen Bürgerkrieg siegreichen Kommunistenführer Mao Tse-tung, er könne den Uiguren-Staat in Xinjiang auflösen und die Provinz wieder unter Kontrolle Pekings stellen. Was Mao dann tatsächlich auch Ende 1949 tat. *W.K.*

Tausende Todesopfer

Zunehmend bekennen sich ETIM oder TIP zu den Taten

In der muslimisch geprägten chinesischen Provinz Xinjiang kam es in den letzten Jahrzehnten während des Fastenmonats Ramadan immer wieder zu schweren Krawallen. Diese forderten allein im Juli 2009 an die 200 Opfer und verliefen stets nach dem gleichem Muster: Erst zogen spontan Uiguren-Mobs durch die Straßen und lynchten zugewanderte Chinesen, dann schlugen die Ordnungshüter im Dienste der Pekinger Zentralregierung mit aller Brutalität zurück.

Außerdem verübten muslimische Terroristen regelmäßig Anschläge im Lande. Dadurch verloren seit 1990 tausende Menschen ihr Leben. In letzter Zeit bekannten sich dabei fast immer das East Turkestan Islamic Movement (ETIM) oder die Turkestan Islamic Party (TIP) zu den Attentaten. So beispielsweise im Falle der Messerangriffe von Kunming in Südwestchina, bei denen am 1. März 2014 30 Reisende und Polizisten starben, und ähnlicher Mordtaten in Guangzhou und der Xinjiang-Provinzhauptstadt Ürümqi während des Frühjahrs 2014.

Dazu kommen Bombenschläge wie die vom Mai und September 2014 auf den Bahnhöfen von Ürümqi und Luntai mit Dutzenden von Toten. Ebenso blutige Folgen zeitigten 2008 wiederholte terroristische Attacken gegen Linienbusse in den Städten Shanghai, Kunming und anderswo in der Provinz Yunnan.

> Die Staats- und Parteiführung reagiert mit Härte

Ihre symbolträchtigste Aktion führte das ETIM am 28. Oktober 2013 durch. Damals raste ein mit Benzinkanistern vollgestopfter Geländewagen direkt unterhalb des großen Mao-Porträts auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Zentrum von Peking zwischen flanierende Touristen und brannte dann aus. Hierbei gab es fünf Tote und 40 Verletzte. Mit diesem Attentat wollte die uigurische Terrorgruppe eine Botschaft an die chinesische Führung senden: Wir können auch an den am besten bewachten Örtlichkeiten im Reich der Mitte zuschlagen.

Für den seit 2012 beziehungsweise 2013 amtierenden Staats- und Parteichef Xi Jinping war das Anlass, seinen politischen Kurs gegenüber den muslimischen Uiguren in der Unruheprovinz Xinjiang deutlich zu verschärfen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Parteien streiten über linke Gewalt

Polizisten in die Falle gelockt: In Berlins Rigaer Straße droht eine rechtsfreie Zone zu entstehen



„Gezielte Steinwürfe auf Kopfhöhe“: Der Bereich um die berüchtigte Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain ist seit Jahren Brennpunkt linker Gewaltexzesse

Bild: pa

Im Koalitionsvertrag des rot-rot-grünen Senats von Berlin wurde der Kampf gegen den Linksextremismus nicht einmal erwähnt. Nun eskaliert in Berlin die Gewalt durch Linksautonome.

Innerhalb weniger Tage ist es in der Rigaer Straße im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu mehreren heftigen Gewaltausbrüchen und Angriffen gegen Polizeibeamte gekommen. Besonders brutal verlief eine Attacke am 27. Mai, einem Sonnabend. Dabei hatte ein unbekannter Anrufer zunächst nur einen kleineren Brand in der Straße gemeldet.

Als die Polizei anrückte, um einen abgestellten brennenden Stuhl zu löschen, fing eine Gruppe von 15 Maskierten damit an, in Kopfhöhe auf die Beamten mit Pflastersteinen zu werfen. Auch Polizeiverstärkung wurde zunächst mit Steinwürfen attackiert, ehe sich die Vermummten in ein Gebäude zurückzogen. Die Bilanz des Einsatzes: zwei verletzte Beamte und zwei beschädigte Polizeifahrzeuge sowie weitere Schäden an fünf parkenden Autos.

Der Ablauf des Angriffs deutet darauf hin, dass die Polizisten gezielt in einen Hinterhalt gelockt wurden. Am selben Wochenende entdecken Einsatzkräfte zu nächtlicher Stunde, dass Unbekannte an der Ecke Liebig- und Rigaer Straße mehrere Reihen Pflastersteine aus der Fahrbahn entfernt haben. Auch in diesem Fall wurden die Beamten von etwa 20 Vermummten mit Steinen und Bengalos angegriffen. Die beiden Fälle stechen durch ihre Brutalität und Skrupellosigkeit hervor, allerdings kommt es inzwischen fast regelmäßig zu Provokationen und Gewalt gegen Polizisten in der Rigaer Straße.

Die Gewaltausbrüche rund um das letze Maiwochenende haben den Vernehmen nach eine längere Vorgeschichte. Schon in den Wochen zuvor soll es in der Rigaer Straße zu Bedrohungen von Anwohnern, Sachbeschädigungen, nächtlichen Lärmbelästigungen und gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr gekommen sein. Als Urheber gelten Angehörige und Unterstützer der linksautonomen Szene, die in der Straße in einigen früher besetzten Häusern leben.

Die Eskalation in dem Viertel erinnert an die Ausbreitung rechtsfreier Zonen, die bislang vor allem aus Gegenden wie Berlin-Neukölln bekannt war. Dort stellen arabische Großclans schon seit langer Zeit das Gewaltmonopol des Staates in Frage und empfinden sogar die bloße Anwesenheit von Polizeibeamten schon als Provokation.

Dass sich nun auch in der Rigaer Straße zunehmend Anarchie und Gewalt breitmachen, hat eine hitzige politische Debatte angestoßen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Burkard Dregger, verurteilte die Attacken als verbrecherisch: „Gezielte Steinwürfe auf Kopfhöhe belegen einmal mehr, dass die Beamten für diese Chaoten nur Freiwild sind.“

CDU spricht von »widerwärtigem Gesindel«

Stefan Evers, der Generalsekretär der Berliner CDU, äußerte sich noch zugespitzter. In einem Facebook-Eintrag sprach er von „widerwärtigem Gesindel“ und forderte dazu auf, „dieses Nest von Linksfaschisten“ mit allen Mitteln des Rechtsstaats auszuräuchern.

Karsten Woldeit, der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, kritisiert indes nicht nur den rot-rot-grünen Senat, sondern bezeichnet auch die „mit markigen Worten vorgetragene Empörung der CDU“ als unglaubwürdig: „Die CDU sollte die Berliner nicht für dumm verkaufen. Es heute so darzustellen, als sei man gestern nicht an der Regierung gewesen und als habe man nichts mit der Situation zu tun, ist albern und unredlich. Es war schließlich CDU-Innensenator Henkel, in dessen Amtszeit das Problem Rigaer Straße überhaupt erst entstanden ist. Henkel hat, von ein paar Schaufensteraktionen abgesehen, nichts unternommen“, so Woldeit gegenüber der *PAZ*.

Die Positionierung der Berliner Sozialdemokraten erscheint bemerkenswert. Der SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber hat inzwischen einen Zehn-Punkte-Plan zur Befriedung der Rigaer Straße vorgelegt und damit dem eigentlich zuständigen Innensenator Andreas Geisel (SPD) ein Stück weit in den Hintergrund gedrängt.

Teil des Plans ist die Idee einer Isolierung des gewaltbereiten Kerns der linksautonomen Szene. Schreiber will dazu Anwohner, Gewerbetreibende, das gewaltfreie Unterstützerumfeld der linken Szene sowie den Bezirk und den Berliner Senat an einen Tisch bringen. Parallel könnte nach den Vorstellungen Schreibers über mehr Polizeipräsenz und einen speziell zuständigen Staatsanwalt die Strafverfolgung intensiver erfolgen. Die Hauptstadtpresse wertet den Plan des SPD-Innenpolitikers auch als versteckte Kritik an seinem Parteigenossen Geisel.

Norman Hanert

Verdeckte Parteienfinanzierung

Von Theo Maass

Ein Jubiläum ist eine feine Sache. Reden werden gehalten und für das Fußvolk gibt es ein kaltes Buffet. Dieser Tage feierte das Brandenburger „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ sein 20-jähriges Bestehen. Anders als Fußball- oder Briefmarkensammelvereine alimentiert sich dieses „Bündnis“ nicht durch die Beitragseinnahmen seiner freiwilligen Mitglieder, sondern durch finanzielle Zuweisungen der öffentlichen Hand.

Bündnis gegen Gewalt? Das hört sich gut an. Aber was unterscheidet rechte von linker Gewalt? Und: Grassiert in Brandenburg tatsächlich mehr rechtsextreme Gewalt als linke? Gibt es in Brandenburg keine „Antifa“, keine Hausbesetzer und keine linksextreme Szene? Gerade in Potsdam hat sich eine gewaltbereite Gesellschaft etabliert. Der Potsdamer Linkspartei-Chef Sascha Krämer setzte sich sogar dafür ein, „besetzte Hausprojekte“ auf Kosten des Steuerzahlers finanziell zu fördern. Bei Bürgerversammlungen, auf denen Politiker den zu erwartenden Zuzug von Asylsuchern „erklären“ wollten, wurden kritische Bürger in Potsdam vom „schwarzen Block“ eingeschüchtert. Gastwirte, die der AfD Räume vermieten, werden nicht nur bedroht. Bei „uneinsichtigen“ Wirten schreiten Linksextreme auch mit handfesten Erziehungsmaßnahmen zur Tat. Also hat Brandenburg nicht eher ein Problem mit linker Gewalt?

Das sieht die Feiergesellschaft anders. Staatskanzleichef Thomas Kralinski (SPD) erkennt einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Landesbischof Markus Dröge lässt es sich nicht nehmen, den kirchlichen Segen dazu zu geben: „Eine Stimme, die gehört und wahrgenommen wird.“ Thomas Wisch, Superintendent des evangelischen Kirchenkreises Mittelmark-Brandenburg, meint, dass angesichts der steigenden Zahl rechter Gewalttaten das Bündnis wichtig sei – damit sich die Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, „sich auch wohlfühlen“. Die Kirchen verdienen mit der „Betreuung von Flüchtlingen“ enorme Summen.

In einer Broschüre, die das „Bündnis“ mit Hilfe öffentlicher Mittel demnächst herausbringen will, wird die AfD laut ihrem Fraktionschef im Landtag, Alexander Gauland, „in die Nähe des Rechtsextremismus“ gerückt. Er findet das nicht hinnehmbar.

Man kann noch einen Schritt weiter gehen. Die dem „Bündnis“ zufließenden Steuergelder erscheinen wie eine Art verdeckter, negativer Parteienfinanzierung zugunsten aller im Landtag vertretenden Parteien mit Ausnahme der AfD. Doch das will natürlich niemand zugeben. Stattdessen wird ein gutmenschliches Brimborium veranstaltet.

Auf Verschleiß gefahren

Brandenburg: Hochgelobte Sparpolitik geht an die Substanz

Die Ratingagentur Moody's hat die Bonität des Landes Brandenburg von der Stufe „Aa1“ auf die höchste Bewertungsstufe „Aaa“ angehoben. Brandenburg rangiert nun auf einer Stufe mit Bayern und Baden-Württemberg. Moody's begründet die Einstufung unter anderem mit der gesunkenen Arbeitslosigkeit und der Reform des Länderfinanzausgleichs.

In ihrer Analyse weist die Agentur darauf hin, dass auch über das Jahr 2020 hinaus Transferzahlungen nach Brandenburg fließen würden. Als einen weiteren Grund für die Hochstufung führt sie ausdrücklich die „anhaltenden Konsolidierungsbemühungen in den vergangenen Jahren“ an. Tatsächlich hat Brandenburg seit 2011 keine neuen Kredite mehr aufgenommen. 2016 weist sogar ein Überschuss von rund 360 Millionen Euro aus. Finanzminister Christian Görke (Linkspartei) will die Hälfte dieses Überschusses für die Schuldentilgung verwenden, die andere Hälfte soll in die allgemeine Rücklage fließen.

Der jahrelang verfolgte Sparkurs hat allerdings Kehrseiten. So ist Brandenburg das einzige Bundesland, das die Bundesmittel für den öffentlichen Personennahverkehr, aus denen unter anderem der Regionalzugverkehr finanziert wird, nicht mit eigenen Mitteln aufstockt. Der Zustand des Straßennetzes wird immer schlechter. So hat der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg moniert, dass für die Landesstraßen jährlich nur 40 Millionen Euro bereitstehen.

Kaputte Straßen, unbesetzte Stellen im öffentlichen Dienst

Für die Sanierung von Schäden ist aus Sicht des Verbandes allerdings das Doppelte notwendig. Ein Dauerproblem ist auch die Besoldung der 34 000 Landesbeamten. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt die Besoldung in Brandenburg im unteren Viertel, Polizisten müssen sich mit der zweitschlechtesten Besoldung in Deutschland begnügen. Als Folge wird es inzwischen immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs zu finden. Mittlerweile versucht Brandenburg sogar schon, in Polen Bewerber für den Polizeidienst zu finden.

Als besonders kritisch gilt die Lage in der Justiz. Bundesweit einmalig, waren bereits 2015 rund 200 Richter und Staatsanwälte auf die Straße gegangen, um gegen die Sparpolitik der Landesregierung zu demonstrieren. Nachdem ein Ende des Personalmangels in der Justiz immer noch nicht absehbar ist, droht der Landesregierung sogar eine Neuauflage der Demonstrationen von Richtern und Staatsanwälten. *N.H.*

Beliebter als Sanssouci

Das Museum Barberini – Potsdams neuer Besuchermagnet

Das erst im Januar eröffnete Museum Barberini hat sich auf Anhieb zum Besuchermagneten in Potsdam entwickelt. Bereits die erste Ausstellung „Impressionismus. Die Kunst der Landschaft“ hat etwa 320 000 Interessierte angelockt. Damit hat das Museum nicht nur renommierte Berliner Häuser überholt, sondern auch Potsdams bisher wichtigste Attraktion, das Schloss Sanssouci.

Noch in den letzten Tagen der Impressionismus-Schau bildeten sich lange Schlangen vor dem wiederaufgebauten Barockpalais am Alten Markt. Selbst die Museumsleitung zeigte sich vom großen Erfolg überrascht. Direktorin Ortrud Westheider: „Wir hatten mit vielen Besuchern gerechnet, aber einen solchen Ansturm hatten wir nicht erwartet.“

Für die erste Ausstellung waren rund 100 Gemälde aus Sammlungen und Museen aus aller Welt geholt worden, so etwa 41 Gemälde von Claude Monet sowie Werke von August Renoir, Alfred Sisley und Camille Pissarro. Bereits am 17. Juni startet die nächste große Präsentation. Unter dem Titel „Von Hopper bis Rothko. Amerikas Weg in die Moderne“ zeigen bis zum 3. Oktober 68 Leihgaben

Mäzen Plattner hatte den Barockbau wiederaufbauen lassen

aus der Phillips Collection (Washington) die Entwicklung der amerikanischen Kunst vom Impressionismus bis zum abstrakten Expressionismus der frühen amerikanischen Moderne, darunter Arbeiten von Edward Hopper, George Inness, Marsden Hartley und Mark Rothko.

Für den kommenden Herbst hat die Museumsleitung eine Schau mit dem Titel „Hinter der Maske. Künstler in der DDR“ angekündigt. Für 2018 ist eine Ausstellung mit Werken von Max Beckmann in Vorbereitung. Stifter des Museums ist der Kunstsammler und SAP-Mitgründer Hasso Plattner. Viele der gezeigten Bilder stammen aus der Privatsammlung des Potsdam-Mäzens.

Bereits 2012 hatte Plattner der Stadt Potsdam angeboten, ein aus DDR-Zeiten stammendes Hotelhochhaus auf dem Gelände des ehemaligen Schloss-Lustgartens abreißen zu lassen, um dort eine Kunsthalle zu errichten. Bei einigen Politikern und in Teilen der Bevölkerung stieß dieser Vorschlag jedoch auf Ablehnung. Der Mäzen zog daraufhin sein Angebot zurück. Als Glücksfall erwies sich, dass er sich später entschied, das wiederaufgebaute Palais Barberini für sein Privatmuseum zu nutzen. Das Palais war 1771/72 auf Geheiß Friedrichs des Großen in direkter Nähe zum Stadtschloss gebaut worden. *N.H.*

MELDUNGEN

Traurige Spitzenreiter

Wilna – Litauen baut nach Lettland seine führende Position aus – die beim Konsum von Alkohol. Mit 18,2 Litern reinen Alkohols pro Erwachsenem und Jahr hat das Land laut Jahresbericht der Weltgesundheitsorganisation WHO einen neuen Spitzenwert belegt. Damit liegen die Balten vor Weißrussland mit 16,4 Litern und Russland mit 13,9 Litern. Deutschland kommt mit 11,4 Litern immerhin auf Rang 23. Einen weiteren Spitzenplatz halten die Litauer schon seit Langem, nämlich den bei den Suiziden. 32,7 von 100 000 Litauern töteten sich 2015 selbst. Das sind rund zehn Tote mehr als bei den nächstplatzierten Staaten Weißrussland, Polen und Lettland. *T.W.W.*

Peking setzt sich von Pjöngjang ab

Peking – Zwischen Nordkorea und China besteht seit etlichen Jahren ein Abkommen, wonach China die auf seinem Territorium aufgegriffenen Geflohenen aus Nordkorea nach dorthin ausliefert. Seit einigen Wochen jedoch schicken chinesische Grenzsoldaten die Geflohenen nicht mehr zurück. Bekannt ist, dass die Aufgegriffenen ausführlich von Pekinger Stellen verhört werden. Ihr weiteres Schicksal hingegen liegt bisher im Dunkeln. Wer nach Nordkorea zurückgeschickt wird, landet dort für zwölf Jahre in einem Arbeitslager. In schweren Fällen, darunter fallen durchweg Funktionsträger des Regimes, werden die Flüchtlinge vor der dazu befohlenen örtlichen Bevölkerung öffentlich gehängt. Nach sowjetischem Vorbild führten die nordkoreanischen Behörden die Sippenhaft ein. Für die südkoreanische Regierung ist das jetzige Verhalten Pekings ein Indiz dafür, dass sich China mehr und mehr von Nordkorea absetzt. F.W.S.

Chinesischer Marshallplan

Die Volksrepublik hat in Peking ihr 900 Milliarden Dollar schweres Investitionsprogramm vorgestellt

Aus über 100 Ländern waren Vertreter angereist, als Mitte Mai Chinas Staatschef Xi Jinping nach Peking zu einem Gipfeltreffen zur sogenannten Neuen Seidenstraße eingeladen hatte. Während zweier Tage wurde das Projekt vorgestellt, das weltweit seinesgleichen sucht. „Es ist unsere Hoffnung“, so Xi, „dass die Seidenstraßen-Kooperation helfen wird, dem Wirtschaftswachstum in den Teilnehmerländern neuen Schub zu geben.“

Ein bescheidener Wunsch. Angesichts des Volumens von umgerechnet 900 Milliarden US-Dollar für Investitionen darf man getrost annehmen, dass die Anziehungskraft dieser neuen, auf historischen Spuren angelegten transkontinentalen Handelsachse nicht nur für die unmittelbar beteiligten Länder, nicht nur Europa und Asien, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt einen kolossalen Impuls darstellen kann. Dass diese Annahme weitverbreitet ist, zeigt ein Blick auf einige Herkunftsländer der Gäste: die Philippinen, Spanien, Russland und sogar Marokko und Chile, die man nun wirklich nicht zu den Anrainern zählen kann.

Als erste Maßnahme hat Xi für die Finanzierung von Infrastruktur umgerechnet 100 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Damit sollen ganze Häfen und Flughäfen, neue Straßen und Bahnstrecken mit dem höchsten technischen Anspruch sowie Rohrleitungen und Kraftwerke gebaut werden. Alle Einrichtungen werden mit der modernsten Energieversorgung und Informationstechnologie ausgestattet.

Wie die historische Seidenstraße wird auch die neue aus verschiedenen Trassen bestehen und zahlreiche Endpunkte miteinander verbinden. Europa wird über verschiedene Länder angeschlossen werden, doch wie das im Einzelnen aussehen kann, ist eine hochpolitische Frage. Die Chinesen haben zur Tagung in Peking ein Abkommen über Zusammenarbeit vorgelegt, das von 68 Staaten unterschrieben wurde. Darin sprachen sich die Unterzeichner – in großem Umfang Staats- und Regierungschefs – für freien Handel und gegen Protektionismus aus. Man habe die feste Absicht, „eine offenen Wirtschaft zu bauen sowie freien und inklusiven Handel sicherzustellen“.

> Mehr als 100 Länder von vier Kontinenten waren auf Pekings Gipfeltreffen zur sogenannten Neuen Seidenstraße vertreten

Angesichts der großen Zahl der Unterzeichner fällt auf, dass sich gerade europäische Länder zurückhalten. Deutschland beispielsweise, vertreten von Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries, das doch ein bedeutender Handelspartner Chinas ist, hat keine Unterschrift geleistet. Diese eigenartige Inkonsequenz lässt vermuten, dass es keineswegs wirtschaftliche Rücksichten, sondern politische Bedenken sind, die diese Haltung erklären.

Denn Berlin folgt in transatlantischer Lehenstreue dem Beispiel der USA: eine Delegation entsenden ja, mitmachen nein. Genau dieselben Politiker, die sich dabei überschlugen, dem Handelsabkommen TTIP mit den USA zum Abschluss zu verhelfen, zeigen sich nun mäklerisch und finden Haare in der Suppe. Was sie bei TTIP nie gestört hat, soll nun auf einmal hinderlich sein. Es fehlten, so wird bemängelt, Standards in sozialer Hinsicht und beim Umweltschutz, es fehle an Transparenz der Märkte, und ganz allgemein sei das Dokument ein Rückschritt gegenüber dem, was man während der vergangenen Jahre im Handel erreicht habe. Während bei TTIP unentwegt die großen Vorteile gerühmt werden, neue Arbeitsplätze und erleichterter Handel, heißt es von der Neuen Seidenstraße, sie mache Europa abhängiger von China. Das sind ganz unverkennbar nur wenig glaubhafte Ausflüchte. Das vergleichbar US-nahe Japan verhielt sich wenigstens offen und ehrlich und reiste gar nicht erst an.

Eng an der Seite Chinas steht auch in der Frage der Neuen Seidenstraße der Nachbar Russland. Dessen Präsident Wladimir Putin eröffnete mit Xi Jinping Verhandlungen über eine Zusammenarbeit der Neue-Seidenstraße-Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), eine Gemeinschaft von Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan und Kirgistan. Diese Zusammenarbeit ist der erste Schritt zur Realisierung von Putins Vision eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, der von Lissabon bis Wladiwostok reicht. Die EAWU, so Putin, werde zu einem Pol der modernen Welt und spiele dabei die Rolle eines Bindeglieds zwischen Europa und der dynamischen asiatisch-pazifischen Region. Sie basiere auf „universellen Prinzipien der Integration des größeren Europa, vereint durch gemeinsame Werte der Freiheit, der Demokratie und der Marktgesetze“.



In Peking wurde nicht gekleckert, sondern geklotzt: Gipfeltreffen am 14. und 15. Mai Bild: action press

Innerhalb der EAWU soll der Austausch von Kapital, Waren und Dienstleistungen erleichtert werden. Beitrittskandidaten sind Syrien und Tadschikistan. Usbekistan und die Mongolei erwägen ebenfalls eine Mitarbeit. Freihandelsabkommen mit der EAWU haben Ägypten und Vietnam abgeschlossen, Verhandlungen mit China haben bereits begonnen. Sogar Kanzlerin Angela Merkel äußerte sich auf prominentem Parkett in Davos zu der Zielvorstellung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und gebrauchte dabei sogar Putins sinnbildliches Wort von „Lissabon bis Wladiwostok“. Sie allerdings machte eine Zustimmung von der Entwicklung in der Ukraine abhängig und gab so das Gelingen in die Hände des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko.

Die Verhandlungen zwischen Russland und China erlangen angesichts der Zusammenarbeit der beiden Länder im Rahmen der Neuen Seidenstraße eine erhöhte Bedeutung. Die Konferenz in Peking bildete den geeigneten Rahmen für „die Vorbereitung eines Abkommens über die Handels- und Wirtschaftskooperation zwischen unseren Integrationsprojekten“, wie aus dem Moskauer Kreml verlautete. Die Verbindung der Neuen Seidenstraße mit dem Eurasischen Wirtschaftsraum wird als eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung eines Wirtschaftsraumes gesehen, der zwei Kontinente umfasst, ohne einem Weltmeer dazwischen. *Florian Stumfall*

Ende der Religionsfreiheit?

Verbot der Zeugen Jehovas in Russland stößt auf starke Kritik

Von dem bekannten Vertreter der Bekennenden Kirche, Martin Niemöller, ist das Wort überliefert: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Mit entsprechenden Sorgen reagieren russische Christen in der katholischen Kirche und im Protestantismus auf die Entscheidung des obersten Gerichts ihres Landes, die Zeugen Jehovas zu verbieten. Die Glaubensgemeinschaft müsse ihre Russlandzentrale in St. Petersburg und Niederlassungen in 395 Orten auflösen, entschieden die Richter in Moskau. Das Vermögen der Gemeinschaft wird eingezogen. Das Gericht gebe damit einem Antrag des Justizministeriums statt, in dem die Glaubensgemeinschaft als extremistische Gruppe und Gefahr für die öffentliche Ordnung eingestuft werde, berichtete die Nachrichtenagentur Interfax.

Die Glaubensgemeinschaft wies die Anschuldigungen zurück. In der Verfassung Russlands wird das Recht auf freie Religionsausübung garantiert. Jetzt wollen die Vertreter der Gemeinschaft den Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Die Gerichtsentscheidung ist ein schwerer Schlag für die Religions- und Verbandsfreiheit in Russland.

Die Zeugen Jehovas haben in Russland nach eigenen Angaben rund 170 000 Anhänger. Unter den Russlanddeutschen ist ihr Anteil besonders hoch. Kritiker bemängeln vor allem das Verbot der Bluttransfusion bei den Zeugen Jehovas als Verstoß gegen die Menschenrechte.

> Katholiken und Protestanten fürchten Präzedenzfall

Die Gruppe wurde seit mehreren Jahren bereits von den Behörden unter Druck gesetzt. Unter anderem durfte sie ihre Zeitschrift "Der Wachtturm" und andere Schriften nicht mehr verteilen, weil diese angeblich gegen das Gesetz zum Schutz vor Extremismus verstoßen. Wegen des Vorgehens der Behörden gegen die Religionsgemeinschaft wurde Russland mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu Schadenersatzzahlungen verurteilt.

Die katholische Kirche in Russland verurteilte das Verbot der Zeugen Jehovas durch den obersten Gerichtshof und warnte vor einem Klima religiöser Verfolgung, wie es unter dem Kommunismus in der Sowjetunion herrschte, als auch die katholische Kirche wie die Zeugen Jehovas verfolgt wurden. Die katholische Kirche wies darauf hin, dass auch sie die Zeugen Jehovas nicht als Christen anerkenne und ihnen den Dialog verweigere. Aber man müsse theologische Differenzen von juristischen Verboten trennen, sagte der Sekretär der katholischen Bischofskonferenz, Igor Kovalevsky.

Auch evangelische Christen in Russland beklagen ein zunehmendes Klima religiöser Intoleranz in Russland, wie man es von den früheren kommunistischen Machthabern gekannt habe. Das berichtete ten Kirchenvertreter bei der Jahrestagung des Missionsbundes „Licht im Osten“, die am 22. und 23. April in Korntal bei Stuttgart stattfand. Der Leiter der russischen Partnerorganisation „Licht im Osten“, Pjotr Lunitschkin, die ihre Zentrale wie die Zeugen Jehovahs in St. Petersburg haben, sagte in Korntal, dass die unerwartete Religionsfreiheit nach dem Zerfall der Sowjetunion offensichtlich zu Ende gehe. *Bodo Bost*

Einwanderungstrends 2017

Mittelmeer- statt Balkanroute – Bangladescher statt Afrikaner

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind fast 50 000 Menschen von Libyen aus nach Italien gelangt, an den letzten beiden Wochenenden des Tertials allein jeweils 7000. Das ist ein Anstieg um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Von den 2016 vor der Küste Libyens übernommenen Menschen kamen die meisten aus Nigeria, Eritrea und Guinea. Im ersten Quartal dieses Jahres hingegen lag das Hauptherkunftsland der Immigranten, die in Italien über das Mittelmeer ankamen, nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR nicht in Afrika, sondern mit Bangladesch in Asien. In den ersten vier Monaten 2017 kamen 15 Prozent von ihnen aus der von Europa weit entfernten Volksrepublik, von der in der aktuellen Asylkrise kaum die Rede ist. Asylsucher aus dem ehemaligen Ostpakistan waren erstmals 2015 in Europa aufgetaucht, als sich 27 000 Menschen aus dem dichtbesiedeltsten Land der Erde auf den großen Treck nach Europa machten, nachdem der Willkommensgruß von Angela Merkel auch am Golf von Bengalen vernommen worden war.

Die ursprünglichen Auswanderungsländer des rund 163 Millionen Einwohner zählenden Staates waren die Nachbarn Myanmar und Indien. Indien hat jedoch bereits ab 1993 für umgerechnet fünf Milliarden US-Dollar eine 3200 Kilometer lange Mauer an der gemeinsamem Grenze gebaut, die von 300 000 indischen und bengalischen Soldaten überwacht wird. Myanmar weist immer mehr von Bangladesch ins Land geströmte muslimische Rohingas wieder aus, weil sie sich nicht in die buddhistische Kultur des Nachbarlandes integrieren wollen, sondern lieber einen Teil des einstigen Birma an das muslimische Bangladesch anschließen wollen. Ursprünglich war der bengalische Islam ein toleranter, aber durch die weltweite ungebremste Konjunktur des Dschihadismus erlebt auch Bangladesch eine Zunahme des islamischen Terrorismus.

> Hauptherkunftsland der Bootsasylsucher ist Ex-Ostpakistan

Australien, das eigentliche Einwanderungsland für Asiaten, verfolgt seit dem Anstieg islamischen Terrors vor zwei Jahren eine rigorose Asylpolitik. Bootsasylsucher werden nicht mehr ins Land gelassen. Diejenigen die vorher hereinkamen, müssen in Transitländern wie Neuguinea oder Samoa in Lagern jahrelang auf eine Asylentscheidung warten. Derart geduldig sind die meisten nicht.

Obwohl Bangladesch flächenmäßig nicht einmal halb so groß wie Deutschland ist, hat es mehr als doppelt so viele Einwohner. Rund 1070 Einwohner kommen auf einen Quadratkilometer. Und es werden immer mehr. Das Bevölkerungswachstum liegt bei 1,2 Prozent pro Jahr. Wie die Bevölkerung wächst auch die Zahl der Arbeitslosen. Die hohe Arbeitslosigkeit treibt die Menschen in die Perspektivlosigkeit und lässt deshalb viele sogar Wege von 6000 bis 7000 Kilometern Länge in Kauf nehmen, auch wenn sie durch Kriegsgebiete und über ein Meer führen.

Mit der Schließung der Balkanroute schien der Weg nach Deutschland versperrt. Doch mittlerweile haben sich in Bangladesch tüchtige Geschäftsleute gefunden, die mit Reiseagenturen Flüge nach Nordafrika mit einer anschließenden Überfahrt nach Europa für 10 000 US-Dollar anbieten. Die Armen können von diesem Angebot naheliegenderweise nicht profitieren, aber eine gewisse Mittelschicht mit der dazu notwendigen kriminellen Energie durchaus. *B.B.*

Afrikas Motorisierung schreitet voran

Bei lauter chinesischen Lizenzproduktionen und auch Eigenentwicklungen hat der Westen das Nachsehen

Derzeit weist der Automarkt in Afrika, wo nur rund jeder 20. Bewohner ein Kraftfahrzeug besitzt, das weltweit größte Wachstumspotenzial auf. Die deutschen und anderen westlichen Hersteller werden davon jedoch wohl weniger profitieren als erhofft.

Aktuell sind Autokonzerne wie Volkswagen auf dem Schwarzen Kontinent noch gut im Geschäft. Deshalb unterhalten sie in Südafrika sowie Nigeria auch eigene Produktionsstätten – und im Falle von VW kommt nun sogar ein weiteres Werk in Kenia hinzu, in dem dieses Jahr bis zu 5000 Exemplare des auf dem Polo IV basierenden Polo Vivo vom Band rollen sollen. Südlich der Sahara regiert keineswegs bloß die Armut, wie die Immigrationslobby hierzulande permanent suggeriert. Vielmehr gibt es teilweise sogar einigen Wohlstand, der die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen jeglicher Art wachsen lässt. Allerdings deuten sich in diesem Zusammenhang drei neue Trends an, die den Automobilherstellern aus Europa, Japan und den USA nachhaltig das Geschäft verderben könnten.

Zum Ersten versucht das ugandische Staatsunternehmen Kiira Motors Corporation, innovative Elektro- und Hybridmodelle auf den Markt zu bringen, die von Experten der Makerere University in Kampala unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in Afrika entwickelt wurden. Dazu zählen der Elektro-Zweisitzer EV und die Hybrid-Limousine EV Smack. Letztere soll 2018 in Serie gehen und hat mittlerweile schon Liebhaber im Westen gefunden. Außerdem basteln die Ugander an dem solargetriebenen Bus Kayoola – wenn dieses Projekt wegen eines Unfalls auch vorzeitig auf Eis liegt.

Zum Zweiten beginnen afrikanische Firmen verstärkt mit der Produktion ultrabilliger selbstkonstruierter Fahrzeuge konventioneller Machart. So stellte Mobius Motors in Kenias zweitgrößter Stadt Mombasa bis 2016 den ebenso robusten wie primitiven achtsitzigen Geländewagen Mobius II her. Dem wird nun bald der Mobius III – wiederum ohne Klimaanlage und Servolenkung – folgen, der in etwa so viel kosten dürfte wie ein acht Jahre altes gebrauchtes Auto europäischer Herkunft. Die gleiche Strategie verfolgt das Unternehmen Le Relais auf der Insel Madagaskar, nur dass dessen jetzt lieferbarer Karenjy Mazana II zusätzlich eine offene Ladefläche besitzt und somit auch als Pritschenwagen auf Pkw-Basis, als sogenannter Pick-up, fungieren kann. Und dann wäre da noch die Kantanka Car Group in Ghana, die ebenfalls das Marktsegment der preiswerteren kleinen Nutzfahrzeuge bedient. Ausdruck dessen sind die Modelle K71, Omama und Onantefuor. Dabei werden aktuell oft nur geringe Stückzahlen hergestellt, weil es kaum automatisierte Arbeitsabläufe gibt und zudem häufig Stromausfälle die Werkstätten lahmlegen. Andererseits könnte das verbreitete staatliche Bestreben, die Infrastruktur zu verbessern sowie Polizei und Behörden mit Kraftfahrzeugen aus eigener Produktion auszustatten, hier relativ schnell Wunder wirken. Zumal einige afrikanische Regierungen auch ganz offen Protektionismus betreiben, indem sie hohe Einfuhrzölle bis zu 70 Prozent auf ausländische Autos erheben.

> Der afrikanische Automarkt weist weltweit das größte Wachstumspotenzial auf

Zum Dritten werden in Staaten wie Nigeria oder Mosambik chinesische Fahrzeuge in Lizenz und deutlich größeren Mengen gefertigt. Zu diesem Zweck entstand unter anderem Matchedje Motors in Maputo, ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) der der Republik Mosambik und der China Tong Jian Investment Co. Ltd. aus Shanghai, das mit 150 Millionen US-Dollar Startkapital antrat und pro Jahr etwa 100 000 Pick-ups des Typs F16 ausliefert, der auf dem chinesischen Modell Guangdong Foday Lion basiert. Dabei soll die Produktion bis 2020 verfünffacht und die Palette zudem noch um Busse, Laster, Limousinen und Geländewagen erweitert werden. In ähnlich großem Stil will die Innoson Vehicle Manufacturing Co. Ltd. (IVM) im nigerianischen Nnewi, die 2013 mit dem Nachbau chinesischer Fahrzeuge begann, den Automarkt erobern. Zum Portfolio des von Innocent Chukwuma gegründeten Unternehmens gehören neben Motorrädern auch die Personenkraftwagen Umu und Fox, ein Pick-up namens Carrier sowie der SUV G5 und der Minibus Uzo. 70 Prozent der Teile für die Wagen von IVM stammen von nigerianischen Zulieferern – importiert werden lediglich Motoren, Getriebe und Elektronik-Komponenten. Mit Hinweis darauf ruft Chukwuma seine Landsleute auf, verstärkt IVM-Autos zu kaufen. Luft nach oben ist noch vorhanden, denn derzeit kommen in dem bevölkerungsreichsten Staat Afrikas 131 ausländische Gefährte auf ein in Nigeria montiertes Kraftfahrzeug. Nichtsdestotrotz plant der IVM-Eigner, mit den kostengünstigen chinesischen Lizenzmodellen über Nigeria hinaus auch den Rest des subsaharischen Afrikas zu überschwemmen. *Wolfgang Kaufmann*



Soll nächstes Jahr in Serie gehen: Die Hybrid-Limousine EV Smack des ugandischen Staatsunternehmens KMC Bild: Imago

MELDUNGEN

Israelische Gaspläne

Jerusalem – Das israelische Infrastrukturministerium hat in Absprache mit den Regierungen Italiens, Griechenlands und Zyperns eine Konferenz über den Bau einer Pipeline vom Gasfeld Tamar im östlichen Mittelmeer nach Europa angekündigt. Dies wäre die längste unterseeische Gasleitung der Welt. Zeitgleich fanden in Israel Gespräche mit Vertretern der türkischen Regierung über den Bau einer Gaspipeline zwischen beiden Ländern statt, die ebenfalls dem Export von Tamar-Gas dienen soll. Die israelische Regierung rechnet mit einer Bauzeit von sechs beziehungsweise drei Jahren. Israel möchte zehn Prozent des europäischen Gasverbrauchs bedienen. *T.W.W.*

Hotelbranche sehr zufrieden

Berlin – Für die rund 50 800 Beherbergungsbetriebe in Deutschland war 2016 mit rund elf Millionen Übernachtungen ein Rekordjahr. Die Einnahmen aus den Aufenthalten ausländischer Besucher sind seit 2010 um 29 Prozent gestiegen. Hauptherkunftsland waren die Niederlande, gefolgt von der Schweiz. Zweistellige Zuwachsraten verzeichneten auch Übernachtungen von Besuchern aus den arabischen Golfstaaten, China und Polen. *J.H.*

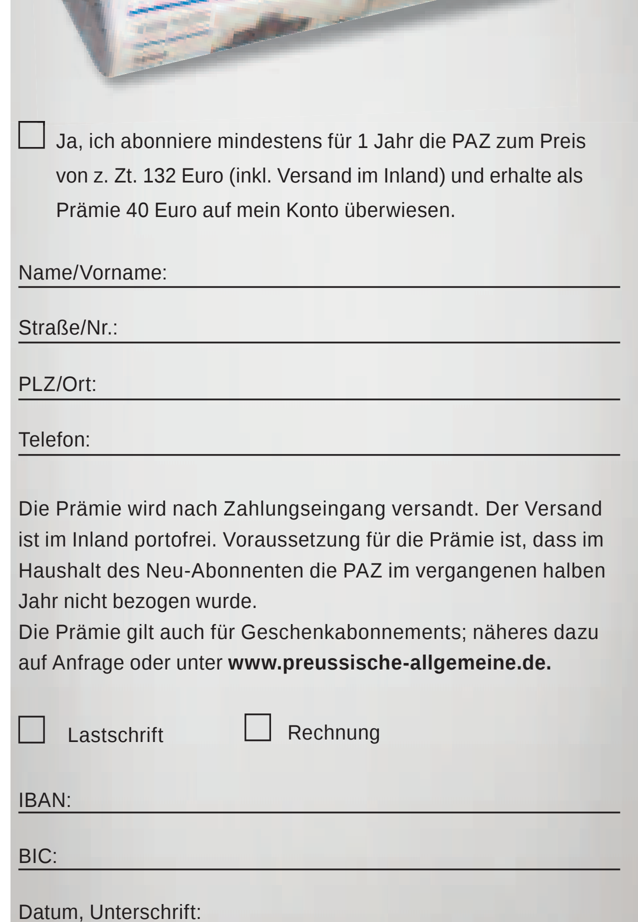
Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.767.699.759 €
Vorwoche: 2.006.862.094.730 €

Verschuldung pro Kopf:
24.419 €
Vorwoche: 24.420 €

(Dienstag, 6. Juni 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)





☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.preussische-allgemeine.de.**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
BIC:
Datum, Unterschrift:



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...
Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Kein Putsch in Sicht

Von Jan Heitmann

Von seinen Beratern darauf angesprochen, dass einige seiner Generale aufmüpfige Reden führen würden, antwortete Friedrich der Große gelassen, dass man in seiner Armee Stabsoffizier werde, um zu wissen, wann man nicht mehr zu gehorchen habe. Dabei dachte der große preußische König gewiss nicht daran, einem Militärputsch das Wort zu reden, aber eine eigene Meinung sollte sich seine Militärelite unbedingt bewahren dürfen.

Diese Souveränität haben die deutschen Bundeskanzler und ihre Verteidigungsminister stets vermissen lassen. „Sorgen Sie dafür, dass die Generale nicht über den Zaun fressen“, gab Konrad Adenauer Theodor Blank als Devise auf den Weg. Das verstand der erste Chef des bundesdeutschen Wehrressorts als verbindliche Anweisung, und er sorgte dafür, dass das Personalwesen der Streitkräfte in der Hand ziviler Beamter lag. Das war Ausdruck des Misstrauens der Politik gegenüber der Militärelite, obwohl die Berechtigung des Primats der Politik von dieser nie bestritten wurde – eine, wie Helmut Schmidt 1962 kritisierte, „organisatorische Schieflage“. Gleichwohl eine effektive, denn, als Adenauer, von der Revolte französischer Offiziere 1958 aufgeschreckt, den Personalchef der Bundeswehr, Karl Gumbel, fragte, ob so etwas auch in Deutschland denkbar wäre, konnte dieser ihn guten Gewissens beruhigen: „Doch nicht bei unserer Personalauslese, Herr Bundeskanzler.“

Die wirkt bis heute. Wer aufmüpfig wird, spielt mit seiner Karriere. Bei Generalen reicht es schon, einer von der Leitung des Hauses abweichenden Meinung verdächtig zu sein, um ohne Angabe von Gründen mehr oder minder geräuschlos in den einstweiligen Ruhestand entsorgt zu werden. Niedrigere Dienstgrade, die der Dienstherr nicht so einfach loswird, werden kaltgestellt: „Edeka“ – Ende der Karriere - im Soldatenjargon. Von der Unfähigkeit der Führung zum kritischen Diskurs frustriert, beurteilte ein frischgebackener Generalstabsoffizier die Sache noch im vergangenen Jahr so: „Sie geben vor, die Stauffenbergs zu wollen, aber sie züchten die Keitels.“ Keitels schweigen und gehorchen, aber sie werden nicht aufmüpfig, und rebellieren tun sie schon gar nicht.

»In der preußischen Armee wird man Stabsoffizier, um zu wissen, wann man nicht mehr zu gehorchen hat« (Friedrich II.)

In der Tat, das Höchste, was sich Bundeswehroffiziere je als „Widerstandshandlung“ herausnahmen, war der demonstrative, aber letztendlich wirkungslose Abschied. Dass ein deutscher Oberstleutnant wie weiland der Spanier Antonio Tejero mit bewaffneten Begleitern während einer Bundestagssitzung in den Plenarsaal stürmt, mit einer Pistole herumfuchtelt sowie Parlament und Regierung festsetzt, ist schlichtweg unvorstellbar.

Möglicherweise illoyale Subjekte in der Truppe zu identifizieren, ist Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Er hat den Auftrag, für den Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums die Aufgaben einer Verfassungsschutzbehörde wahrzunehmen und zum Erhalt der Militärischen Sicherheit und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr beizutragen. Seine gesetzlichen Kernaufgaben sind die Informationssammlung und -auswertung zu Zwecken der Spionage-, Sabotage-, Extremismus- und Terrorismusabwehr.

Da haben die MAD-Mannen viel zu tun, nur an potenziellen Umstürzlern, mit deren Enttarnung sie reüssieren könnten, mangelt es. Da trifft es sich gut, dass ein Oberstleutnant in seiner Rage über Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen leichtfertig das Wort „putschen“ in den Mund genommen hat (siehe *PAZ* 22/2017). Flugs macht der MAD aus einer Mücke einen Elefanten und unterstellt dem Mann „Sympathie für einen Putsch“. Da ist es auch sehr hilfreich, dass die Medien sogleich die Nachricht von einem Putschaufruf verbreiten, obwohl der Mann einen solchen nie getätigt hat. Endlich hat der MAD einen operativen Vorgang in Sachen Militärputsch. Dümmer geht's nimmer!

Nazis, Wehrmachtverehrer, Menschenschinder, Sexualtäter, Asylbetrüger, fremdenfeindliche Terroristen und nun auch noch ein potenzieller Putschist. Sodom und Gomorrha hinter Kasernenmauern. Wie gut, dass es „entschlossene Aufklärer“ an der Spitze der Truppe und den MAD gibt. Damit Deutschland ruhig schlafen kann.

Mittelstand zahlt

Von Eberhard Hamer

Hinter der Freizügigkeit für alle Ausländer stehen die Konzerne, obwohl sie nach deutschen Erfahrungen die nicht einmal ein Prozent der Zuwanderer als Arbeitskräfte einstellen. Allein im letzten Jahr haben zusätzliche 400 000 Zuwanderer Dauer-Hartz-IV-Ansprüche erhalten. In diesem Jahr werden es durch Familiennachzug voraussichtlich doppelt so viele sein. Jedes Jahr eine Million Zuwanderer bedeutet jedes Jahr zusätzliche 40 Milliarden Euro Dauersozialkosten, die aufgeteilt haushaltstechnisch bei Bund, Ländern und Gemeinden und in vielen Haushalten dieser Körperschaften versteckt werden, damit die Gesamtlast nicht auffällt. Zahlen wird dafür vor allem der Mittelstand.

Deutschland hat schon jetzt die zweithöchsten Lohnnebenkosten durch die höchsten Sozialabgaben der Welt. 80 Prozent der Arbeitnehmer werden aber nicht von den Konzernen, sondern in mittelständischen Personalunternehmen beschäftigt. Also belasten zwei Drittel aller Sozialbeiträge unsere 4,5 Millionen mittelständischen Betriebe und Praxen, weil dort zwei Drittel der Arbeitsplätze unseres Landes geboten werden. Wer diese Betriebe mit Sozialkosten stranguliert, stranguliert zugleich den Motor unserer Wirtschaft und damit unseren Volkswohlstand.



In Deutschland undenkbar: Der spanische Oberstleutnant Antonio Tejero stürmt 1981 den Madrider Plenarsaal, setzt Parlament und Regierung fest

Bild: action press

Frei gedacht



Pharmaindustrie am Pranger

Von Eva Herman

Die Machenschaften der weltweiten Pharmaindustrie erzählen zahllose Geschichten betrogener Menschenschicksale. Diese gehen meist gleich aus: Der zahlende Patient ist der Dumme, während sich das Kartell die Taschen füllt. Was nur wenige ahnen: Die Gesundheit von Frauen im gebärfähigen Alter wird seit Jahren von der Pharmaindustrie, namentlich der Bayer AG, angegriffen. Durch die schwangerschaftsverhütende Hormonspirale. Ich hatte bereits vor vier Jahren dazu einen ausführlichen Artikel geschrieben, der heftige Reaktionen mancher betroffener Frauen auslöste, die endlich Bestätigung für ihre oft langjährigen Qualen erhielten. Denn das Kartell mag nicht zugeben, welche gesundheitlichen Probleme die Hormonspiralen auslösen können. Und zwar bei über 90 Prozent, wie bereits in 2007 in einer Debatte mit der Grazer Gesundheitszentrum-Chefin Sylvia Groth deutlich wurde. Demnach haben sogar 96 Prozent der Teilnehmerinnen, welche die Hormonspirale seit drei bis sechs Monaten benutzten, Beschwerden. Nach dreijähriger Anwendung hatten noch immer 90 Prozent Beschwerden – entgegen der Herstellerinformation, die besagt, dass diese nach den ersten Monaten aufhören würden. 30 Prozent der unzufriedenen Frauen seien von ihren Gynäkologen auch dementsprechend vertröstet worden. Spannend: Fast allen Patientinnen mit Beschwerden (93 Prozent) wurde geraten, sich die Spirale nicht entfernen zu lassen. 35 Prozent haben die Anwendung der Hormonspirale letztlich doch abgebrochen.

Bislang herrschte zu diesem Thema in den Mainstream-Medien vorwiegend das Schweigen im Walde. Doch scheinen jetzt die Beschwerden Zigtausender Frauen weltweit nicht mehr ignorierbar zu sein. Und so veröffentlichte der Bayerische Rundfunk, daneben auch der „Spiegel“, endlich Anfang Juni 2017 nähere Informationen zu den verheerenden Nebenwirkungen gleich dreier Hormonspiralen der Firma Bayer. Diese „stehen im Verdacht, Depressionen, Ängste, Schlafstörungen und innere Unruhe auszulösen. Verharmlost Bayer das Risiko? Der Konzern dementiert“, berichtet der „Spiegel“. Anlass sei der Verdacht, dass die Bayer-Hormonspiralen Mirena, Jaydess und Kyleena das Risiko für psychische Erkrankungen erhöhen: „Die Spiralen setzen in der Gebärmutter das Hormon Levonorgestrel frei.“

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Bei aller Erleichterung darüber, dass das Thema endlich einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wird, bei den pikanten Details hält man sich immer noch zurück, eventuell wegen möglicher Interessenskonflikte mit den Werbepartnern der globalen Multi-Konzerne? Das heißt, in den Berichten dringt nicht allzu viel durch von den belastenden, psychischen Strapazen der Frauen und ihrem Umfeld, von den auch zum Teil irreparablen Schäden an Leib und Seele. So heißt es beim Bayerischen Rundfunk unter der Überschrift: „Das Geschäft mit der Hormonspirale –‚Sichere Verhütung, lokale Wirkung und hohe Verträglichkeit.‘ Das verspricht der Bayerkonzern in seiner Werbebroschüre zur Hormonspirale Mirena. Die Realität, so sagen betroffene Frauen, sieht oftmals ganz anders aus.“ Es wird über eine Protestaktion berichtet: „Viele von ihnen sind Opfer von Mirena, einer Hormonspirale, die Bayer herstellt, und die bei ihnen zu schweren körperlichen und psychischen Schäden geführt hat.“ Schwere körperliche und psychische Schäden! Durch eine vermeintlich einfache Schwangerschaftsverhütung. Seit Jahren melden sich betroffene Frauen bei ihren Ärzten und schildern ihr Leid. Doch die meisten finden kein Gehör. Denn viele Ärzte sind daran interessiert, die für sie lukrative Hormonspirale auch weiterhin zu empfehlen.

Wer eine Recherche über dieses Verhütungsmittel beginnt, erlebt sein blaues Wunder. Zahlreiche Frauen werden durch die Hormonspirale lebensmüde, Panikattacken und Verfolgungswahn haben schon so manche Patientin in die Psychoklinik gebracht. Einige nahmen sich das Leben.

Der BR zitiert die Münchener Frauenärztin Silke Bartens, die dem Ärzteverein „Mezis“ angehört - eine Initiative von Ärzten, die von Pharmaunternehmen unabhängig bleiben wollen: „Warum es Kollegen empfehlen ... vielleicht hat es finanzielle Gründe, das will ich nicht unterstellen, aber es könnte natürlich auch sein. Es ist ein bisschen lukrativer, die Spirale zu legen als die Pille zu verordnen, bei der Pille gibt es ein Rezept, das man abgeben kann, und die Spirale hat eine gewisse Gewinnmarge.“

Der „Spiegel“ zitiert jetzt den Hersteller Bayer, „der mit seinen Hormonspiralen 2016 mehr als eine Milliarde Euro Umsatz machte“. Dort heißt es, es gebe nach allen der Firma vorliegenden Daten „keinen Anhaltspunkt, dass es zwischen der Verwendung von levonorgestrelhaltigen Intrauterinsystemen und der Entwicklung von schwerwiegenden psychiatrischen Erkrankungen einen Zusammenhang gibt“.

Reden wir Klartext: Bei meinen Recherchen stieß ich auf zahlreiche deutsche und internationale Erfahrungsforen. Hier warnen scharenweise Frauen nachdrücklich vor dieser Hormonspirale. Die Leidenswege klingen teilweise wie aus den gruseligen Forschungslaboren des Dr. Jekyll. Joana schreibt: „Bald nach dem Einsetzen der Spirale habe ich eine Art der Lustlosigkeit und ständiges nervöses Anspannen gemerkt. ... Mit der Zeit aber wurden meine Stimmungsschwankungen immer heftiger, es hat sich bei mir eine tiefe Depression eingenistet und ich war ständig in einer aggressiven Grundstimmung. Die letzten drei Monate waren der reinste Alptraum. Ich habe nur noch an Selbstmord gedacht, hatte ohne ersichtlichen Grund Weinkrämpfe in unmöglichsten Situationen gekriegt und war psychisch nur noch ein Wrack. Konnte nicht essen, nicht schlafen und habe in meinem Leben nichts mehr geregelt gekriegt. ... Meine Ärztin wollte den Zusammenhang zwischen der Spirale und meinem psychischen Zustand nicht wahrhaben.“

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

In einem anderen Beitrag heißt es unter anderem: „Es kamen Erschöpfungszustände hinzu und migräneartige Kopfwehattacken mit Erbrechen. Immer häufiger hatte ich auch unkontrollierte Wutausbrüche und darauf Weinkrämpfe. ... Im Februar 2000 begab ich mich dann selber in eine ambulante psychiatrische Behandlung, nachdem ich meinen Partner physisch angegriffen hatte. ... Ich hatte auf alles ... eine unsägliche Wut und ein Ohnmachtsgefühl sondergleichen, aber ich wusste nicht wieso! ... Also versuchte ich, durch die Flucht vor dem Arbeitsstress mein Gleichgewicht wieder zu finden. Gefunden habe ich fast meinen Tod – mein Gemütszustand verschlechterte sich drastisch. ... Ich rannte vor ein Auto und wollte mich bewusst verletzen lassen oder vielleicht sogar töten? Ich wurde aber nicht überfahren, das Auto konnte im letzten Moment ausweichen und fuhr in einen Gartenzaun. Ich wurde in die geschlossene psychiatrische Klinik eingeliefert.“

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) prüfe derzeit übrigens, ob es einen ursächlichen Zusammenhang gibt zwischen levonorgestrelhaltigen Spiralen und Ängsten, Stimmungsveränderungen, Schlafstörungen sowie innerer Unruhe, so der „Spiegel“. Bei einer Milliarde Umsatz für Bayer alleine in 2016 nur mit seinen Hormonspiralen darf man auf das Ergebnis mehr als gespannt sein.

Beten, dirigieren, feiern

Grandseigneur des Taktstocks – Kurz vor seinem 90. Geburtstag erhält Herbert Blomstedt den Brahms-Preis

Erst Brahms-Preis, dann Geburtstag: Herbert Blomstedt hat in diesen Tagen viel zu feiern. Der schwedische Dirigent, der auch viele deutsche Orchester geleitet hat, erzählt in der *PAZ* über seine Liebe zur Musik im Allgemeinen und zu Brahms im Besonderen.

Blomstedt ist der Doyen unter den Dirigenten. Seit mehr als 60 Jahren steht er an den Pulten namhafter Orchester. Als Chefdirigent prägte er die Staatskapelle Dresden, das San Francisco Symphony Orchestra und als Nachfolger von Kurt Masur das Gewandhausorchester Leipzig. Am 11. Juli wird der „Grandseigneur des Taktstocks" 90 Jahre alt. Wenige Wochen vorher, am 10. Juni, wird ihm in der St. Bartholomäus-Kirche in Wesselburen/Dithmarschen der renommierte Brahms-Preis verliehen.

Brahms sei für ihn eine Herzenssache, so Blomstedt. „Mit ihm verbindet mich eine große, langjährige Liebe. Schon als Schüler kannte ich die Sinfonien auswendig, weil ich regelmäßig ins Konzert ging. Und mit Brahms stand ich auch das erste Mal vor einem Orchester bei der Aufnahmeprüfung zur Dirigentenklasse."

Als bekennender Siebten-Tags-Adventist stehe er Brahms aber auch als Bibelkenner nahe. „Ich bin ja Pastorensohn und bin mit der Bibel aufgewachsen. Sie gehörte zur täglichen Routine. Mein Vater hat immer zum Frühstück einen Bibeltext gelesen, dann haben wir das Vaterunser gebetet", erzählt er im leichten schwedischen Akzent, „auch wenn Brahms wohl nie zur Kirche ging, kannte er die Bibel in- und auswendig. Das merkt man daran, welche Stellen er für das ‚Requiem' und andere Werke ausgewählt hat. Das hat seine Kompositionsweise stark beeinflusst."

Blomstedt wurde 1927 in Springfield im US-Bundesstaat Massachusetts als Kind schwedischer Eltern geboren. Sowohl seine künstlerische Begabung wie seine Religiosität waren ihm in die Wiege gelegt. Sein Vater war Prediger und Missionar, die Mutter eine ausgebildete Pianistin, die ihren Beruf wegen einer rheumatischen Erkrankung jedoch nicht ausüben konnte. Als er zwei Jahre alt war, ging die Familie nach Schweden zurück. Ersten Musikunterricht am Klavier erhielt er von der Mutter. Während der Gymnasialzeit in Göteborg kam noch die Geige hinzu sowie sinfonische Eindrücke im Göteborger Konzertsaal.

„Mein Jugendtraum war es eigentlich, in einem Streichquartett zu spielen oder als Kantor in irgendeiner wunderbaren Kirche tätig zu sein, wo ich jeden Sonntag eine Bach-Kantate hätte spielen wollen. An der Dirigentenkarriere habe ich erst konkret während der letzten Jahre an der Musikhochschule in Stockholm angefangen zu arbeiten," erzählt er.

Blomstedt studierte Musik am Königlichen Konservatorium in Stockholm und der Universität Uppsala. Weiteren Schliff als Dirigent holte er sich in den USA in Kursen bei Jean Morel an der Juilliard School, bei Leonard Bernstein in Tanglewood sowie bei Arturo Toscanini in New York. „New York, wo ich seit 1950 studiert habe, war ein Eldorado für einen Dirigentenschüler. Das war das letzte Jahr von Toscanini. Ich habe jede seiner Proben gehört, auch wenn das offiziell verboten war. Seine Wutausbrüche waren legendär. Bruno Walter war zur gleichen Zeit erster Gastdirigent bei den New York Philharmonics, eine faszinierende Persönlichkeit. Das waren schon besondere Zeiten."


Bild: Martin U.K. Lengemann
Ausgewiesener Brahms-Kenner: Herbert Blomstedt

Vor allem aber sind es die Orchester, die ihn geprägt haben und die er bis heute als seine „Familien" betrachtet. Von jedem Musiker, auch ehemaligen, kann er eine Geschichte erzählen. Auch in den Stationen seiner Karriere spiegeln sich Blomstedts künstlerische Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit. Nachdem er Skandinavien verlassen hatte, nahm er nur wenige feste Engagements an, und alle waren sie zentriert um eine intensive und erfolgreiche Orchersterformung.

Von 1975 bis 1985 war er Chefdirigent der Staatskapelle Dresden, mit der er neben verschiedenen europäischen Ländern auch die USA und Japan bereiste und bei der er nach wie vor regelmäßig zu Gast ist. Nach einer Serie von Konzerten mit dem San Francisco Symphony Orchestra wurde Blomstedt 1985 zum Musikdirektor des Orchesters berufen. Die gemeinsamen Konzertreisen zu den musikalischen Metropolen Europas wurden von Publikum und Presse gleichermaßen gefeiert.

Nach zehn Jahren beendete Blomstedt seine Tätigkeit in San Francisco, kehrt aber als Ehrendirigent alljährlich dorthin zurück. Ab 1996 wirkte er zwei Jahre als Chefdirigent des NDR-Sinfonieorchesters in Hamburg, löste jedoch den Vertrag, da ihm das Leipziger Gewandhausorchester Avancen machte. Die tiefgehende künstlerische Wahlverwandtschaft zwischen ihm und dem Gewandhaus machte diese Verbindung zu einer musikalischen Traumhochzeit.

Sieben Jahre währte die Beziehung mit den Leipzigern, denen er bis heute als Ehrendirigent weiterhin verbunden ist. Diese Auszeichnung verliehen ihm weitere internationale Orchester. Noch immer gibt Blomstedt um die 80 Konzerte im Jahr mit verschiedenen Programmen. Keine Frage: Die Musik ist sein Lebenselixier. „Aber Alter ist kein Thema für mich, und die 90 nur eine Zahl. Natürlich leidet die körperliche Leistung wie Ausdauer, man wird schneller müde. Aber geistig bin ich noch topfit. Das Wesentliche ist: Wir wissen nicht, wie lange wir leben. Also müssen wir für jeden Tag dankbar sein. Man kann sich sein Leben nicht verdienen, es ist immer ein Geschenk." *Andreas Guballa*

Sonnabend, 10. Juni, 19 Uhr, Brahms-Preisverleihung an Herbert Blomstedt mit Streichern und Bläsern des NDR-Elbphilharmonie-Orchesters, St. Bartholomäus-Kirche, Österstraße 3, 25764 Wesselburen, Laudatio: Musikwissenschaftlerin und Journalistin Julia Spinola („Die großen Dirigenten unserer Zeit", siehe auch Seite 22), Karten ab 14 Euro. Buchungen bei Reisebüro Biehl, Heide, Telefon (0481) 69531 oder online unter: www.brahms-sh.de

MELDUNGEN

Musik-Sommer in Kissingen

Bad Kissingen – „1830 – Romantische Revolution" ist das Motto des Musikfestivals Kissinger Sommer, das vom 16. Juni bis zum 16. Juli im Max-Littmann-Saal stattfindet. Die 32. Auflage des klassischen Musikfests wird eingeleitet mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen und der Star-Geigerin Hilary Hahn unter der Leitung von Paavo Järvi mit Werken von Schumann, Vieuxtemps und Brahms. Karten und Infos unter: www.kissingersommer.de *tws*

Nach 72 Jahren: Stele kehrt heim

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat eine wertvolle ägyptische Fayence-Stele zurückerhalten, die sich seit 1945 in den USA befand. Die Stele lag zuletzt in einem Museum in Michigan, das es von einem Soldaten erhielt, der als Leiter der Alsos-Mission in Deutschland die NS-Bemühungen zum Bau einer Atombombe auskundschaften sollte. Ab Mitte Juni wird die Stele im Berliner Neuen Museum ausgestellt. *tws*

Der Kuss in der Kunst

Berlin – Die Kunst des Küssens ist eine Sache. Kunst und Küssen eine andere. Um letztere geht es in der neuen Ausstellung im Bröhan Museum. In „Kuss. Von Rodin bis Bob Dylan" ist vom 15. Juni bis 3. Oktober zu sehen, wie sehr eine kleine Geste zur großen Inspiration für die Kunst wurde. Von Rodins Skulptur „Der Kuss" von 1886 bis zum Bruderkuss von Erich Honecker und Leonid Breschnew reicht die Palette. Info: www.broehan-museum.de *tws*

Kein Entrinnen

Glaube im Überdruss – ARD stellt eine Woche lang die Gretchenfrage

Sobald die ARD ihre alljährliche Themenwoche einläutet, wird nicht gekleckert, sondern geklotzt. So auch in diesem Jahr, wenn sich vom 11. bis 17. Juni Glaubensfragen aus allen Kanälen ergießen, im Fernsehen, im Radio sowie auch im Online-Angebot der Sender. Jeder von ihnen trägt sein Scherflein bei, auch festgefügte Serienformate holen Spiritualität an Bord. Die gute alte „Lindenstraße" lässt die Zuschauer im Internet über eine Gewissensfrage der Darsteller abstimmen (Lindenstrasse.de), in der langlaufenden Serie „In aller Freundschaft" geht es um Sterbehilfe.

„Woran glaubst du?" heißt das Motto anno 2017. Ja, woran? Jeder Kanal im großen Senderverbund wirft sich ein anderes Mäntelchen um: Der intellektuelle Kultursender Arte bringt die sechsteilige Dokumentation „Der Luther-Code", wo junge Genforscher, Astrophysiker und Blogger fragen, ob wir 500 Jahre nach Luther eine weitere Reformation brauchen (Sonntag, 11. Juni und Mittwoch, 13. Juni, ab 23.45 Uhr). Der Ereigniskanal Phoenix porträtiert Frauen und die Kraft ihres Glaubens („Mathilde von Quedlinburg – Vom Mädchen zur Machtfrau", Mittwoch, 14. Juni, 20.15 Uhr. Anschließend: „Mechthild von Magdeburg – Frau mit Visionen"). Das Erste punktet mit zwei Fernsehfilmen, die Grenzerfahren streifen.

In „Atempause" (Mittwoch, 14. Juni, 20.15 Uhr) fällt ein kleiner Junge nach einem Fußball-Unfall ins Koma, die getrennt lebenden Eltern müssen in ihrer gemeinsamen Verantwortung wieder zueinanderfinden. In „Die Konfirmation" (Freitag, 16. Juni, 20.15 Uhr) tritt der junge Ben in die Gemeinschaft der Christen ein und stürzt seine glaubensferne Patchwork-Familie in Turbulenzen. Der Wiederholungssender 3Sat legt „Sommer in Orange" (13. Juni, 20.15 Uhr) wieder auf, in der eine Hippie-Kommune ein kreuzbraves bayerisches Dorf aufmischt, und im BR läuft Didi Hallervorden noch einmal in „Sein letztes Rennen" (Montag, 12. Juni) – ein Marathon gegen Alter und Resignation. Der NDR entsendet Reporterin Heike Götz auf die Via Baltica von Swinemünde nach Greifswald, weil Pilgern als Beten mit den Füßen gilt. Launiger Untertitel: „Kann man beim Pilgern Gott finden – und wenn ja, ist der auch gut zu Fuß?" (Sonntag, 11.Juni, 11.30 Uhr).


Bild: SWR/Hanschdörfer
Unter Nonnen gemischt: Schauspieler Steffen König auf Glaubenssuche (SWR, 13. Juni, 12.30 Uhr)

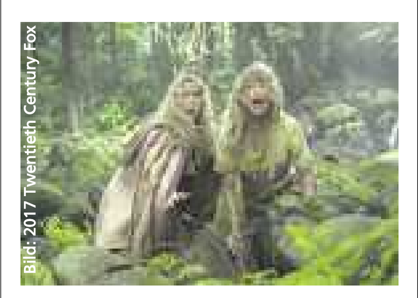
Natürlich kommen auch Menschen zu Wort, die sich von Berufs wegen mit Religion beschäftigen. Allen voran Margot Käßmann, die unvermeidliche Botschafterin des Lutherjahres. Der WDR begleitete die Theologin an ihre Lebensorte Berlin, Usedom und Nordhessen („Freiheit wagen!", Donnerstag, 15. Juni, 23.15 Uhr).

Was beim Zuschauer hängenbleibt, ist ein bemerkenswerter Kraftakt der Sender, teilweise aber auch nur ein Zusammenstricken bereits versendeter Programmware zu einem bunten Flickenteppich. Ob nach der ARD-Leistungsschau ein einziges verlorenes Schäflein zurück zur Kirche findet? Man soll die Hoffnung nie aufgeben. *Anne Martin*

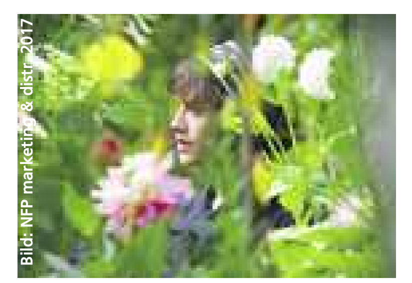
Verwilderte Bio

Ein Urwald, ein Garten und ein Leben – Die Kinofilme der Woche

Nach 15 Jahren Abstinenz vom Film ist Goldie Hawn wieder im Kino zu sehen. Die Schauspielerin, die 1969 den Oscar gewann für ihre Rolle als junge Liebhaberin des von Walter Matthau gespielten Zahnarztes in „Die Kaktusblüte", verirrt sich jetzt mit ihren 71 Jahren in den Amazonas-Dschungel. Im Film **Mädelstrip**, der am 15. Juni in die Kinos kommt, begleitet sie ihre Tochter Emily (Amy Schumer) auf einer Südafrikareise, auf der die beiden von Lösegelderpressern gekidnappt werden. Nachdem die Kreischhälse einen der Entführer aus Versehen getötet haben, können sie zwar fliehen, müssen sich aber durch den Urwald kämpfen. Weil selbst den Komödienspezialisten Hawn und Schumer dabei die Witze ausgehen, schleppt sich diese Komödie mit müdem Slapstick zum Happy End. Hawn hat im Kino schon bessere Tage gesehen, hoffentlich muss sie nicht wieder 15 Jahre warten, um zu zeigen, was sie wirklich kann. *tws*


Bild: 2017 Twentieth Century Fox
Zwei Kreischhälse im Urwald

Dass die Briten ein Volk von Sonderlingen sind, hat ja nicht erst der Ausstieg aus der EU gezeigt. Ihre Marotten und ihr skurriles Verhalten pflegen sie besonders im Film, wo man das als „britischen Humor" gut vermarkten kann. **Der wunderbare Garten der Bella Brown** (Kinostart: 15. Juni) ist wieder solch ein Beispiel, das ganz auf die wunderlichen Filmcharaktere setzt. Im Zentrum steht die einzelgängerische, putzsüchtige Bibliothekarin Bella Brown (Jessica Brown Findlay), die wegen ihres verwilderten Gartens im Clinch mit ihrem grantigen Nachbarn und Gartenfreund (Tom Wilkinson) liegt. Weil auch der Vermieter Druck macht, möbeln sie gemeinsam mit einem paar ebenso verschrobenen Freunden die Botanik am Haus auf. Von der Handlung her ist das Filmchen ein bisschen schwach auf der Brust, sorgt dafür aber mit einer Reihe sympathischer Figuren für heiteren Frühlingsgenuss. *tws*


Bild: NFP marketing & distr. 2017
Bella verliert sich im Garten

Schon seit dem 8. Juni bläst sich Ethan Hawke mit der Trompete durch die Kinos. Der Hollywoodstar („Before Sunrise", „Gattaca") gibt in der Filmbiografie **Born to Be Blue** den Jazzmusiker Chet Baker (1929–1988), der seine Seele an den Teufel, sprich: Heroin verkauft. Gezeigt wird nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Leben des Westküstenmusikers in den 60er Jahren, als eine Methadonbehandlung den Weg des buchstäblich auf die Fresse gefallenen Jazzstars in eine bessere Zukunft vorbereitet: Er ist frisch verliebt und kommt trotz Zahnprothesen auch musikalisch wieder auf die Beine. Doch muss er entscheiden: Karriere oder Liebe. Viele Filmbiografien leiden unter dem drögen Abfilmen der Lebensstationen ihrer Helden. Dieser Film hat aber einen dramatischen Angelpunkt gefunden, um den herum eine kurzweilige Geschichte aufgebaut ist. Dieses und die melancholische Musik sorgen für beste Unterhaltung. *tws*


Bild: AlamodeFilm
Ethan Hawke als Chet Baker

Des Alten Fritz' musikalische Schwestern

Wie ihr Bruder waren auch Wilhelmine und Anna Amalie von Preußen begabte Komponisten

Wilhelmine und Anna Amalie von Preußen waren die älteste beziehungsweise die jüngste Schwester Friedrichs des Großen und wie dieser unter schwierigen Umständen am Berliner Hof aufgewachsen. Wie ihr Bruder musizierten und komponierten sie, und das in einer Zeit, in der noch nicht einmal das Werk von Aristokratinnen ernst genommen wurde. Heute werden sie von Musikhistorikern wiederentdeckt.

Bürgerliche Mädchen träumen davon, Prinzessin zu sein. Die Preußenprinzessinnen Wilhelmine und Anna Amalie wären wahrscheinlich lieber Bauerntöchter gewesen. Das hätte ihnen nämlich den täglichen Kleinkrieg im Hause Hohenzollern erspart. Der Berliner Hof war eine wahre Schlangengrube. Der fromme König wollte bescheiden leben und seine Kinder zu pflichtbewussten Preußen erziehen. Damit stand er im Gegensatz zu seiner prachtliebenden Frau Sophie Dorothea von Hannover. Diese wollte ihre ältesten Kinder Friedrich und Wilhelmine mit dem Nachwuchs ihres Halbbruders, der als Georg II. König von England geworden war, verheiraten. Dementsprechend wurde Wilhelmine von der Mutter als künftige Princess of Wales dressiert und vom tyrannischen Vater dafür verprügelt. Ihr Rettungsanker war die Musik – und den teilte sie mit ihrem ebenfalls heftig schikanierten Bruder Friedrich. Die Mutter ließ ihnen Unterricht angedeihen. Ihr Motiv war dabei weniger das entsprechende Talent ihrer Kinder als die Tatsache, dass Musik zum standesgemäßen Bildungsprogramm gehörte.

Bei Anna Amalie zählte das nicht mehr. Als sie ins entsprechende Alter kam, waren die englischen Träume der Mutter bereits geplatzt. Wilhelmine hatte, dem Wunsch ihres Vaters folgend, den Erbprinzen von Bayreuth geheiratet. Sophie Dorotheas Interesse an Heiratspolitik war erloschen – und das half Anna Amalie, der ihr zugedachten Verehelichung mit dem schwedischen Kronprinzen zu entkommen. Sie führte an, dass sie nicht zum in Schweden praktizierten lutherischen Protestantismus konvertieren wolle – und damit hatte sie beim frommen calvinistischen Vater gewonnen.

Des Soldatenkönigs Älteste: Wilhelmine (1709–1758) Bild: CF

Anna Amalie hatte mit dieser Aktion ein Zeichen für ihr weiteres Leben gesetzt. Sie blieb unverheiratet und wurde vom Bruder Friedrich schließlich zur Äbtissin des weltlichen Stiftes Quedlinburg erhoben. Damit hatte sie ein eigenes Einkommen und war unabhängig. Nach Quedlinburg brauchte sie nur zu den offiziellen Anlässen zu kommen, ansonsten lebte sie als Vertraute ihres königlichen Bruders in Berlin und frönte ihrer Leidenschaft, der Musik.

Sie lernte Flöte, Laute, Orgel, Geige und Komposition. Über ihre Geigerei schrieb sie an ihre Schwester Wilhelmine: „... mein Strich mit dem Bogen ist so leicht und sanft, dass die Maupertius (ihre Hofmeisterin) ... schwört, dass ich sie bis auf den Grund ihrer Eingeweide quäle."

Ihr Orgellehrer hatte es auch nicht leicht. In den vier Orgelsonaten, die er für sie komponierte, steht eine Anmerkung: „Diese 4 Orgelsolos sind für eine Prinzessin gemacht, die kein Pedal und keine Schwierigkeiten spielen konnte ..." Unterschrift: Carl Philipp Emmanuel Bach.

Der Sohn des großen Johann Sebastian fand in der Preußenprinzessin eine Musikenthusiastin, die in einer Zeit, in der sein Vater zunehmend aus der Mode kamen, diesen verehrte und sammelte. Der Dirigent Carl Friedrich Zelter schrieb darüber: „Prinzeß Amalie ließ mich einmal ihre Musikalien sehen, aber nur die Titel, durch das Glas der Schränke."

Johann Sebastian Bach war für Prinzessin Anna Amalie nicht nur Sammelobjekt, sondern auch Vorbild und Inspiration. 1758 stellte sie den Bach-Schüler Johann Philipp Kirnberger als Lehrer für Kompositionslehre und Kontrapunkt an. Die Bach-Schule merkte man dann auch den Werken der Prinzessin an. Während Friedrich der Große in seinen Flötenkonzerten schon der modernen Mannheimer Schule folgte, hielt sich Anna Amalie ans Barock. Sie schrieb Kantaten, Choräle, Sonaten und Regimentsmärsche – so zum Beispiel 1777 für das Regiment Möllendorf, in dem ihr ebenfalls musikalischer Lieblingsneffe diente, der „preußische Apoll" Louis Ferdinand.



Des Soldatenkönigs Jüngste: Anna Amalie (1723–1787) Bild: CF

In Bayreuth beschäftigte sich unterdessen Schwester Wilhelmine mit der Oper „Agenore" und gibt damit den Musikhistorikern etwas zu knabbern. Oper war damals in Deutschland noch kein Thema und eine Frau, die nicht nur komponierte, sondern auch das Libretto schrieb? Gewidmet war es zwar ihrem Ehemann Friedrich, aber sie hat darin eindeutig ihr Verhältnis zum Vater und zum Bruder aufgearbeitet. Als sie 1740 „Agenore" schrieb, lag in Berlin ihr Vater im Sterben. Wilhelmine war darüber gut informiert, da sie in dauerndem Briefkontakt mit ihren Geschwistern stand.

Wilhelmines Musik ist moderner als Anna Amalies. Die Markgräfin von Bayreuth stand auch diesbezüglich an der Seite ihres Bruders Friedrich. Dabei scheint die Laute, die sie selbst spielte, eines ihrer Lieblingsinstrumente gewesen zu sein. Deswegen hatte sie immer auch einen Hof-Lautenspieler. Er war Teil dessen, was man den „Bayreuther Musenhof" nannte. Dieser war eine originäre Schöpfung der Fürstin, denn als sie jung verheiratet nach Bayreuth gekommen war, war die Residenz noch ein Provinznest gewesen.

Nachdem Wilhelmines Ehemann 1735 Markgraf geworden war, krempelte er mit ihrer Unterstützung das Ländchen um. Wilhelmine begann zu bauen: die Eremitage, das neue Schloss und das markgräfliche Opernhaus, das 2012 als Weltkulturerbe anerkannt wurde. Außerdem war Wilhelmine an der Gründung einer Universität in Bayreuth beteiligt. Und sie schrieb ihre Memoiren. Wohlweislich wurden diese erst nach ihrem Tod veröffentlicht, denn aufgrund ihrer schonungslosen Schilderung ihrer Jugend am Berliner Hof erregten sie nicht unerhebliches Aufsehen.

Es hat fast etwas Ironisches, wie die von ihrem Vater zur Bescheidenheit, Frömmigkeit und Demut erzogenen Prinzessinnen selbständige, unabhängige Persönlichkeiten wurden, die mit den führenden Denkern ihrer Zeit kommunizierten und eine Wirkung erzielten, die weit in die Zukunft reichte. Ihr Prinzessinnenleben war kein Traum, aber als Rollenmodell für kleine Mädchen waren die Preußinnen durchaus brauchbar. *Sibylle Luise Binder*

Gegen »die natürliche Ordnung«

Wie der Ehemann »das letzte Wort« verlor – Vor 60 Jahren wurde das Gleichberechtigungsgesetz erlassen

Der Mann sollte nicht mehr Herr im Haus sein? An diesen Gedanken mochten sich die Volksvertreter nicht gewöhnen. Zwar war die Gleichstellung von Mann und Frau in Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes von 1949 festgeschrieben, doch im Bürgerlichen Gesetzbuch galt noch das Letztentscheidungsrecht des Mannes. Um dieses Recht wurde fast ein Jahrzehnt lang gerungen und gestritten. Bei der Abstimmung am 3. Mai 1957 im Bundestag wurde das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz) einstimmig angenommen – die Gegner waren gar nicht erst erschienen. Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger erklärte vor fast leerem Plenarsaal: „Meine Damen und Herren, damit hat der Deutsche Bundestag eines seiner bedeutsamsten Gesetzgebungswerke abgeschlossen". Am 18. Juni 1957 wurde das Gesetz erlassen, am 1. Juli des Folgejahres trat es in Kraft. Das Recht des Familienvaters und Ernährers auf „das letzte Wort" war damit abgeschafft. Konkret bedeutete das: Der Ehemann konnte nicht mehr wie bisher über das Vermögen seiner Frau verfügen und es für sich nutzen, er konnte nicht gegen den Willen seiner Frau deren Arbeitsverhältnis kündigen, und er entschied nicht mehr allein in allen Fragen der Kindeserziehung.

Nicht nur konservative Politiker hatten sich dagegen gewehrt, dass das Familienoberhaupt vom Thron gestoßen wurde. Kräftige Rückendeckung bekamen sie von den beiden großen Volkskirchen. Die Abschaffung des Letztentscheidungsrechts war nach Auffassung der Kirchenmänner ein Angriff auf die traditionell patriarchalisch geprägte Familie. Sie sahen die „natürliche Ordnung in der Ehe" gefährdet.

> Das Gesetz sollte das überkommene Familienrecht dem Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes anpassen

Dass der Gleichstellungsartikel jede Menge Konfliktstoff enthielt, war schon 1948 bei den Beratungen zur Reform des Grundgesetzes für die junge Bundesrepublik im Parlamentarischen Rat deutlich gewirden. Ursprünglich sollte die Formulierung der Weimarer Reichsverfassung beibehalten werden. Dort hieß es: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten". Die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion hielten die Gleichberechtigung damit für ausreichend gesichert. Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, eine von zwei Frauen im Parlamentarischen Rat, verlangte die Streichung von „grundsätzlich". Diese Einschränkung sei diskriminierend und lasse verschiedene Interpretationen zu, ihres Erachtens natürlich zulasten der Frau. Selberts Vorschlag „Männer und Frauen sind gleichberechtigt" zu schreiben, wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Dezember 1948 mit elf gegen neun Stimmen abgelehnt.

Das kam in der Öffentlichkeit nicht gut an. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes, wie die Mitglieder des Parlamentarischen Rats genannt wurden, konnten sich der Flut der Briefe kaum erwehren, in denen die Tilgung des ominösen Worts gefordert wurde. Die Briefeschreiber, Frauen und Männer, verlangten Anerkennung für die Mütter, die während des Zweiten Weltkriegs ihre Kinder allein hatten versorgen müssen und als sogenannte Trümmerfrauen in den zerstörten Städten Schwerstarbeit geleistet hatten. Am 18. Januar 1949 wurde Selberts Vorschlag – nun auch mit den Stimmen der CDU/CSU – angenommen.

Die Arbeit für ein neues Familienrecht mit dem Ziel, die Position der Frau zu stärken, begann gleich nach der Bundestagswahl 1949. Federführend war der Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP). Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprachen noch der Fassung von 1900. Die Reform sollte 1953 abgeschlossen sein. Der Zeitplan war nicht einzuhalten, weil Befürworter und Gegner des Letztentscheidungsrechtes sich unversöhnlich gegenüberstanden. Bei einem Verhältnis von 509 männlichen zu 45 weiblichen Abgeordneten standen die Frauen auf verlorenen Posten. Für Erstaunen sorgte die CDU-Abgeordnete Helene Weber (siehe *PAZ* Nr. 28/2012), die sich an die Seite der Männer stellte und das Letztentscheidungsrecht beibehalten wollte. Ausgerechnet Helene Weber. Die 1881 geborene Katholikin hatte eine für Frauen in dieser Zeit ungewöhnliche politische Karriere gemacht. Sie hatte dem Preußischen Landtag und der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung angehört und galt als Vorreiterin der Emanzipation. Diesen Schritt wollte sie aber nicht gehen. Die „naturgegebenen biologischen und geistigen Unterschiede zwischen Mann und Frau", so Weber, würden einer gleichen Behandlung der Geschlechter Grenzen vorgeben und eine schematische Gleichstellung unmöglich machen. In der Familie hätten entsprechend dieser „funktionalen Verschiedenartigkeit" die Ehepartner verschiedene Aufgaben. Als Ernährer und Beschützer stünde dem Mann demnach die Leitungsfunktion in der Familie zu.

> Die Volkskirchen und die Vorreiterin der Emanzipation, Helene Weber, sprachen sich gegen die Reform aus

Webers Haltung verdeutlichte den Gewissenskonflikt, in dem sich gläubige Christen befanden. Es waren nicht nur Herrschaftsanspruch und Sturheit. Die von Gott geschaffene Ordnung durfte ihrer Meinung nach nicht angetastet werden.

Mit Webers Parteifreundin Elisabeth Schwarzhaupt (siehe *PAZ* Nr. 42/2011) zog eine jüngere Generation in den Bundestag ein. Die brillante Juristin zerpflückte alle Argumente gegen die Gesetzesänderung. Das Schlusswort im juristischen Schlagabtausch sprach schließlich ihre Fraktionskollegin Margot Kalinke. Die Versicherungsangestellte punktete mit verblüffender Logik. Sie sagte: „Wenn das Letztentscheidungsrecht beibehalten wird, dann wird der Mann auch immer das letzte Wort behalten, sonst wäre er kein Mann." Dem war nicht zu widersprechen. Das neue Gesetz wurde durchgewunken.

Im Zentrum eines Frauenlebens sollten zwar weiterhin Heim und Herd stehen, aber die Emanzipation war nicht mehr aufzuhalten, wenn sie auch nur stockend vorankam. Die Zugewinngemeinschaft wurde gesetzlicher Güterstand. Das Partnerschaftsprinzip wurde eingeführt, es gab keine vorgeschriebene Aufgabenteilung in der Ehe mehr. Frauen erhielten das Recht, ihren Geburtsnamen bei der Heirat dem Namen ihres Mannes hinzuzufügen. Ab 1962 konnten Frauen ohne Zustimmung ein eigenes Bankkonto eröffnen. Nach 1969 waren verheiratete Frauen auch voll geschäftsfähig. *Klaus J. Groth*

Wie der »Krieg der Armen« entstand

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte sich der Terrorismus als politisch-gesellschaftliches Phänomen etabliert

Peter Ustinov hat den Terrorismus als „Krieg der Armen“ bezeichnet. Wer wegen mangelnder Ressourcen keine Chance hat, seinen Feind in offener Feldschlacht zu vernichten, wird versucht sein, ihn durch Nadelstiche zu zermürben. Das nennt man dann gemeinhin Guerillataktik. Wenn jedoch statt gegnerischer Kombattanten lieber Zivilisten ins Visier genommen werden, gilt das als Terrorismus. Daher ist der Terrorismus wohl kaum jünger als der Krieg als solcher.

Laut einer Auflistung von Bruce Hoffman, seines Zeichens Direktor des Center for Security Studies an der Georgetown University in Washington D.C., existieren über 100 verschiedene Definitionen von Terrorismus. Diese terminologische Unsicherheit macht es schwierig, die Anfänge des Terror-Phänomens in der Vergangenheit zu verorten. Auf jeden Fall aber waren solche Attentate wie das auf Pharao Ramses III. am 7. April 1156 v. Chr. keine Terroraktionen. Denn damals wollten die Mörder einfach nur eine ihnen genehmere Person an die Stelle des getöteten Herrschers setzen. Andererseits schlug die Geburtsstunde des Terrors weit vor der Zeit der Französischen Revolution, in deren Verlauf das Wort „Terreur“, also „Schrecken“, 1793 erstmals im heute üblichen politischen Kontext benutzt wurde, wobei es in diesem Falle um Staatsterror ging.



Frankreich ist nicht nur das Mutterland des staatlichen „Terreur“, sondern es hat auch durch eine Gewalttat 1894 ein Staatsoberhaupt verloren: Marie François Sadi Carnot wird von dem italienischen Anarchisten Sante Geronimo Caserio mit einem Messer tödlich verletzt. Bild: pa

Möglicherweise handelte es sich bei den stein- und bronzezeitlichen Massakern von Halberstadt, Talheim, Wassenaar, Sund, Plötzkau und dem Tollensetal bereits um Akte von Terrorismus, wenn man die am meisten verwendete Definition dieses Phänomens zugrunde legt, die da lautet: Unter Terrorismus fallen alle Gewaltakte gegen Menschen oder Sachen, die auf die Überwindung einer bestehenden, als irgendwie inakzeptabel empfundenen Ordnung abzielen und von ihrer Art her Unsicherheit und Angst verbreiten, aber den Tätern zugleich auch Sympathisanten bescheren sollen. Das heißt praktisch, dass der Terrorismus erst dann aufgekommen sein kann, als sich gesellschaftliche Strukturen herausbildeten, die Merkmale von Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufwiesen. Und dies geschah wohl kaum vor Beginn der neolithischen Revolution, die mit der Warmzeit vor rund 11500 Jahren einsetzte und auf den stufenweisen Übergang zur Sesshaftigkeit sowie zu produzierenden Wirtschaftsformen wie Ackerbau und Viehzucht hinauslief. Dieser Umschwung führte zur Akkumulation von Reichtum in den Händen einiger weniger und zur Hierarchisierung der Gesellschaft. Vermutlich brachte genau das die ersten Terroristen der Menschheitsgeschichte hervor. Von ihnen haben wir heute aber keine Kenntnis mehr, weil sämtliche Erinnerungen an jene Aufrührer verlorengingen, die damals gewaltsam gegen die neue Ordnung opponierten. Immerhin gab es ja noch nicht einmal eine primitive Form von Schrift, um das Geschehene für die Nachwelt festzuhalten.

Sichere Belege für terroristische Akte finden sich erst in der „Geschichte des jüdischen Krieges“ von Flavius Josephus alias Joseph ben Mathitjahu ha Kohen. Dort wird beschrieben, wie der Priester Sadduk und Judas der Galiläer – nicht zu verwechseln mit dem Jesus-Jünger Judas Iskariot – im Jahre 6 n. Chr. eine paramilitärische Gruppe gründeten, die gegen die römischen Besatzer in Judäa kämpfte. Der Widerstand dieser sogenannten Zeloten (von griechisch „Eiferer“) erstarkte besonders, als Statthalter Publius Sulpicius Quirinius eine Volkszählung und Vermögensschätzung in der neugewonnenen Provinz anordnete, von der auch das Lukas-Evangelium kündet. Dabei bildete sich innerhalb der Zeloten-Bewegung zugleich die besonders militante Untergruppe der Sikarier heraus.

Bild: pa

1898 traf es auch eine Deutsche: Der Tod Kaiserin Elisabeths

Diese „Messerstecher“ (von lateinisch Sica, das heißt „Dolch“) verübten in der Folgezeit zahlreiche Attentate auf Römer sowie auch jüdische Kollaborateure aus der Mittel- und Oberschicht. Ihr Markenzeichen bestand darin, die Mordanschläge am helllichten Tag und auf offener Straße inmitten von großen Menschenansammlungen zu begehen, um so für ein Maximum an allgemeiner Verunsicherung zu sorgen. Weil es Massenmedien zur Weiterverbreitung der Nachrichten über terroristische Aktionen damals noch keine gab, brauchte es die Anwesenheit möglichst vieler Augenzeugen. Schließlich lebt der Terrorismus davon, dass sein Treiben umfassend wahrgenommen und kommuniziert wird. Insofern handelten die Sikarier völlig logisch.

Durch ihre permanenten Anschläge eskalierten die Spannungen in Judäa. Sie gipfelten im allgemeinen Aufstand der Juden während des Jahres 66, der die Römer zur Zerstörung Jerusalems und des dortigen Tempels veranlasste und schließlich im Jahre 73 oder 74 mit der Eroberung der jüdischen Bergfestung Masada endete.

Die ersten historisch fassbaren Terroristen waren also keine Muslime, wie gelegentlich kolportiert wird. Allerdings ging die zweite große Terrorwelle in der Geschichte dann tatsächlich schon von einer islamischen Sekte aus, nämlich den Assassinen beziehungsweise Nizari-Ismailiten.

Diese schiitische Splittergruppe, die zwischen dem Ende des 11. und der Mitte des 13. Jahrhunderts in Persien und Syrien operierte, verfolgte genau wie die heutigen Salafisten und andere ultrakonservative islamische Fundamentalisten das Ziel, die gesellschaftlich-religiöse Grundordnung wiederherzustellen, die zur Zeit des Propheten Mohammed geherrscht haben soll. Deshalb betrachteten die Führer der Assassinen – zuvörderst zu nennen wären hier Hasan-i-Sabbah und Raschid ad-Din Sinan, der legendäre „Alte vom Berge“ – alle weniger rückwärtsgewandten sunnitischen Potentaten wie die Sultane der Seldschuken und Ayyubiden als ihre Gegner und setzten Selbstmordattentäter ein, um diese oder deren engste Gefolgsleute zu beseitigen. Der erste derartige Anschlag durch einen „Opferwilligen“ (arabisch Fida'i) namens Bu Taher fand am 15. Oktober 1092 statt. Damals starb der einflussreiche Wesir Nizam al-Mulk, quasi die rechte Hand des seldschukischen Herrschers Malik Schah I.

Die Assassinen agierten dabei ähnlich wie die Sikarier, weil sie großen Wert darauf legten, nicht nur die Führungspersönlichkeiten ihrer Feinde zu liquidieren, sondern auch Angst und Schrecken in der gesamten Region zu verbreiten. Gleich den anderen Terroristen in früheren oder späteren Zeiten ging es ihnen weniger um die Kontrolle über geographische Gebiete als vielmehr um den Einfluss auf das Denken der Menschen. Diese sollten nunmehr glauben, dass die apokalyptische „Endzeit“ gekommen sei, welche die Rückkehr des 12. Imams, also des schiitischen Erlösers (Mahdi), ankündige. Trotzdem gelang es den Mongolen unter dem Dschingis-Khan-Enkel Hülegü sowie den Mamelucken unter Sultan Baibars I., die Bewegung der sogenannten Haschisch-Esser zu zerschlagen. Bis 1271 mussten sämtliche Oberhäupter der Assassinen ihre Burgen aufgeben und sich den weltlichen Machthabern unterwerfen.

Die nächste Frühform des Terrorismus – wenn man einmal vom grundsätzlich anders gelagerten Staatsterrorismus während der Französischen Revolution absieht – war der sozialrevolutionäre Terrorismus, der im 19. Jahrhundert aufkam und aus dem Wunsch resultierte, die infolge des Wiener Kongresses entstandene politisch-ökonomische Ordnung in Europa zu beseitigen. Als Vorreiter fungierte hier vor allem die Bewegung „Giovine Italia“ (Junges Italien), die 1831 während des Risorgimento, also der Periode des italienischen Einigungsprozesses, von dem Genueser Juristen Giuseppe Mazzini gegründet worden war und gegen das verhasste „System Metternich“ sowie für die nationale Einheit kämpfte – auch mittels Attentaten. Besondere Wirkungsmacht sollte aber freilich erst das Konzept der „Propaganda der Tat“ entfalten, das Carlo Pisacane entwarf. Dieser Mazzini-Anhänger schrieb 1857 in seinem politischen Testament: „Gewalttätigkeit ist nicht nur notwendig, um Aufmerksamkeit zu erregen oder öffentliches Interesse für ein Anliegen zu erwecken, sondern um zu informieren, zu bilden und schließlich die Massen für die Ziele der Revolution zusammenzuführen. Der lehrende Zweck der Gewalt kann niemals durch Kampfschriften, Plakate oder Veranstaltungen ersetzt werden.“ Hiermit inspirierte er insbesondere die späteren Anarchisten, denen es um die komplette Auflösung staatlicher und hierarchischer Strukturen ging, und die dabei ab Ende der 1870er Jahre ganz maßgeblich auf das Instrument des Terrors setzten.

Dabei ist fraglich, welche Entwicklung der Terrorismus in dieser Zeit genommen hätte, wenn Alfred Nobel nicht 1866 die Erfindung des Dynamits gelungen wäre, denn erst damit stand den Attentätern aller Couleurs ein Mittel zur Verfügung, um maximalen Schaden zu verursachen und größtmögliche Verunsicherung bei der Bevölkerung sowie den Herrschenden auszulösen. Und das nutzten die Terroristen dann auch in reichlichem Maße. So krachte es allein im Jahre 1892 über 1000 Mal. Prominentestes Opfer der sogenannten „Dynamitarden“ war der russische Zar Alexander II., der am 13. März 1881 zu Tode kam, als ihm der polnischstämmige Technikstudent Ignacy Hryniewiecki eine selbstgebastelte Bombe vor die Füße warf. Ansonsten starben zwischen 1894 und 1913 ebenso noch der französische Präsident Marie François Sadi Carnot, die beiden spanischen Premierminister Antonio Cánovas del Castillo und José Canalejas Méndez, der italienische König Umberto I., der griechische König Georg I., die österreichische Kaiserin und ungarische Königin Elisabeth sowie US-Präsident William McKinley durch die Hände von Terroristen. In diesen Fällen kamen indes aber konventionelle Mittel wie Schusswaffen und Messer oder – bei der Ermordung von Sisi – eine simple angespitzte Feile zum Einsatz.



Am 13. März des Jahres 1881 wurde der preußenfreundliche und reformfreudige sogenannte Zar-Befreier Opfer der Untergrundorganisation Narodnaja Wolja (Volkswille): Der durch das Bombenattentat tödlich verletzte Zar Alexander II. wird im Schlitten abtransortiert

Bild: action press

Parallel hierzu erlebte der religiös begründete Terrorismus eine Renaissance. So gab es wechselseitigen muslimischen und christlichen Terror in Syrien, der 1861 zur Autonomie des Libanon führte. Desgleichen entstanden 1887 beziehungsweise 1890 die Sozialdemokratische Huntschak-Partei und die Armenische Revolutionäre Föderation (Haj Heghapochakan Daschnakzutjun), die für die Unabhängigkeit der Armenier vom Osmanischen Reich wie dem zaristischen Rußland kämpften und sich in diesem Zusammenhang ganz massiv terroristischer Mittel bedienten – wobei die Frontlinie teilweise auch zwischen Muslimen und Christen lag.

Deshalb kann man mit Fug und Recht sagen, dass sich der Terrorismus bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs als politisch-gesellschaftliches Phänomen etabliert hatte, obwohl später noch einige neue Spielarten wie Ökoterrorismus und Cyberterrorismus hinzukamen. *Wolfgang Kaufmann*



Der Moment der Woche

Foto: Nicolas Genin/Wikipedia

Foto: 2016 Warner Bros. Ent.

Sie schreit, sie weint, sie kämpft, sie leidet: Für ihre Hauptrolle im Film „Aus dem Nichts" bekam die deutschstämmige Hollywood-Schauspielerin Diane Kruger (oben) jetzt in Cannes die Goldene Palme. Für die links-grünen Medienschaffenden hat Kruger (41, „Troja") ihre theatralische Darstellung sicherlich auch im richtigen Film zu besten gegeben. Der Streifen des deutsch-türkischen Regisseurs Fatih Akin (l.) mag allerdings politisch-korrekt sein, er ist gleichzeitig völlig wirklichkeitsfremd. Während Moslem-Terroristen mordend durch Europa ziehen, beschäftigt sich „Aus dem Nichts" mit dem Rechtsextremismus. Es geht um die Verbrechen des NSU, des Nationalsozialistischen Untergrundes, vor zehn Jahren. Bei Akin ist ein haarsträubendes Machwerk daraus geworden: Diane Kruger spielte eine Deutsche, die mit einem Kurden verheiratet ist. Sie hat ihn als Drogendealer kennen (und lieben) gelernt. Geheiratet wird während er in Haft sitzt. Später läutert sich der Kleinkriminelle. Er studiert BWL und wird Steuerberater (!). Als rechte Terroristen ihn und den Sohn der beiden töten, radikalisiert sich nach und nach die Witwe. Am Ende verübt sie einen Selbstmordanschlag auf die Täter, die von einer braunandurchfärbten Justiz vorher freigesprochen wurden. Die „liebenswerte" Botschaft des Films: Habt Verständnis mit Selbstmordattentätern. Sie werden schon ihre Gründe haben.

„Aus dem Nichts" wurde mit 500 000 Euro von der staatlichen „Filmförderung Hamburg-Schleswig-Holstein" unterstützt. Er soll am 23. November in die deutschen Kinos kommen. *FH*

»Alternative Fakten sind gut«

Ein Interview mit den Wissenschaftkritikern Heike Diefenbach und Michael Klein

So radikal wie sie prangert keiner Verschwendung, Fehler und Versäumnisse im Wissenschaftsbetrieb an. Heike Diefenbach und Michael Klein betreiben die Internetseite „ScienceFiles". Im Interview erklären sie, was wirklich von den March-for-Science-Aktionen zu halten ist. Sie beschreiben, wie es Querdenkern ergeht und sprechen über einen der größten Forschungsbetrüge der Neuzeit.

PAZ: *Hier die ehrlichen Wissenschaftler, dort die verlogenen Politiker, die sich ihre eigene Wirklichkeit zurechtbiegen und das Ganze auch noch höhnisch „alternative Fakten" nennen. Mit den March-for-Science-Demonstrationen haben Tausende Wissenschaftler für den Wert ihrer Arbeit und gegen eine „postfaktische Ära" demonstriert. Jemand, der mit „Science Files" immer wieder unlautere Einflussnahmen aus der Politik anprangert, müsste eine solche Bewegung doch begrüßen, oder nicht?*

Heike Diefenbach: Hinter einigen Forderungen stehe ich ganz und gar. Auch ich bin dafür, den Wert von Wissenschaft für die Menschheit deutlich zu machen. Mit Interesse und mit Respekt muss man ihr begegnen. Sie darf sich nicht von politischen oder ideologischen Gruppierungen instrumentalisieren lassen. Sie darf nicht dazu missbraucht werden, bloß politisch Korrektes als faktisch Korrektes darzustellen. Das sind auch für mich wichtige Anliegen.

PAZ: *So wie Sie das vorbringen, klingt es, als ob jetzt ein ziemlich gewichtiges „aber" folgen würde?*

Diefenbach: Ja, und das lautet kurz gesagt: Da die institutionalisierte Wissenschaft, insbesondere die Sozialwissenschaft, längst in weiten Teilen zu einer Legitimationsveranstaltung politischer oder ideologischer Inhalte und Vorgaben geworden ist, muss man es von vornherein als suspekt einstufen, wenn sich gerade ihre Vertreter in der Öffentlichkeit für „Wissenschaft" stark machen wollen.

PAZ: *Institutionalisierte Wissenschaft? Was verstehen Sie darunter?*

Diefenbach: Das ist die Wissenschaft, die aus öffentlichen Geldern finanziert an Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen von vom Staat angestellten oder verbeamteten Lehrkräften betrieben wird. Sie hat sich zu großen Teilen an die Politik verkauft. Sie akzeptiert Fördergelder, die ausschließlich für politisch erwünschte Forschung bereitgestellt werden. Sie ist bereit, zusätzliche Stellen für Lehrpersonal einzurichten, obwohl diese Leute speziell für die Vermittlung von politisch-ideologischen Inhalten und eben nicht für die Vermittlung und Produktion ernstzunehmender Forschungsergebnisse angestellt werden. Sie werden dann auch nicht nach dem Leistungsprinzip ausgewählt, sondern nach irgendeinem für die Wissenschaft völlig irrelevanten Merkmal wie dem Geschlecht, was ja beim Professorinnenprogramm des Ministeriums für Bildung und Forschung der Fall ist. Ähnlich ist die Etablierung der sogenannten Gender Studies zu sehen.

Michael Klein: Für mich hat der March for Science daher auch nichts mit Wissenschaft zu tun. Die Märsche sind ein Deckmantel, unter dem Aktivisten versuchen, sich einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben. Nehmen sie doch den Begriff „alternative Fakten". Ihn als antiwissenschaftliches Gegenmodell anzuführen, ist reine Ideologie. Wissenschaft lebt geradezu von alternativen Erklärungen. In der Regel gibt es widerstreitende, widersprüchliche, ambivalente oder uneinheitliche Ergebnisse. Kaum ein Forscher findet nur Dinge, die seine Hypothesen stützen, und wenn er sie finden würde, wäre ein solcher Forscher so überrascht, dass er gleich neu prüfen würde, eben weil man in der Regel mit eindeutigen Ergebnissen konfrontiert ist. Wer allen Ernstes behaupten will, es gebe unumstößliche Fakten in der Theoriewelt der Wissenschaft, der sollte in die Kirche gehen und dort die unumstößlichen Fakten der jeweiligen Glaubensgemeinschaft anbeten.

»Wer herrschende Denkverbote missachtet, soll von seinem Lehrstuhl gemobbt werden«

PAZ: *Aber erwartet man von der Wissenschaft nicht, dass sie Gesetzmäßigkeiten aufzeigt und nachvollziehbare Erkenntnisse liefert?*

Klein: Ja, aber Wissenschaft hat zunächst einmal die Überprüfung von Hypothesen zum Gegenstand und setzt Zweifel voraus. Zweifel zum Beispiel daran, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Wären die Marschierer an Wissenschaft interessiert, würden sie die Argumente, die von denen vorgebracht werden, die am menschengemachten Klimawandel zweifeln, freudig aufnehmen und prüfen. Sie würden nicht für die Richtigkeit ihrer Überzeugung marschieren, sondern sie neuen Tests unterziehen.

Diefenbach: Mit der Idee der Wissenschaft sind Floskeln wie die von „alternativen Fakten" oder dem „Postfaktischen" unvereinbar. Es gibt nur Sachverhalte, die – bis auf Weiteres – als Fakten gelten können, und Behauptungen oder Vermutungen, bei denen es sich gemäß des aktuellen Wissensstandes nicht um Fakten handelt. Für mich sind die March-for-Science-Aktionen eine Art Mogelpackungen, mit denen die Öffentlichkeit hinters Licht geführt wird. Sie sind nachweislich eine Reaktion auf Ängste, die bei US-amerikanischen institutionalisierten „Wissenschaftlern" durch den Wahlerfolg Donald Trumps ausgelöst wurden. Er ist bekanntermaßen nicht davon überzeugt, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt. Also lehnt er es ab, für dessen Bekämpfung auch noch große Summen von Steuergeldern aufzuwenden. Ähnlich ist es bei den sogenannten Gender Studies. Sie werden von Steuerzahlern finanziert, die an ihnen – im besten Fall – kein Interesse haben. Trump steht auch dieser Pseudowissenschaft kritisch gegenüber.

PAZ: *Man kann es ihm nicht verdenken. Die Gender Studies, also die Geschlechterforschung, beschäftigen sich nach eigenen Angaben mit dem Verhältnis von Geschlecht zu Kultur, Gesellschaft sowie Wissenschaften. Mittlerweile gibt es allein in Deutschland weit über 200 Professuren dafür. Ein Kritiker hat Gender Studies einen der größten Fälle von Forschungsbetrug in der Neuzeit genannt. Sie, Herr Klein, haben einmal gesagt, dass es keinen einzigen Genderisten auf einem Lehrstuhl gibt, dem es bislang möglich war, selbst die einfachsten Fragen zur wissenschaftlichen Grundlage, Methodik und Methodologie seines Faches zu beantwortet.*

Klein (nickt): Gender Studies sind auch in diesem Zusammenhang ein gutes Beispiel. Ausgerechnet jene, die in der Vergangenheit mit Genderismus, Konstruktivismus, Dekonstruktivismus und Rekonstruktivismus dafür gesorgt haben, dass wissenschaftliche Methode, Nachvollziehbarkeit, Validität und Reliabilität von Ergebnissen an den Universitäten immer mehr verdrängt worden sind, haben jetzt den Begriff „Postfaktische Ära" aufgebracht. Wenn sich diejenigen, die nicht zwischen einem grammatikalischen oder einem biologischen Geschlecht unterscheiden können, die von mehr als zwei Geschlechtern fabulieren oder erzählen wollen, alles sei subjektiv konstruiert und nichts verbindlich, über das „Postfaktische" aufregen, dann wirkt dies auf mich, als würde ein Brandstifter Anstoß an Feuer nehmen.

PAZ: *Da gehen Sie mit ihren Wissenschafts-Kollegen aber ganz schön hart ins Gericht.*

Klein: Nicht so hart wie es der Wissenschaftsbetrieb mit denjenigen tut, die sich nicht an die herrschenden Denkverbote halten. Nehmen Sie den Berliner Historiker und Gewaltforscher Jörg Barberowski. Als Lieblingsgegner eines Reputations-Lynchmobs aus Studenten und Journalisten soll er von seinem Lehrstuhl gemobbt beziehungsweise persönlich diskreditiert werden. Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat es mit einer Studentenstasi im eigenen Vorlesungssaal zu tun. Werner Patzelt, Professor für Politikwissenschaft in Dresden, wird als „Pegida-Versteher" von Studenten und Kollegen verunglimpft, weil man sich mit seinen Argumenten nicht messen kann. Das Muster ist immer dasselbe. Wenn die Forschungsergebnisse eines Wissenschaftlers den ideologischen Überzeugungen der Wutstudenten oder Wutjournalisten nicht passen, wird der Mensch – ad hominem – angegriffen, und zwar genau von denen, die angeblich so sehr an Toleranz und Vielfalt und Freiheit interessiert sind.

Diefenbach: Wer sich derzeit keine Denkverbote auferlegen lassen möchte, also Wissenschaft im eigentlichen Sinn betreiben will, tut dies am besten außerhalb der Institutionen. Das ist noch nicht einmal unbedingt ein Missstand. Es kann nicht schaden, wenn man daran erinnert wird, dass Wissenschaft etwas ist, was man tut. Es ist eine Art methodische zu Denken und zu Arbeiten. Man folgt ihr, wo immer sie einen hinführen mag. Wissenschaft ist nicht etwas, was man vorfindet, wenn man ein bestimmtes Gebäude betritt. Wissenschaftler ist derjenige, der bereit ist, nicht nur Vorannahmen und Vermutungen anderer Personen in Frage zu stellen, sondern auch die eigenen. Er ist bereit, Forschungsergebnisse als solche zu akzeptieren, egal, wie sie ausfallen mögen.

Das Interview führte Frank Horns

Unsere Gesprächspartner

Mehr als 800 wissenschaftliche Artikel, Expertisen und Monographien haben **Heike Diefenbach** und **Michael Klein** als Betreiber von „ScienceFiles – kritische Wissenschaft" bereits besprochen und bewertet. Sie beraten zu allen Fragen des Wissenschaftlichen Arbeitens, heißt es auf sciencefiles.org.

Klein (52), der an der Uni Mannheim Politikwissenschaft, Wissenschaftslehre und Volkswirtschaftslehre studierte, möchte mit ScienceFiles in der Tradition des Philosophen Karl Raimund Popper Wissenschaft von Pseudo-Wissenschaft oder Metaphysik abgrenzen. Die habilitierte Soziologin und Ethnologin Heike Diefenbach (53) studierte in Mannheim, Heidelberg und Köln. Sie war unter anderem als Gutachterin für die DFG, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, tätig. Seit 2005 arbeitet sie als wissenschaftliche Beraterin in Großbritannien. Klein lebt seit 2007 in Wales.

Tabuthemen in der Forschung

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre wird in Deutschland sogar durch Artikel 5 des Grundgesetzes geschützt. Undenkbar, dass beispielsweise Studien zu Urknall und Evolution unterbleiben, weil sie der biblischen Schöpfungsgeschichte widersprechen. Dennoch ist Forschung hierzulande alles andere als frei. „Sie ist immer dann tabuisiert, wenn sie mit den herrschenden Doktrinen in Gegensatz geraten könnte", erklärt Michael Klein. Wir haben die beiden Wissenschaftskritiker auch zu diesem Punkt befragt.

Heike Diefenbach: Derzeit können viele der interessantesten, weil gesellschaftlich wichtigsten, Fragestellungen nicht anders als außerhalb der institutionalisierten Wissenschaft oder gar nicht behandelt werden: Das gilt zum Beispiel für eines meiner Forschungsgebiete, die Migrationsforschung. Schwierig bis unmöglich ist es, an einer Hochschule der Frage nachzugehen, welche – vor allem: welche negativen – Effekte die massive Zuwanderung der vergangenen Jahre nach Deutschland etwa für den Arbeitsmarkt, die Kriminalität, das Sozialversicherungssystem oder den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat. Wer solches untersuchen will, dem wird von vornherein eine „rechte" oder sonstwie „falsche" Gesinnung unterstellt. Wer sich davon nicht abschrecken lässt, wird mundtot zu machen versucht.

Michael Klein: Mein Gebiet ist unter anderem die Politikwissenschaft. Versuchen Sie mal, in Deutschland ein Forschungsprojekt durch die DFG, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, fördern zu lassen, das sich mit der Frage von Parteienkorruption befasst. Eines, das untersucht, wie personelle und finanzielle Verflechtungen zwischen Parteien, ihren Stiftungen und den Unternehmen, die manche Parteien im Eigentum haben, dazu führen, dass bestimmte Gesetze erlassen, andere nicht erlassen werden. Dann wissen Sie, welche Themen in Deutschland tabuisiert sind.

Tabu ist natürlich auch das Thema „Entprofessionalisierung durch politische Eingriffe". Gar nicht gern gesehen wird es, wenn untersucht wird, wie politische Entscheidungen im Rahmen der Hochschulpolitik dazu führen, dass Hochschulen zu einem „Market for Lemons" werden, an dem sich nicht noch diejenigen finden, die Elternzeit mit Beruf kombinieren wollen und in der freien Wirtschaft nie unterkommen würden. Oder ein drittes Thema: Evaluationsforschung, also Forschung, die die Kosten von Projekten mit dem Nutzen derselben ins Verhältnis setzt. Sie findet in Deutschland überhaupt nicht statt – jedenfalls nicht in einer Weise, die man ernsthaft so nennen kann: Bei uns bricht regelmäßig Heiterkeit aus, wenn wir wieder eine Evaluation vor uns haben, bei der zum Beispiel die Projektnehmer eines Ministeriums gefragt wurden, ob sie, also diejenigen, die direkt vom Ministerium finanziert wurden, mit den Ergebnissen ihrer finanzierten Projekte zufrieden sind. Was kommt dabei wohl heraus?



Gewollter blinder Fleck in der Forschung: Korruption in den Parteien und ihren Stiftungen Bild: Colourbox

Das Ostpreußenblatt

Nr. 23 – 9. Juni 2017

MELDUNGEN

Obstland Nord-Ostpreußen

Königsberg – Im vergangenen Jahr wurde die Obstanbaufläche des Königsberger Gebiets um beachtliche zwei Drittel vergrößert. Statt der angedachten 100 Hektar neuer Fläche wurde dabei fast das Zweieinhalbfache geschaffen. Außerdem nahm die Diversität der Kulturen zu, auch wenn diese naturgemäß nach wie vor zum größten Teil aus Äpfeln bestehen. Insgesamt wurde eine Ernte von fast 250 Tonnen Obst eingebracht. Für dieses Jahr hat die Baltische Agrar-Gesellschaft die Anlage einer Apfelplantage im Bereich von Preußisch-Eylau abgekündigt, die allein 165 Hektar Anbaufläche sowie Sortierungs-, Lagerungs- und Verpackungseinheiten umfassen soll. Hierfür sind Investitionen von 400 Millionen Rubel vorgesehen. *T.W.W.*

Wieder mehr Einwanderer

Königsberg – Mit Hilfe des Heimkehrerprogrammes der russischen Regierung sind im vergangenen Jahr mehr Menschen ins Königsberger Gebiet eingewandert als geplant. Statt der angedachten bis zu 4000 Neusiedler erhielten an die 5000 die erforderliche Genehmigung, wobei mehrere hundert Anträge noch der Bearbeitung harren. Das Programm zielt vor allem auf qualifizierte Übersiedler aus ehemaligen Sowjetrepubliken ab, akzeptiert aber auch Drittstaatler. Seit seinem Beginn 1997 haben bisher knapp 37 000 Einwanderer von den Vergünstigungen profitiert. Momentan werden im russischen Teil Ostpreußens vor allem Angehörige medizinischer Berufe, Bauern, Baufachleute und Wirtschaftsexperten gesucht. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebe-mühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Napierken, Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Ja-błonki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny] – Reushagen [Ruszajny], Baustelle; Allenstein – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek] – Gedwangen [Jedwabno], Baustelle. *E.G.*

Neukuhren für Kreuzfahrt-Urlauber

Stadt schreibt Bau eines Hafenterminals samt Infrastruktur aus – öffentlich-private Partnerschaft geplant

Seit Längerem gibt es Pläne, in Neukuhren einen modernen Hafen zu bauen. Das staatliche Unternehmen „Rosmorport“ plant nun ganz konkret, ein Terminal für Kreuzfahrt- und Frachtschiffe zu verwirklichen.

Nach den Wünschen der Stadt Neukuhren und des staatlichen Unternehmens „Rosmorport“ soll der geplante Hafen in naher Zukunft Kreuzfahrtschiffe begrüßen können. Die Pläne hierzu nehmen konkrete Formen an. Zurzeit läuft die Phase der Ausschreibungen für den Bau des Terminals für Kreuzfahrtschiffe und Frachtfähren, verbunden mit der Suche nach einem Investor, der willens und in der Lage ist, im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft eine Hafenanlage zu bauen. Bislang gibt es kaum Beispiele einer öffentlich-privaten Partnerschaft bei groß angelegten Investitionsprojekten in Russland.

Ein Gesetz, in dem die Grundsätze einer solchen Partnerschaft geregelt werden, wurde erst im Jahr 2015 ins staatliche Gesetzbuch aufgenommen. Weil sehr oft beim Bau von Großanlagen Mittel aus dem Staatshaushalt fehlen und die Budgets der Regionen zu spärlich sind, um sich an solch einer Aktion großartig zu beteiligen, hat der Gesetzgeber diesen zweigleisigen Weg ins Leben gerufen. Nicht selten mussten zuvor Bauprojekte für unbestimmte Zeit ausgesetzt werden. Das Format der öffentlich-privaten Partnerschaft erlaubt es, langfristig Mittel von privaten Investoren zur Erfüllung gesellschaftlich bedeutender Aufgaben einzubeziehen. Nach diesem Schema soll nun auch der neue Hafenkomplex in Neukuhren gebaut werden.

Seit Jahren träumen die örtlichen Beamten davon, wie schön es wäre, wenn das Terminal zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2018 fertig gebaut wäre. Anfang 2016 wurde der Plan schon als vollendetes Faktum betrachtet, doch bei der Umsetzung lief einiges schief. Jetzt hoffen die Behörden von Neukuhren, das Projekt wenigstens etappenweise umsetzen zu können.

Dem Entwurf zufolge wird das Hafenterminal mit großzügigen Lagerplätzen ausgestattet, an denen Kreuzfahrtschiffe mit 300 Meter Länge sowie Autofähren anlegen können. Das gesamte Hafengelände wird mit Wellenschutzanlagen ausgestattet. Im Hafengebäude ist eine Grenzübergangsstelle für Passagiere, Fahrzeuge, den Frachttransport sowie eine Zollstelle geplant. Cafés, DutyFree-Läden und regelmäßige Busverbindungen nach Königsberg runden den Service für die Touristen ab.

Das neue Hafenterminal wird etwa 225 000 Personen und 110 Kreuzfahrtschiffe während der Sommermonate abfertigen können. Gleichzeitig sollen ganzjährig 300 Frachtschiffe dort anlanden können. Vor dem Bau des Terminals will man schon mit der Errichtung der Infrastruktur für die Kreuzfahrt-Touristen beginnen.

Im Rahmen der öffentlich-privaten Partnerschaft plant „Rosmorport“, die Nutzung des Hauptgebäudekomplexes des Hafens in private Hände zu geben. Die Kosten für den größten Teil des Bauprojekts, wie Bodenvertiefung, Rekonstruktion der Buhnen, den Bau von Anlegeplätzen, Ausbau der Technik und die Verschönerung des Geländes werden aus dem Staatshaushalt finanziert. umgerechnet 116 Millionen Euro wurden bereitgestellt. Vom Investor erwartet man den Bau des Hafengebäudes in Höhe von rund elf Millionen Euro.

Das Hafenterminal soll zwei Hauptaufgaben erfüllen: Erstens soll es Kreuzfahrt-Touristen in die Region locken und zweitens den Güterverkehr von der Hafenstadt Memel nach Neukuhren leiten. *Jurij Tschernyschew*

Wirklichkeit und Zukunftsmodell: Der Strand von Neukuhren bietet viele Möglichkeiten. So soll der Hafen einmal aussehen (l.) Bilder: J.T.



In Heilsberg leuchtet nachts der Radweg

Ein weiterer Rundweg soll die Großen Masurischen Seen miteinander verbinden

Der Süden Ostpreußens ist vor allem wegen seiner historischen, landschaftlichen und Wasserattraktionen bekannt. Man kann sie vom Auto aus, an Deck eines Kreuzfahrtschiffs oder zu Fuß bewundern. In den vergangenen Jahren sind vermehrt Radwege in Mode gekommen. Das Fahrrad ist zu einem beliebten Transportmittel geworden, da es sich für Aktivurlaub im In- und Ausland eignet und dazu noch Reisen mit gesunder Bewegung verbindet.

Um den Erwartungen der Radmobilisten gerecht zu werden, wollen die lokalen Regierungen von Masuren einen 300 Kilometer langen Radweg um die Großen Masurischen Seen bauen. Die Regierung der Woiwodschaft Ermland-Masuren hat eine Vereinbarung mit der kommunalpolitischen Vereinigung der Großen Masurischen Seen für diese Investition unterzeichnet, die voraussichtlich ein Volumen von über 12,5 Millionen Euro haben wird.

Die vorläufige Einigung über die Vorbereitung des Projekts „Masurische Fahrradschleife“ unterzeichneten der Marschall der Woiwodschaft, Gustaw Brzezin, die Bürgermeisterin von Sensburg, Otolia Siemieniec, und der Bürgermeister von Nikolaiken, Piotr Jakubowski. Von den veranschlagten Kosten sollen etwa zehn Millionen mit EU-Mitteln und der Rest aus dem Regionalen Operationellen Programm Ermland-Masuren 2014 bis 2020 bestritten werden. Der Radweg wird durch die attraktivsten Natur- und Landschaftsgebiete Masurens führen. Er soll durch Angerburg, Lötzen, Johannisburg, Nikolaiken, Rhein und Sensburg gehen. Die Touristen können auf diese Weise alle Sehenswürdigkeiten der Region erradeln. Neben der Haupttrasse wollen einige lokale Behörden auch ihre eigenen kleinen Fahrradrundwege erschaffen.

Solar-Testabschnitt ist der erste in der Republik Polen

Der Radweg rund um die Großen Masurischen Seen soll eine Alternative zum Segeln sein. Er wird mit der Fahrrad-Autobahn „Green Velo“ verbunden, die durch die fünf östlichen Provinzen der Republik Polen führt.

Die „Masurische Fahrradschleife“ ist eines der Projekte, die bis 2020 von lokalen Regierungen gemeinsam umgesetzt werden, um die Großen Masurischen Seen zu verbinden. Die Selbstverwaltungen wollen auch die Infrastruktur auf der schiffbaren Route verbessern, indem sie die Schleusen und die Kanäle überholen und die Uferpromenade verstärken. Dadurch wollen sie gemeinsam auch die Wirtschaft der Region fördern.

Für das gesamte Programm der kommunalpolitischen Vereinigung der Großen Masurischen Seen hat der Vorstand der Woiwodschaft über 15 Millionen Euro aus dem Haushalt des Regionalen Operationellen Programms Ermland-Masuren bereitgestellt. Wie die lokalen Regierungen betonen, wird die Route rund um die Masurischen Seen so markiert, dass die Touristen die Naturgebiete nicht schädigen.

Der neue Radweg wird noch eine Besonderheit aufweisen: Er leuchtet im Dunkeln. Bei Heilsberg, auf der Route, die zum Großendorfer See führt, wurde bereits ein hundert Meter langer und zwei Meter breiter Testabschnitt eingerichtet. Das synthetische Material, aus dem er hergestellt wurde, absorbiert Energie aus dem Sonnenlicht und gibt sie in der Dunkelheit in Form von blauem Licht wieder ab. Auf diese Weise ist der Radweg autark und ökologisch zugleich. Zudem stellt er eine ungewöhnliche Erleichterung für Radfahrer dar. Der leuchtende Radweg ist die erste Anlage dieser Art in der Republik Polen.

Für die Produktion der Straßendecke des Radwegs zeichnet das Unternehmen TPA von Pruszków verantwortlich. *Leszek Chaburski*

Als Oma das Bügeleisen an den Kopf bekam

Heiteres und Besinnliches aus dem Leben eines Goldaper Schneidermeisters

Gustav Hein wurde 1878 in Neuenburg bei Rastenburg geboren. „Weißt Jungchen, da kamen die Räuber her, die dann zur Rominter Heide zogen", erklärte er mir. Sein Vater war Schmiedemeister, und Gustav wollte das auch werden. Doch, da er sehr klein war, entschied der Vater: „Schmied ist für dich zu schwer, du wirst Schneider." Und so begann er mit 14 Jahren seine Lehre. Gewohnt hat er in einer Abseite. Abends musste er oft auf den Säugling des Meisters aufpassen. Als dieser einmal zu laut schrie, legte er ihn auf den Boden der Wiege und das Kissen darüber. So hatte er zunächst seine Ruhe. Aber wahrscheinlich hatte „Frau Meisterin" ein ungutes Gefühl. Sie erschien zur Kontrolle und hat Opa entsprechend zusammengestaucht. Glücklicherweise haben beide überlebt. Großvater bekam unter dem Dach im Sommer weder einen Hitzschlag noch erfror er im Winter, und der Säugling erstickte nicht unter dem schweren Federkissen.

Im Ersten Weltkrieg diente Großvater bei der Kavallerie. In seiner Abteilung wurde besonderer Wert auf Ordnung und Sauberkeit gelegt. „Weißt Jungchen, wenn die Pferde äppeln wollten, dann haben wir vorher schon die Schürze darunter gehalten, damit gar nichts erst auf die Erde fiel." Kamen Briefe von der Front, so las sie mein Vater, der gerade das Lesen lernte, meiner Großmutter vor, denn sie war Analphabetin. Darauf diktierte Oma meinem Vater die Antwort.

Als Schneidermeister wohnte Großvater in der Bahnhofstraße in Goldap. Seine Tätigkeit muss man sich folgendermaßen vorstellen: Ein Kunde kam mit einem zerrissenen Soldatenmantel und sprach: „Meister sieh, das ist mein alter Mantel, mit dem bin ich in Russland Soldat gewesen. Im Winter war er immer warm und half, dass ich nicht frieren musste, aber nun ist er zerrissen und hat Löcher. Schneide die Löcher weg und mach' mir eine Joppe daraus." Und dann wurde der Preis verhandelt. Geld war knapp. Deshalb florierte der Tauschhandel. Angebote bekam Großvater in Naturalien wie Kaninchen, Enten, Hühnern, Eiern oder Kartoffeln, als sofortige Gabe, später im Winter außerdem eine Gans und von dem geschlachteten Schwein Würste, Fleisch und Speck. Nach dem Auftrag wurde genau vermessen, was von dem Mantel für die Joppe noch zu gebrauchen war und wie weit der Stoff um die Löcher weggeschnitten werden musste. Ebenfalls wurde der Kunde vermessen, wie weit die Joppe reichen musste und ob sie nicht zu kurz würde. Dann schnitt Opa zu. Opa war ein Könner seines Faches. Einen Mantel zu schneidern, wenn der Stoff geliefert wird, ist bestimmt leichter, als aus einem zerrissenen Soldatenmantel eine passende Joppe anzufertigen.

Auffällig war Großvaters Gedächtnis für Zahlen. Die Maße der einzelnen Personen, wie beispielsweise die Länge der Ärmel und Hosenbeine, kannte er auswendig und verblüffte mit diesem Wissen seine Kunden, wenn sie ihn nach Jahren wieder aufsuchten. Auch wusste er für die Königshäuser Europas alle Geburtsdaten der Herrschaften aufzusagen.

Bei seiner Arbeit saß Opa auf dem Tisch der größten Stube, die gleichzeitig Schneiderwerkstatt, Küche, Wohnstube und Essstube war. Seine meisten Arbeitsgänge bestanden aus dem Nähen mit der Hand. Opa blickte durch das Fenster auf die Bahnhofstraße und nahm Teil am Geschehen der Stadt. Denn zur damaligen Zeit gab es kaum Autos. Wer auf Reisen ging, war auf die Eisenbahn angewiesen. Entsprechend verhielt es sich mit dem Transport von Waren. Alle Personen, die zum Bahnhof wollten oder daher kamen, mussten an Großvaters Fenster vorbei. Was einige Leute wollten, wusste er, was viele vorhatten, konnte er sich denken, und über die Leute, von denen er es sich nicht denken konnte, würde er später mit den Nachbarn oder den Kunden reden.

Aber oft sah Opa noch etwas anderes, wenn er aus dem Fenster blickte: seine Frau. Stand die Emma doch vor der Tür und plachandern stundenlang mit den Leuten auf der Straße, anstatt das Essen zu kochen. Und er hatte ihr doch gesagt, sie sollte nicht so viel reden, sondern ihre Arbeit machen und kochen. Doch darum kümmerte sie sich nicht. Das Plachandern war ihre große Leidenschaft. Sie tat es bei jeder Gelegenheit. Am liebsten ging sie auf den Friedhof zum Gießen, denn dort traf sie viele Bekannte. Bis sie wiederkam, dauerte es drei oder vier Stunden. Die Hausarbeit machte schließlich Hertha, ihre Tochter. Aber bei ihr bedankte sie sich nicht, sondern spielte ihr ganz übel mit. Hertha hatte nämlich einen Freund, der sie sehr liebte und ihr fast täglich Briefe schickte. Und diese Briefe fing die Mutter ab und zerriss sie, und die



Nah am Geschehen der Stadt: Bahnhofstraße in Goldap Bild: Archiv

Schnipsel warf sie in den Ofen. So wartete die Hertha vergeblich, und der Freund wurde traurig und wütend, weil sie nicht antwortete. Und irgendwann fand der Freund eine Neue. Einmal sah Opa die Emma wieder vor der Tür plachandern, als er auf seinem Schneidertisch saß und Hunger hatte, weil schon lange Mittag war. Da nahm er sein Bügeleisen und warf es durch die Fensterscheibe nach ihr. „Ja, Opa und hast du sie denn auch getroffen?" „Nein Jungchen, aber gestreift habe ich sie."

Nach meiner Geburt lebte meine Mutter eine Zeitlang bei ihren Schwiegereltern in Goldap. Mit Großvater verstand sie sich sehr gut und half ihm bei der Arbeit. Während Opa auf dem Tisch saß und nähte, hatte sie auf dem Stuhl daneben Platz genommen und setzte zum Beispiel in eine Weste das Futter ein. „Es war eine angenehme Atmosphäre. Wir haben uns viel erzählt und Pläne für den Haushalt gemacht. Ich habe gern mit dem Großvater gearbeitet", erklärt sie heute.

Eine große Bedeutung hatten in Ostpreußen familiäre Ereignisse wie Geburten, Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen. Damit diese Feste auch eintraten, musste jede Feierlichkeit helfen, dass es zu einem neuen Treffen kam. Zum Beispiel sollten sich zwei Personen kennenlernen und eine so tiefe Zuneigung füreinander empfinden, dass sie später heirateten. Dann war für ein neues Fest gesorgt. Ein besonderes Ereignis war die Beerdigung. Man bemühte sich, dass es eine Angelegenheit wurde, über die noch lange gesprochen wurde. Deshalb sammelte jeder, der in die Jahre kam, „für seine Leiche". Wichtig war ein würdiger Leichenzug. Und dieser begann bei der Ausschmückung des von Pferden gezogenen Leichenwagens. Die einzelnen Zünfte hatten einen eigenen Leichenwagen, den man sich mieten konnte. Die Schneider hatten das schönste Gefährt. Es besaß einen Himmel, und den Pferden wurden schwarze Decken aufgelegt. Großvater war in gehobener Funktion. Als Kutscherverteter saß er vorne rechts auf dem Bock. Gelegentlich war er selbst Führer dieses Gespannes. Oft jedoch, wenn nicht genug Träger zur Stelle waren, musste er selbst tragen. Dann kam er später mit blutunterlaufener Schulter, auf der die harte Kante des Sarges gelegen hatte, nach Hause. Niemals jedoch hat er sich beklagt. Es war immer eine schöne Leiche gewesen, und es hatte reichlich zu trinken gegeben. Und dann erzählte Opa eine Geschichte, als er selbst Kutscher gewesen war. „Weißt Jungchen, die Leiche mussten wir aus einem Dorf holen. Als wir zurück fuhren, hatten wir den Sarg auf dem Wagen und die Träger marschierten hinterher. Am Ende des Dorfes, als keiner mehr nach uns sah, befahl ich, „Leichenträger aufgesessen", und die Pferde ließ ich traben. Dann befahl ich: „Leichenträger, Sarg festhalten", und ließ die Pferde galoppieren. So sind wir bis zum Stadtrand von Goldap gefahren. Dann gingen wir wieder Schritt und die Leichenträger marschierten hinter dem Wagen in die Stadt ein."

Am Ende des Zweiten Weltkrieges flüchteten die Großeltern und kamen nach Bad Elster im Voigtland. Lange glaubten sie, sie könnten wieder in die Heimat zurückkehren, wie es nach dem Ersten Weltkrieg gewesen war. Dann starb Großmutter, und Großvater zog nach Plön zu seinem Sohn. Hier gefiel es ihm und schnell lebte er sich ein. Er war sehr sparsam und gab von seiner Rente den größten Teil meiner Mutter als Erweiterung für ihr Haushaltsgeld. Für mich bügelte er die Hosen und nähte sie, wenn sie wieder einmal zerrissen waren. Auch wollte er meine Schuhe putzen, aber das durfte er nicht. Einige seiner Angewohnheiten behielt er bei. So bekam er abends eine Kanne mit heißem Wasser. Damit kochte er sich eine Tasse Kaffee und wusch sich. In die Badewanne ging er nie. Großvater war sehr bescheiden und rücksichtsvoll.

Aus seinem Zimmer kam er erst, nachdem der Vater zum Dienst und wir Kinder in die Schule gegangen waren. Dann saß er mit meiner Mutter zusammen am Tisch, trank Kaffee und freute sich besonders, wenn vom Vortage noch ein Stück Kuchen übrig war. Es wurde besprochen, welcher Tätigkeit er heute nachgehen und was er einkaufen sollte. Diese Zeit des gemütlichen Zusammenseins genoss er. Wahrscheinlich erinnerte sie ihn an Goldap, als er mit der Mutter zusammen genäht hatte. Als mein Vater ein Haus baute, ging Großvater täglich auf den Bau. Er setzte sich an einen ruhigen Platz und beobachtete die Handwerker. Diese fühlten sich aber nicht kontrolliert. Im Gegenteil, wenn Opa mit ihnen sprach, sahen sie es als Anerkennung, und für gute Arbeit bekamen sie einen Schnaps. Nur der Maler Elvers bekam nichts. „Der redete immer nur, wenn er doch arbeiten sollte. Und die Leute von der Straße hielt er an und mit denen plachanderte er auch noch", erklärte Opa. Und dann wurde Elvers böse, denn er trank gerne Schnaps und er schimpfte. Aber Opa blieb hart und schimpfte zurück.

Das neue Haus gefiel dem Großvater. Er bekam ein eigenes Zimmer und fühlte sich dort sehr wohl. Am Haus machte er sich nützlich, indem er die Straße fegte und den Hof aufräumte. Den Garten grub er um, die Hühner versorgte er, und mit besonderem Eifer ging er seiner alten Leidenschaft nach, dem Anbau von Kartoffeln.

Opa war Zeit seines Lebens recht gesund, aber mit über 80 Jahren musste er nach einem Schlaganfall in das Krankenhaus nach Preetz. Es war eine Folge seines lebenslangen Genusses von Schweinefleisch. Opas Zustand besserte sich bald, und er kam zurück nach Hause. Doch ein zweiter Schlaganfall folgte und dieser war schwerer. Als Großvater merkte, dass es zu Ende ging, wartete er den Besuch meiner Mutter ab. Dann nestelte er mit dem halbgelähmten Arm den Haustürschlüssel aus seiner Nachttischschublade und sagte mit verwaschener Stimme: „Nimm ihn zurück, Lorchen, ich brauche ihn nicht mehr." Einige Tage später starb er. *E.B.*

Woche für Woche erscheint an dieser Stelle die „Ostpreußische Familie" aus der Feder von Ruth Geede. Aus gesundheitlichen Gründen muss sie eine Schaffenspause einlegen. Danach wird sie sich wieder ihrer „Ostpreußischen Familie" widmen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Abgesang auf einen Mythos?

Nach über 50 Jahren ist Oppeln keine »Hauptstadt des polnischen Liedes« mehr

Alle Jahre wieder verwandelt sich die 800 Jahre alte Stadt an der Oder im Sommer in die sogenannten Hauptstadt des polnischen Liedes. Es kam nach dem Kriege nicht von ungefähr, ausgerechnet eine der zuvor deutschen Städte zum Zentrum des polnischen Schlagers zu küren, frei nach dem Motto: l sk Opolski – zawsze polski (Oppelner Land – ewig polnisch). Jeder Pole, der nach einer Assoziation zu Oppeln gefragt wird, antwortet wie aus der Pistole geschossen: „Unsere Schlagerhauptstadt."

Alle Jahre wieder? Nein, dieses Jahr nicht. Es begann mit einem Protest. Arkadiusz Jakubik, Schauspieler, Bühnenregisseur und Liedermacher aus Groß Strehlitz [Strzelce Opolskie] bei Oppeln, sollte wegen seiner antiklerikalen Liedtexte nicht beim „Festival des Polnischen Liedes", wie das dreitägige Spektakel im Oppelner Amphitheater heißt, mitmachen. So jedenfalls entschied das polnische Fernsehen, das bekanntlich mittlerweile in Händen reierungstreuer Redakteure sendet und Organisator des Festivals ist. Daraufhin kündigte Kayah, eine polenweit bekannte Sängerin, ihren Auftrittsboykott für Oppeln an. Es folgten 40 weitere renommierte Musiker, die sich nicht für politische Zwecke missbrauchen lassen wollten, wie es heißt.

Stadtpräsident Arkadiusz Wisniewski, der zuvor keine Probleme damit hatte, gemeinsame Sache mit der PiS zum Beispiel bei der Eingemeindung teils von der



Foto: Wagner

Herrlich: Im August 2015 sang Heino im Oppelner Amphitheater das Schlesierlied

deutschen Minderheit dominierter Nachbargemeinden zu machen, kündigte daraufhin den Vertrag mit dem staatlichen Sender TVP. Patzig gegenüber jeder Tradition, ließ TVP-Chef Jacek Kurski nun verlautbaren: „Das Oppelner Festival findet dann eben nicht in Oppeln, sondern woanders statt." Im Gespräch sei nun die Stadt Kielce, wo es im Stadtpark ein entsprechendes Amphitheater gäbe.

Wo zwei sich streiten, freut sich der Dritte: die Deutschen aus der Region. „Oppeln ist die Hauptstadt von Oberschlesien und nicht die des polnischen Liedes", meint nicht ohne Schadenfreude Erwin (82) aus einem Dorf bei Cosel. „Ich fand es herrlich, als Heino 2015 das ‚heilige polnische Amphitheater' mit seinem Auftritt dort entweihte und ‚Kehr ich einst zur Heimat wieder' schmetterte. Vielleicht könnte die deutsche Minderheit ihr eigenes Festival in Oppeln als Marke herausbringen?", hofft auch Darek (45) aus Ratibor, der beim Heino-Auftritt dabei war. Für ihn ist die Marke „Hauptstadt des polnischen Liedes" letztlich ein Instrument gewesen, der Stadt überhaupt so etwas wie eine polnische Tradition überzustülpen.

Das ist im Grunde ähnlich wie mit dem heiligen Annaberg, zu dem die Oberschlesier so gerne pilgern. „Der spielte für unsere Polen nie eine Rolle, bis 1983 der Papst hier predigte. Eine Generation später ist der Berg völlig in die polnische Tradition integriert, weil es nun einen Mythos gibt, auf den die Polen zurückblicken können", gibt Darek zu bedenken und schmunzelt: „Ich kann also nur begrüßen, wenn man einen anderen uns übergestülpten Mythos zurzeit demontiert."

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Lubowitz, Martha, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ziegler, Irmgard, geb. **Lungwitz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 9. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Nolting, Margarete, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni
Podszus, Georg, aus Königsberg, Ortsteil Ponarth, Speichersdorfer Straße 100, am 12. Juni
Stähle, Edeltraut, geb. **Rogalla**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 13. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czymoch, Edeltraut, geb. **Broziewski-Schliesky**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 15. Juni
Hain, Helene, geb. **Heske**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Juni
Objartel, Hanna, geb. **Kobjolke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jelinski, Kurt, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmann-Straße 8, am 15. Juni
Laleicke, Johanna-Frieda, geb. **Loyall**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 13. Juni
Pruß, Hildegard, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. Juni
Schiborr, Anne, aus Tilsit, am 10. Juni
Steffens, Reinhild, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni
Stiebel, Paul, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 14. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czerwonka, Ernst, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 14. Juni
Hibbeler, Ruth, geb. **Negt**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Klein, Bernhard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Koos, Liesbeth, geb. **Dölinski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 11. Juni
Kujawa, Käthe, geb. **Marzischewski**, aus Lyck, Yorkplatz 6, am 14. Juni
Scherf, Gertrud, geb. **Sawetzki**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 10. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berkau, Hans, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juni
Bromm, Karl-Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. Juni
Franke, Waltraut, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 10. Juni
Royla, Erika, geb. **Hoppe**, aus Lyck, Jorckstraße 19, am 13. Juni
Schiwiora, Erika, geb. **Lemke**, aus Zielaßen, Kreis Lyck, am 8. Juni
Seifert, Erich, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Sobottka, Hans, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 14. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Czabania, Lieselotte, geb. **Hasenpusch**, aus Lyck, Morgenstraße 34, am 10. Juni
Czarnetzki, Gertrud, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 15. Juni
Eybe, Lisa, geb. **Matthes**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Froese, Waltraut, geb. **Smorra**, aus Urbanken, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Gwiasda, Hans, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 12. Juni
Hallwaß, Martha, geb. **Rattay**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Schediwey, Gerda, geb. **Konstantin**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 10. Juni
Schröder, Elisabeth, geb. **Stobbe**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juni
Strube, Dorothea, geb. **Kropp**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni
Tölg, Gertrud, geb. **Priebe**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 10. Juni
Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Föllmann, Erich, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 12. Juni
Katzmarzik, Gerhard, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 15. Juni
Kuß, Erich, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Lupp, Margarete, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Juni
Müller, Irmgard, geb. **Rattay**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 13. Juni
Niewierra, Alfred, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 10. Juni
Paczkowski, Alwin, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 14. Juni
Schmidt, Herbert, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Sendelbach, Helga Erika, geb. **Kubat**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Trautmann, Ruth, geb. **Will**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Trojan, Edwin, aus Lyck, am 9. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

De Vries, Helga, geb. **Reimelt**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Juni
Grieger, Edith, geb. **Hausmann**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Kilian, Eleonore, geb. **Haus**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 9. Juni
Kirschnick, Karl, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juni
Miatkowski, Waltraut, geb. **Abromowski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Juni
Praglowski, Renate, geb. **Schulz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Salecker, Klaus, aus Wehlau, am 11. Juni
Seefeld, Gert H. A., aus Neidenburg, am 10. Juni
Sentek, Werner, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 12. Juni
Weissert, Gertraud, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, am 13. Juni
Ziltener-Frischknecht, Harold, aus Lötzen, am 10. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berlin, Lothar, aus Grünwalde, Ortsteil Pilzkekrug, Kreis Heiligenbeil, am 11. Juni
Drosdatis, Siegfried, aus Funken, Kreis Lötzen, am 13. Juni
Graw, Brigitte, geb. **Bartuschewitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Juni
Herrmann, Bernhard, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Hirschberg, Waltraud, geb. **Kirschnick**, aus Lyck, am 14. Juni
Klein, Rudi, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni
Klever, Waltraud, geb. **Kairies**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Juni
Morscheck, Marlene, geb. **Schumacher**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 12. Juni
Packheuser, Hans, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Juni
Packhäuser, Margarete, geb. **Fodor**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Quednau, Karl-Heinz, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 13. Juni
Scheuner, Ellen, geb. **Bemba**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, 12. Juni
Schmidt, Edelgard, geb. **Orlowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9 Juni
Schmidt, Lydia, geb. **Konopka**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 11. Juni
Steppat, Joachim, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 14. Juni
von Schlieben, Dorothea, Gräfin, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 11. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Deterding, Monika, geb. **Gronwald**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 13. Juni
Dziomba, Lother, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Juni
Kratel, Ingrid, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 14. Juni
Marquardt, Jürgen, aus Tapiau, Bergstraße 5, Kreis Wehlau, am 13. Juni
Powilleit, Günter, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 9. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

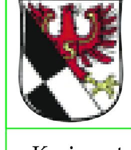
2017
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Gekonnt vorgetragen

Am 21. Mai fand im Rahmen internationalen Museumstages im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen vor vollem Haus eine Autoren-Lesung mit Lena Hammann statt. Die Jungautorin und Stader Bürgerin las aus ihrem kürzlich im Eigenverlag herausgegeben Buch „Toni Kerstan – Meine Lebensgeschichte“. Inhalt und Titel passten perfekt zum Motto des diesjährigen Museumstages. „Spurensuche – Mut zur Vergangenheit“. Bereits 20 Minuten vor Beginn der Lesung waren alle Sitz- und Stehplätze belegt, sodass viele Interessierte auf einen weiten Lesetermin vertröstet werden mussten.

Die Entstehung des Buches basiert auf der ungewöhnlichen Freundschaft zwischen Lena Hammann und der 80 Jahre älteren Ostpreußin Toni Kerstan, geborene Wilhelm, aus Barten im Kreis Rastenburg. Toni Wilhelm fand nach der Flucht ihren Lebensmittelpunkt in Stade. Die damalige Schülerin Lena Hammann besuchte die Seniorin zuerst regelmäßig im Seniorenheim zum Vorlesen. Die beiden fanden schnell Gefallen aneinander und fassten so viel Vertrauen, dass die Autorin, mittlerweile Studentin, die Lebensgeschichte ihres Schützlings aufschreiben und veröffentlichen durfte. Frau Kerstan erhielt das erste gedruckte Exemplar zu ihrem 103. Geburtstag. Zwei Tage vor dem Lesetermin fand in Stade die Trauerfeier für die mittlerweile verstorbene Ostpreußin statt.

Das Publikum belohnte die von Lena Hammann mit viel Gefühl und gekonnt vorgetragene Lesung, zu der auch eine beeindruckende Fotoserien aus Ostpreußen und Stade gehörte, mit gebührendem Applaus.

Das genaue Datum des zweiten Lesetermins wird rechtzeitig bekanntgegeben. Zu beziehen ist das reich bebilderte, 201 Seiten umfassende Buch (Preis: 25 Euro) bei der Autorin unter lena.hammann@web.de oder im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade.



Goldap: Die Autorin Lena Hammann las im Patenschaftsmuseum aus ihrem Buch „Toni Kerstan – Eine Lebensgeschichte“ Bild: privat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zur Diamantenen Hochzeit

„Ein Sprichwort sagt: Einen Menschen lieben, heißt einwilligen, mit ihm alt zu werden.“
Albert Camus

Am 31. Mai 2017 feierten der gebürtige Heiligenbeiler Martin Coch und seine Frechener Ehefrau Marianne, geborene Wüst, ein besonderes Ehejubiläum, die Diamantene Hochzeit. Gemeinsam blickt das Ehepaar auf 60 lange und glückliche Ehejahre zurück. Dem Ehepaar wurden drei Kinder geboren. Mittlerweile ist die Familie um sechs Enkel und drei Urenkel angewachsen.

Familie ist Martin Coch wichtig, genauso wie seine Heimat, die er mit zehn Jahren verlassen musste und die immer noch in seiner Erinnerung lebt. Deshalb fand er vor vielen Jahren als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, in der er verschiedene Funktionen innehatte – Kirchspielvertreter für Heiligenbeil-Land, kommissarischer Stadtvertreter für Heiligenbeil-Süd (Abbau) und seit 2012 war er auch noch kommissarischer Stadtvertreter für Heiligenbeil-Mitte. Außerdem betreute er noch einige Gemeinden des Kirchspiels Heiligenbeil-Land, wie Karben, Wermten, Preußisch Bahnau und Dt. Bahnau. Leider musste Martin Coch aufgrund gesundheitlicher Probleme diese Ämter im Jahr 2013 niederlegen, was er, aber auch die Kreisgemeinschaft, sehr bedauert hat. In all den Jahren seiner Tätigkeit für die Landsleute stand ihm seine Ehefrau Marianne zur Seite und hat seine Heimatarbeit mit getragen.

Für seine geleistete Arbeit wurde er im Jahr 2005 mit der Silbernen Ehrennadel und im Jahr 2011 mit der Goldenen Eh-



Heiligenbeil: Marianne und Martin Coch 1957 am Tag der Hochzeit Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

rennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geehrt.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert dem Jubelpaar von ganzem Herzen und wünscht vor allem Gesundheit, damit sie beide noch viele gemeinsame, glückliche und gesunde Jahre miteinander verbringen können. *Elke Ruhnke, Kreisvertreterin*

Besuch in Balga und Heiligenbeil



Heiligenbeil: Die Reisegruppe am Ehrenfriedhof in der Hindenburgstraße. Im Namen der Kreisgemeinschaft wurde ein Kranz niedergelegt Bild: privat

Immer wenn eine Reisegruppe der Reiseagentur Schmidt, Dägeling, in Ostpreußen unterwegs ist, führt der Weg dieser Gruppe nach Heiligenbeil zum Ehrenfriedhof in der Hindenburgstraße. Es ist inzwischen schon zur Tradition geworden, dass dort im Namen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil ein Kranz niedergelegt wird.

Anlässlich einer Ostpreußenreise vom 12. – 21. Mai 2017 hielt die auf dem letzten Kreistag Ende April 2017 in Salzbergen neu gewählte 2. stellvertretende Kreisvertreterin Viola Reyentanz auf diesem Ehrenfriedhof am 13. Mai 2017 eine kleine Ansprache im Gedenken an die gefallenen Soldaten, aber auch in Erinnerung an die vielen Menschen, die bei Flucht und Vertreibung ihr Leben lassen mussten.

Am 16. Mai 2017 besuchten Siegfried Schulz, Stadtvertreter von Heiligenbeil-Nord, Brunhilde Schulz, Schriftleiterin Heimatblatt und Mitglied des Vorstandes, und Helmut Arndt, Jahrgang 1929 aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 32, das Museum in Heiligenbeil.

Sie wurden sehr freundlich von Dimitri Shilov, Konstantin Kosenkov und Dr. Peck empfangen. Das Treffen fand in dem inzwischen fertiggestellten fünften Raum des Museums statt. Dort herrscht eine gemütliche Atmosphäre; man fühlte sich in ein Jagdzimmer versetzt.

Es wurden diverse Neuigkeiten besprochen, die sich seit dem vergangenen Jahr ergeben haben. Grüße wurden ausgetauscht. Vor allem war dieser Besuch vereinbart worden, um das während des letzten Kreistreffens im September 2016 in Burgdorf für das Museum gesammelte Geld zu überreichen. Es waren immerhin 300 Euro zusammengekommen. Die Gastgeber bedankten sich sehr herzlich und stellten die Frage, ob die Kreisgemeinschaft einen besonderen Verwendungszweck für dieses Geld im Auge habe. Die Antwort war, dass man vor Ort sicher am besten wisse, für was dieses Geld eingesetzt werden kann.

Der Vorschlag der Herren des Museums war, dass man einen Wegweiser herstellen und aufstellen wolle (irgendwo im Umfeld des Feyerabendplatzes), der den Besuchern den Weg ins Museum weisen kann. Bisher wissen nur Eingeweihte, wo sich das Museum befindet, und so würden auch Ortsfremde, die Heiligenbeil nicht so gut kennen, hierauf hingewiesen.

Insgesamt war die Zusammenkunft sehr freundschaftlich und man versicherte sich gegenseitig, dass man die Zusammenarbeit intensivieren möchte.

Man zeigte sich auch äußerst interessiert an der Geschichte von Helmut Arndt, der bei Kriegsende 16 Jahre alt war und mit 15 Jahren noch zur Armee eingezogen wurde. Es wurden Adressen ausgetauscht und man will auch mit ihm in Kontakt bleiben.

Nach dem Museumsbesuch fand noch eine Fahrt nach Balga statt, die zugegebenermaßen recht abenteuerlich war, da sich die Straßen in den letzten Jahren noch weiter verschlechtert haben und es auch nicht abzusehen ist, dass hier irgendwann mal eine Änderung eintreten wird.

Seit dem letzten Besuch von Siegfried und Brunhilde Schulz vor einigen Jahren ist die Umgebung um die Kirche und die Burgruine weiter zugewachsen. Um die Ruinen vor Vandalen zu schützen, sind rund um die Uhr Wachen vor Ort. Unser Taxifahrer Sergej Belantschuk erwies sich als sehr guter Kenner der deutschen Geschichte von Balga. Überhaupt ist festzustellen, dass das Interesse der Bevölkerung an der deutschen Geschichte ständig wächst.

Inzwischen sind auch sehr viele der Felder, die noch bis vor zwei Jahren brach lagen, bestellt, sodass sich der Gesamteindruck auch in dieser Hinsicht stark verbessert hat. *Brunhilde Schulz*



Matjesabend in Burgdorf

Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil in der Vergangenheit immer am Freitag vor dem Kreistreffen ihren traditionellen Matjesabend im Steinwedeler Krug in Steinwedel gefeiert.

Im letzten Jahr haben wir dieses Matjesessen wieder in unser Programm aufgenommen und alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden, allerdings unter der Voraussetzung, dass jeder Teilnehmer die Kosten hierfür selbst übernimmt. Daraufhin meldeten sich etwa 30 Personen, die an dem Matjesessen teilgenommen haben.

Auch in diesem Jahr wollen wir diese Tradition fortführen und möchten Sie bitten, falls Interesse besteht, sich verbindlich anzumelden. Das Matjesessen findet allerdings in diesem Jahr zum ersten Mal im Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf statt. Termin ist Freitag, 1. September, um 19 Uhr!

Ihre Anmeldungen für dieses Matjesessen richten Sie bitte an den stellvertretenden Kreisvertreter Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57072 oder perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de.



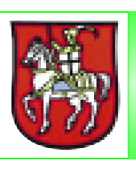
NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimatbrief fertiggestellt

Der Pfingstheimatbrief Nummer 148 ist inzwischen fertiggestellt und zum Versand gegeben worden. Neben vielen interessanten Themen, wird besonders auf unser diesjähriges Heimattreffen am 3. September in Bochum aufmerksam gemacht. Alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfasst sind, erhalten den Heimatbrief automatisch. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile bitte seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit.

Umgehend wird dann ein Exemplar zugesandt. Eine größere Anzahl der Weihnachtsausgabe konnte leider nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Landsleute geändert haben. Alle Bezieher werden deshalb dringend gebeten, Adressen- und sonstige Personenstandsänderungen sofort dem Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen. Auch weisen wir darauf hin, dass wir Geburtsdaten nur veröffentlichen können, wenn sie vorhanden sind bzw. uns bei Fehlen mitgeteilt werden. *Jürgen Szepanek*



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen 2017

Am Sonntag, 11. Juni, trifft sich die Kreisgemeinschaft zum Regionaltreffen in Hamm-Westtünnen. Veranstaltungsort ist die Von-Thünen-Halle, das Vereinsheim des Schützenvereins Westtünnen 1893 in der Hubert-Westermeier-Straße 1. Das Programm:

10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer

12 Uhr: Eröffnung / Begrüßung

Gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes

Totenehrung (Musik im Hintergrund: „Ich hatt' einen Kameraden")

Grußworte

Ansprache des Kreisvertreters

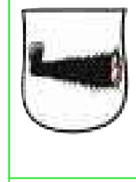
Gemeinsames Singen der Nationalhymne

Schlusswort des Kreisvertreters

So finden Sie zum Treffen

Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westf.) Busverbindung mit der Linie 30 bis zur Haltestelle Von-Thünen-Halle. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9.27 Uhr.

Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle Hamm/Werl; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße, auf dieser Straße bis zur Hubert-Westermeier-Straße.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspieltreffen Sorquitten

Heimattreffen jeglicher Art sind von Anbeginn großartige Initiativen der Heimatvertriebenen aus dem deutschen Osten. Es ist ihnen zu Eigen, ihr Anliegen klar und deutlich allen gegenüber zu definieren. So ist es auch den Sorquitter Landsleuten, zu denen sich inzwischen einige Warpuhner dazugesellen, ein inniges Bedürfnis, sich Jahr für Jahr, entsprechend ihrer Grundeinstellung zur Heimat, in Bad Sassendorf zu begegnen. In diesem Jahr begingen sie dieses Ereignis, das 22. Sorquitter Kirchspieltreffen, am Sonnabend, dem 29. April.

Absolute Stille beherrschte das Geschehen, als das Geläut der Sorquitter Kirchenglocken andachtsvoll den Festsaal durchdrang. Die Teilnehmer, auch die ältesten unter ihnen, erhoben sich sämtlich demütig von ihren Stühlen. Einstimmend auf das Ereignis des Tages erklang selbstbewusst und laut hörbar der Gesang des Ostpreußenliedes.

Gleich zu Beginn seiner Ansprache erinnerte der Kirchspielvertreter von Sorquitten an die ostpreußische Heimat. In den ersten Jahren nach 1945 sei die Hoffnung noch sehr ausgeprägt gewesen, Ostpreußen als deutsches Land zurückzubekommen. Entsprechende Parolen verkündete man lautstark auf allen Treffen der Heimatverbände. Sogar der Politiker Willy Brandt habe dazu wie folgt getönt: „Abtretung deutschen Gebiets ist Verrat am deutschen Volk."

„Sehr rasch aber", ergänzte der Redner, „sind gewaltige politische Veränderungen eingetreten. Durch den Abschluss des Vertrages im Jahr 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen – darin enthalten auch schon die behutsame Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze – ist das Entscheidende im Blick auf unsere Heimat vollzogen worden. Faktisch war die Grenze damit anerkannt. Die späteren Verträge zur Oder-Neiße-Grenze hatten nur noch bestätigenden Charakter. Wenn bis in die siebziger Jahre hinein an der baulichen Substanz und an den Straßen in Ostpreußen kaum eine Erneuerung vollzogen wurde, so änderte sich die Situation dort schlagartig. Die gewisse Befürchtung, das fertige Nest, in das man sich gesetzt hatte, aufgeben zu müssen, war gewichen. Die aus Zentralpolen gekommenen Menschen lebten entspannter und begannen, sich in den darauf folgenden Jahren häuslicher einzurichten. Für uns Ostpreußen aber war durch den einleitenden Grenzvertrag die Heimat endgültig verloren gegangen. Selbst Willy Brandt gab dazu halblaut von sich: Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war."

In seinen weiteren Ausführungen bekundete der Sprecher, dass die aus der Sorquitter und Warpuhner Region stammenden Landsleute auch 72 Jahre nach Kriegsende beharrlich das regionale Heimattreffen begehen. Sie seien nicht müde geworden, ihrer Heimat zu gedenken. Buchholz erinnerte an die Jahre nach 1945, in denen die meisten der Anwesenden noch über viele Jahre hindurch in der Heimat lebten, die leider keinen deutschen Inhalt mehr hatte. Alles, was auf eine deutsche Herkunft hinwies, hatte ausgerottet zu werden. Selbst die Inschriften auf Gräbern haben dafür herhalten müssen. „Die Beschreibung der damaligen Verhältnisse in Ostpreußen will ich mir ersparen", erwähnte Buchholz, „dafür aber soll die Konferenz einiger Wissenschaftler, die Anfang April 2017 in Allenstein stattfand, einen späten Einblick in diesen Zeitabschnitt geben. Das Ergebnis der Konferenz – zu lesen im Internet – lautete lapidar: Auf dem sogenannten wiedererlangten Gebiet verblieben nach 1945 einige Hunderttausend einheimische Bewohner. Ihre Schicksale waren oft dramatisch. Man begegnete ihnen mit Hass. Die Situation änderte sich erst 1989, als die deutschen Gesellschaften entstanden. Jedoch die Anzeichen der Intoleranz sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorhanden. Das ist das winzige Resultat, das die erwähnte Konferenz zum Thema der Deutschen nach 1945 so spät offenkundig machte."

Auch die folgenden Aussagen zum Thema der Heimat ließen nicht offen, dass ein Viertel deutschen Territoriums zeitig Polen zugesprochen wurde, darin enthalten auch unser Ostpreußen. Damit sei Heimat endgültig verloren gegangen. Eine Rückkehr war ausgeschlossen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Abschließend lag die Betonung der Worte des Sprechers nochmals auf bleibende Heimat, die in der Erinnerung verewigt ist, indem er sagte: „Uns geht es hier und heute darum, das Gedenken an unser Schicksal zu bewahren. Wir sind zur Stelle. Die Toten schweigen. Wir gedenken. Dabei vergessen wir nicht, alle diejenigen, die hier mit uns und zu unzähligen Treffen die Erinnerung an die Heimat wachhielten, wissend: In Ostpreußen liegt unser Ursprung – die Heimat, die Heimat unserer Vorfahren.“

Danach begrüßte der Warpuhner Kirchspielvertreter Alfred Thiel die Anwesenden und wünschte erlebnisreiche Stunden des Wiedersehens. Es folgte ein kurzer Bericht über seine persönliche Sicht der politischen Situation in unserem Lande. Der zweite Sorquitter Kirchspielvertreter Werner Albrecht ging in seinem Grußwort auf das Treffen 2016 ein und dankte Frau Buchholz für die seinerzeit gelungene Durchführung der Veranstaltung mit der Überreichung eines Blumenstraußes.

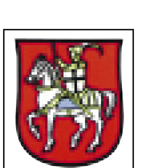
Dem bewegten Gedenken der Opfer des Zweiten Weltkrieges folgte das namentliche Gedenken der seit dem letzten Treffen verstorbenen Landsleute. Aus der Stille heraus ergab sich behutsam der Übergang zum weiteren Programm des Tages. Berichte aus der Heimat, die der Organisator des Sorquitter Kirchspieltreffens, der 2016 zweimal in der Sensburger Gegend weilte, weitergab, wurden mit Interesse entgegengenommen. Ausschnitte eines Videofilms über eine Reise durch den Kreis Sensburg brachten den Zuschauern die Heimat wieder ganz nahe. Martin Kostka, unserem treuen und inzwischen verstorbenen Mitarbeiter der Kreisgemeinschaft Sensburg, sind wir für die im Jahre 2002 verewigten Bilder in diesem Film dankbar.

Dem Gedenken an unsere Eltern, Weggefährten und Freunde bleiben wir treu und lassen uns fernerhin gern zu unseren Heimattreffen rufen.

Manfred Buchholz



Sensburg: Die Teilnehmer des 22. Kirchspieltreffens Sorquitten in Bad Sassendorf Bild: privat



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Regionaltreffen

Sonnabend, 17. Juni, von 9 bis 18 Uhr, Gaststätte „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, **04157 Leipzig:** Mitteldeutsches Regionaltreffen. Alle Tilsiter sind eingeladen. Einlass ist ab 9 Uhr. Um 10 Uhr wird die Veranstaltung mit dem Glockengeläut des Königsberger Doms und dem „Ostpreußenlied“ feierlich eröffnet. Die Besucher erwartet ein anspruchsvolles Programm: Der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg Froese wird zugegen sein und eine Grußansprache halten. Unter dem Titel „Angekommen in der neuen Heimat“ wird Professor Heinz Radszuweit aus Cottbus seinen Lebensweg vom ostpreußischen Dorfjungen bis in die Höhen der medizinischen Wissenschaft schildern.

Das Programm wird umrahmt von musikalischen Darbietungen des Chors „Heimatmelodie“ aus Dresden, des Kinder-Ensembles „Sonnenschein“ aus Leipzig und des Blasorchesters der Freiwilligen Feuerwehr Seehausen. Die Gaststätte „Seilbahn“ sorgt für die gastronomische Betreuung und bietet auf Wunsch zwei preisgünstige Mittagessen an. Das Heimattreffen wird gegen 18 Uhr seinen Abschluss finden. Auskünfte sind bei Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730 erhältlich.

Liebe Tilsiterinnen und Tilsiter! Lasst uns die Gelegenheit nutzen, in Leipzig zusammenzukommen. Die Tische für die Tilsiter sind ausgeschildert. Wir werden ausreichend Gelegenheit haben, über Erinnerungen aus der Heimat zu plachandern und werden uns wieder einmal in heimatlicher Umgebung wohlfühlen.

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit.

Heimatbrief Nr. 100

Der Heimatbrief „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief“ hat pünktlich zum Pfingstfest alle Bezieher erreicht und lebhafte Zustimmung ausgelöst. Unser Redakteur Heiner Coenen hat das Heft mit besonders viel Engagement und Herzblut zusammengestellt und ihm ein ansprechendes Äußeres verliehen – ist es doch die 100. Ausgabe. Dafür gebührt ihm großer Dank und eine herzliche Gratulation zum 100. Jubiläum! Alle Tilsiter, die den Heimatbrief nicht bekommen haben, sei es durch nichtgemeldeten Wohnungswechsel oder durch Spendenabstinenz, haben die Möglichkeit, ein Exemplar anzufordern bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz.

Nordostpreußen-Schloßberg, Ebenrode, Königsberg, Gumbinnen, Kur.-Nehrung, 7.–15.7.17 und 4.–12.8.17
Angebote auf unserer Homepage und im Gratisprospekt
SCHEER-REISEN.de
Tel. 0202 500077 · info@scheer-reisen.de

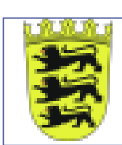
Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

PAZ wirkt!
SUCHE niveauvollen Mann für Freundschaft.
Nette Dame, 64 Jahre, im Raum 7854 freut sich auf Ihre Bildzuschrift. Chiffre 192500

Anzeige



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 14. Juni, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36, Pforzheim: 141. Preußischen Tafelrunde. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert der Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin über „Martin Luther, Herzog Albrecht und die Reformation in Ostpreußen“. Aus dem Vortragsinhalt: Nach Beratungen mit Martin Luther legte der letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach am 8. April 1525 in einem großen Festakt in Krakau den weißen Ordensmantel ab und ließ sich von seinem Onkel, König Sigismund von Polen, als weltlicher und erblicher Herzog in Preußen anerkennen. Der Orden in Preußen war damit untergegangen. Die Geschichte des Herzogtums bis hin zum Königreich Preußen und dessen Einbindung in das Erste Deutsche Reich konnte beginnen. Martin Luther gab den einzig richtigen Kommentar zu dieser Wandlung: „Siehe dieses Wunder! In vollem Lauf, mit vollen Segeln eilt jetzt das Evangelium nach Preußen“. Pfarrer Plorin berichtet, wie durch Luthers Einwirken und Albrechts Entscheidungen Ostpreußen die erste evangelisch-lutherische Landeskirche und der erste evangelisch-lutherische Staat in Europa wurde, und was wir dem damaligen und weiteren Geschehen dort bis heute noch immer verdanken. Für das Abendessen sind 20 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder per E-Mail: uta.luettich@web.de.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlenfranken – Freitag, 23. Juni, 19 Uhr, Terrasse, Hotel Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: gemütliches Beisammensein.

Ansbach – Sonnabend, 24. Juni, 15 Uhr, Orangerie: Eine ostpreußische Adelsfamilie: Marion Gräfin Dönhoff „Der Ritt durch Masuren“.

Bamberg – Mittwoch, 21. Juni, 15 Uhr, Hotel „Wilde Rose“, Keßlerstraße: Monatstreffen, Vortrag Wolfskinder.

München – Sonnabend, 24. Juni, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Treffen der Ost- und Westpreußen. Nach der gemeinsame Kaffeetafel werden die letzten Filme der DVD „Schatzkästchen Ostpreußen“ vorgeführt.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 9. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: gemeinsames Treffen, Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



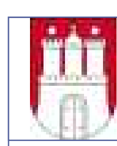
Rastenburg – Sonntag, 11. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – 12. Juni, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Frauengruppe, Referat über Ostpreußen, Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



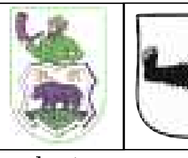
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

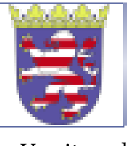
Landesgruppe – Mittwoch, 28. Juni, 19 Uhr, Sonnin-Raum, Gemeindehauses der Hauptkirche St. Michaelis: Vortrag über „Kirche und Glaube im heutigen russischen Ostpreußen“. Professor Ernst Schaumann schildert Eindrücke und Erfahrungen während seiner Reisen im Obast Kaliningrad, dem früheren Ostpreußen. Eintritt frei, Kollekte erbeten.

Die St.-Michaelis-Kirch liegt nahe der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder Haltestelle Michaeliskirche (Buslinien 6 und 37).

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 1. Juli 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf: Sommerfest. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und begrüßen den herannahenden Sommer mit Liedern und Gedichten.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – „Mit Musik in den Frühling“ hieß unser Treffen am 20. Mai. Gemäß des beschwingten Mottos startete es Herr Fischer mit flotten Liedern. Auf dem Programm standen diesmal auch die Hauptversammlung und die Wahl des Vorstandes. Gerhard Schröder stellte als Erstes das Programm der Hauptversammlung vor. Nach dem Totengedenken unserer, in den letzten beiden Jahren verstorbenen Mitglieder, berichtete er dann über Ereignisse und Veranstaltungen, insgesamt 21 Monatsveranstaltungen mit durchschnittlich 27 Teilnehmern, die von unserer Gruppe abgehalten wurden.

Erwähnung fanden auch überregionale Veranstaltungen, die von einigen unserer Mitglieder besucht wurden. Gisela Keller erörterte in ihrem Kassenbericht den finanziellen Stand des Vereins mit Einnahmen und Ausgaben der letzten beiden Jahre. Günther Berg verlas den Kassenprüfbericht in Vertretung für Waltraud Becker und Carla Jaenich.

Im Anschluss wurde der Kassenwartin Entlastung erteilt. Jetzt erfolgte die Neuwahl des Vorstandes unter der Wahlleitung von Willy Posegga.



Wiesbaden: Dieter Schetat berichtete über die Königsberger Region. „Das Elternhaus des Malers Lovis-Corinth, nahe des Deimeflusses, wird gerade renoviert“, so Schetat. Bild: privat

Als Vorsitzender wurde wieder Gerhard Schröder gewählt. Zu seinem Team gehören Christian Keller, Gisela Keller und Carla Jaenich. Zum Schluss des offiziellen teils bedankte sich Gerhard Schröder für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen und beendete die Hauptversammlung. Nun konnte der normale Ablauf wieder aufgenommen werden.

Herr Fischer begleitete uns musikalisch in den Frühling. Auch das geistige Wort und die Glückwünsche für die Geburtstagskinder wurden nicht vergessen. Geburtstagskind Ruth Lask hatte alle Anwesenden zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Wir wünschen allen Kranken, ganz besonders unserer schwer erkrankten Blumenfee Waltraud Barth, gute Besserung und baldige Genesung.

Unsere nächste und letzte Veranstaltung vor der Sommerpause (Juli/August) findet am 10. Juni statt. Hier wollen wir uns mal wieder in einer Plachanderstunde auf die heimatliche Mundart besinnen.

Rüsselsheim – Sonnabend, 10. Juni, 15 Uhr, Aula der Immanuel-Kant-Schule, Evreuxring 25: Großer Volkstumsnachmittag mit ostdeutschen Musik- und Tanzgruppen zum Tag der Vertriebenen beim 57. Hessentag.

Wetzlar – Montag, 12. Juni, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Bernstein – Gold des Nordens – und die Bernsteinstraße“. So lautet das Thema beim Treffen der Kreisgruppe. Darüber spricht Roland Virnich. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Juni, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. – Sonnabend, 17. Juni, 11 Uhr, BdV-Gedenkstein, Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck: Feierstunde zum Tag der Heimat. – Sonnabend, 17. Juni, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Luthers Wirken in Ostpreußen“. Vortrag von Dr. Bärbel Beutner aus Unna. Mit Veröffentlichung einer neuen Gottesdienstordnung durch Herzog Albrecht im März 1526 war das Herzogtum Preußen erste Land, in dem Luthers Lehre kirchlich eingeführt wurde. Kommen Sie zu diesem heimatgeschichtlichen Vortrag und bringen Sie auch Freunde und Bekannte mit. – Donnerstag, 22. Juni, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- uns Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 16. Juni bei Frau Irmgard Steffen, Tel.: (0511) 844938. ESWE-Busverbindung mit Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

– Bericht –

Beim Monatstreffen sprach der Vorsitzender Dieter Schetat zum Thema Königsberger Region. „Ostpreußens Hauptstadt mit rund 432 000 Einwohnern ist zu einer pulsierenden russischen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Großstadt voller Kontraste geworden. Selbst die Kastenhäuser im „Stalinbarock“ haben inzwischen ein ansehnliches Äußeres bekommen. Besonders die jungen Menschen legen offensichtlich Wert auf moderne Kleidung“, meinte der Referent, der im letzten Jahr erneut die Region besuchte.

Seine Fotoaufnahmen zeigten markante Punkte des heutigen Königsberg: unter anderem den Dom auf der einstigen Dominsel, die jetzt Kant-Insel heißt, die Börse, den Tiergarten, das Schauspielhaus, die einstige Oberpostdirektion, in dem jetzt das Kommando der Baltischen Flotte seinen Sitz hat, und den damaligen Hansa-Platz, heute „Platz des Sieges“ , mit Nordbahnhof, Rathaus und der dominierenden russisch-orthodoxen Christ-Erlöserkirche.

Auf dem Gelände des einstigen Königsberger Fischmarkts ist das schmucke „Fischerdorf“ entstanden; ein Stadtteil mit Einkaufzentren, zwei Kaufhäusern und Hotels. Ein weiterer Ausbau ist geplant. An einigen Plätzen der Stadt grüßt Immanuel Kant in Form einer Kunststoffplastik. So soll Königsbergs großer Sohn in der Bevölkerung bekannter werden und „im Rahmen eines Marketingkonzepts auch als Verkaufsförderer dienen“, wie es von offizieller Stelle heißt. In einigen Fußgänger-Passagen erinnern historische Fotoaufnahmen von Königsberg an die deutsche Zeit.

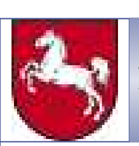
Rauschen ist nach wie vor beliebter Badeort der Königsberger. An einigen Stellen stehen noch gut erhaltene Häuser aus deutscher Zeit, zu denen neue Villen prominenter Russen hinzugekommen sind.

Eine verfallene evangelische Kirche ist zu neuem Glanz gekommen und trägt jetzt den Namen „Maria Seestern“. Der frühere Stellvertreter des russischen Kulturministers und Musiker aus dem Ural Andrei Makarow hat die Kirchenruine gekauft, aufgebaut, eine gute Orgel in Deutschland besorgt, und zusammen mit einem berühmten russischen Organisten 1995 eine Internationale Akademie der Orgelkunst daraus gemacht.

Den Krieg heil überstanden hat die Stadt Tapiau. Der Marktplatz ist umgeben von gepflegten Häusern aus deutscher Zeit. Nach 1945 blieben die russischen Soldaten mit ihren Familien da und leben dort heute als Pensionäre. Das Museum im einstigen Rathaus erinnert an die Geschichte der Stadt mit der Ordensburg. Das Elternhaus des Malers Lovis Corinth nahe des Deimeflusses wird zur Zeit mit UNESCO-Mitteln renoviert und soll zukünftig an den deutschen Impressionisten von Weltgeltung erinnern. Ihm ist das Triptychon „Golgatha“ in der evangelischen Pfarrkirche, eines seiner Meisterwerke, zu verdanken.

Die Bilder des Referenten von Labiau, der Stadt am Deimefluss, zeigten noch erhebliche Spuren des Krieges, besonders sichtbar an der 1258 errichteten Ordensburg. War sie einst ein wichtiger Stützpunkt und Sitz des Komturs, so dienen heute nur noch einige erhaltene Räume in der Burg als Museum, deren Ausstellungsstücke von vergangener Zeit zeugen, so auch ein nachgebautes Holzmodell der ehemaligen Burganlage. Die vor drei Jahren in der Stadt neu gebaute Schule wird allen modernen Ansprüchen gerecht: helle Klassenzimmer, große Turnhalle und ein Fünfzig-Meter-Schwimmbecken. Zudem steht den 1100 Schülern eine Bibliothek mit 18000 Büchern zur Verfügung. Als zweite Fremdsprache bietet die Schule Deutschunterricht an. Und für umgerechnet einen Euro gibt es ein komplettes Mittagessen.

Von einer Schule anderer Art zeigte Dieter Schetat Bilder, die manche Betrachter in die Zeit der eigenen Kindheit versetzt haben dürften. In der alten deutschen Schule im früheren Dorf Waldwinkel mit dem erhaltenen Mobiliar des Klassenzimmers und den originalen Exponaten aus ostpreußischer Zeit wurden damals 46 Kinder der ersten bis vierten Klasse und 50 Kinder der fünften bis achten Klasse unterrichtet. Die heutige Inhaberin, deren Mutter Deutschlehrerin an der ehemaligen Dorfschule war, hat das Gebäude 1990 für 10000 Euro gekauft und zu einem einzigartigen Museum hergerichtet. Mit Aufnahmen vom Abbau des „preußischen Golds“ in Palmnicken und Aufnahmen von künstlerischen Bernsteinarbeiten des Werksmuseums schloss der Bild-Vortag.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 28: „Die Marienburg in Westpreußen und ihre neue Madonna an der Schlosskirche“ – Vortrag mit Bildern von Professor Helmut Freiwald, Mitglieder und Freunde der Kreisgruppe sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 16. Juni, 15 Uhr, Gaststädte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 27. Juni, 16.30 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.





Hemer: Der preisgekrönte Pianist Jun Zhao spielt am 24. Juni auf der Veranstaltung zum Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung Bild: privat



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 22. Juni, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

Dortmund – Montag, 19. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Zusammenkunft der Kreisgruppe.

Düsseldorf – Freitag, 9. Juni, 19 Uhr, Eichendorffsaal, GHH: Lesung und Gespräch mit Carolin Emcke „Gegen den Hass“, nochmals Montag, 12. Juni, 19 Uhr. – Sonnabend, 10. Juni, 18 Uhr, GHH: Lesung und Gespräch mit Iris Wolff „So tun, also ob es regnet“. – Dienstag, 13. Juni, 18.30 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Gegen den Wahnsinn“ – der syrische Karikaturist Silo. – Dienstag, 13. Juni, 19.30 Uhr, GHH: Vortrag und Lesung mit Felix Ackermann „Zweierlei Untergang: Das Ende der kleinsten ostpreußischen Stadt Schirwindt und der Holocaust in Litauen“. – Dienstag, 13. Juni, 19.30 Uhr, GHH_ Lesung mit Andreas Platthaus „Das geht ins Auge“ – Geschichte der Karikatur. – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Bibliothek, 2. Etage, GHH: Leseinspirationen aus der Bibliothek „Bücher im Gespräch“. – Donnerstag, 15. Juni, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonnabend, 17. Juni, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Gespräch mit Stefan Weidner „Fluchthelferin Poesie – Friedrich Rückert und der Orient“. – Sonntag, 18. Juni, 11 Uhr, GHH: Lesung und Gespräch mit Georg Stefan Troller „Unterwegs auf vielen Straßen – Erlebtes und Erinnertes“. – Sonnabend, 24. Juni, 10.15 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff, Ziel ist St. Lambertus mit Führung. – Jeden Mittwoch, 18.30-20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus: Chorproben der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter der Leitung von Radostina Hristova.

Essen – Freitag, 16. Juni, 15 Uhr: Hans-Jürgen Klein „Von Ostpreußen nach Namibia“. Hans-Jürgen Klein hat sieben Jahre in dem afrikanischen Land gelebt.

Hemer – Dienstag, 20. Juni, 19 Uhr, Friedenspark, Mühlackerweg: Kranzniederlegung am Gedenkstein „Flucht und Vertreibung“. – Sonnabend, 24. Juni, 15 Uhr (bis etwa 17.30 Uhr), Haus Hemer, Geitbecke 8, 58675 Hemer: Konzertveranstaltung aus Anlass des Gedenktages an die Opfer von Flucht und Vertreibung. Im ersten Teil des Konzertes wird die gemeinsame Singgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn sowie der Ost- und Westpreußen Hemer Lieder und Gedichte vortragen. Im zweiten Teil wird die Mezzosopranistin Isabelle Kusari, die von dem Pianisten Jun Zhao begleitet wird, auftreten. Die Sängerin wird Lieder mit Bezug zu den historischen Ostprovinzen vortragen. Jun Zhao, ein mehrfach preisgekrönter Musiker, wird zwei Klaviersonaten von Ludwig van Beethoven und Joseph Hayden als Solist spielen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

geist-reicher Schluss-effekt · Ausruf der Bestürzung · Stadt in Wisconsin (USA) · eigensinnig, hartnäckig · ein Quiz lösen · Auspuff-stoff · kleiner Rhododendron · südd.: Scheune, kleines Gebäude · ein Balte · Oper von Verdi · Raumtonverfahren (Kzw.) · englischer Artikel · nicht heiter; seriös · Metall-bolzen · franz. Komponist (Georges) · Viertel e. großen Ansiedlung · Durcheinander · zünftig, kernig; originell · Raubkatze · Baumteil · Ränkeschmied · Würde, Ansehen · speziell zu diesem Zweck · Universum · Oberbekleidungsstück · Wasservogel an nord. Küsten · Haarersatzstück · norwegische Hauptstadt · englische Schulstadt · praktizieren, betreiben · Kurort an der franz. Riviera · Spinnentier, große Milbe · Eingang · nur geistig vorhanden · schlank und geschmeidig · Streichmusiker · struppig · Rollschuhläufer (engl.) · Spreizschritt · unwissender Mensch · rahmenartige Einfassung · Sitzbereich im Theater · amerik. Schriftsteller (Henry) · Fahrt mit einem Segelboot · griechischer Reeder · Brühe, Abgekochtes · Feuchtigkeit · mit Salbe einreiben · Bruder Abels · Liedvortrag · Zahnerkrankung · unentschieden (Schach) · ugs.: verschwenderisch umgehen · langsames Musikstück · Bezahlung · veraltet: Schranke · regeln; sortieren · Teilzahlung · Leberabsonderung · Gartenblume · tief eintreiben (Pfahl) · menschliche Ausstrahlung · Fürstentitel · Fährte, Abdruck · Vulkan in der östlichen Türkei · straff, gespannt · Wundstarrkrampf (Med.) · kleine Zierfiguren · Abschnitt der Woche · Hausvorbau · Honigwein · Erstaufführung · immer, zu jeder Zeit · Sammlung von Schriftstücken · Rennbahn · Katzenschrei · ein Mineral · Sittlichkeit; Sittenlehre · unbeholfen gehen · landwirtschaftliches Gerät · Affodillgewächs, Heilpflanze · Vorname Laurels · Radmittelstück · Teil des Wiederkäuermagens · jetzt · eingedickter Süßholzsaft · Kfz-Zeichen Fulda · Auerochse · wundertätige Schale der Sage · Fischfett · altrömisches Gewand · Abk. für Bildunterschrift · Durch-, Abzug; Klimaanlage · von solcher Art · Früchte einbringen

PAZ17_23

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Hasard, 2. Herzog, 3. Karren, 4. Chaise, 5. Advent, 6. Erfolg – Hering, Dorade

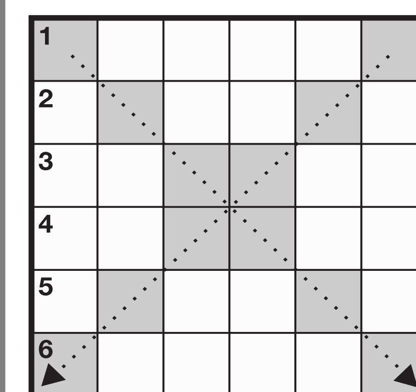
Kreiskette: 1. Angabe, 2. Nansen, 3. Staude, 4. Luanda, 5. Fladen – beanstanden

Sudoku:

Sudoku

			9					1
		4	2		6		9	
9			8	5				4
		8				5	4	6
	1						3	
4	3	9				1		
2				6	1			3
	4		7		8	6		
5					9			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

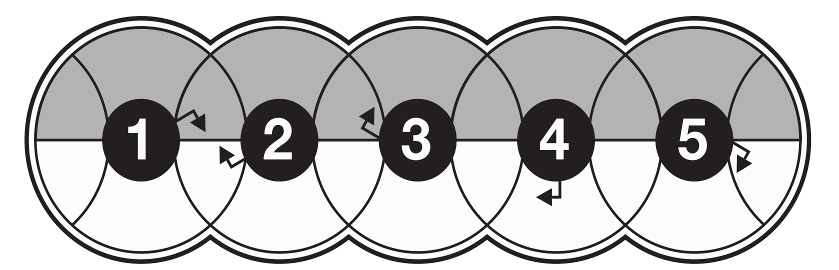
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Fischarten.

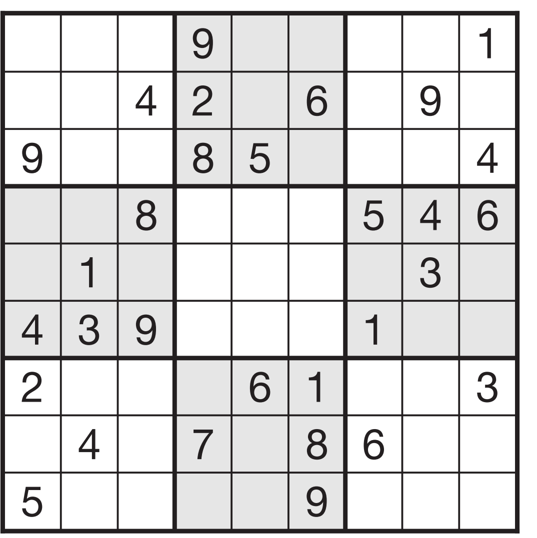
1 Glücksspiel (Kurzwort)
2 dt. Bundespräsident (Roman)
3 kleines Schub-, Zugfahrzeug
4 ugs. abwertend: altes Auto
5 Vorweihnachtszeit
6 positives Ergebnis

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für tadeln, Einspruch erheben.

1 Aussage, Auskunft, **2** norwegischer Polarforscher (Fridtjof), **3** mehrjährige krautige Pflanze, **4** Hauptstadt von Angola, **5** dünner, flacher Kuchen





Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Neuss – Donnerstag, 15.-18. Juni: Jahresausflug nach Bremerhaven. Anmeldung und Programmanforderung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400.

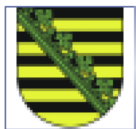
Witten – Montag, 19. Juni: Schifffahrt und Kaffeetrinken auf der Kemnade.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

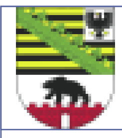
Mainz – Donnerstag, 22. Juni, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Treffen mit einer Lesung aus Büchern ostpreußischer Dichter. Wir freuen uns über jeden, der durch Vorlesen von Gedichten oder Geschichten zum Gelingen der Lesung beiträgt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach – Donnerstag, 22. Juni, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Dankeschönfahrt eventuell nach Torgau.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Montag, 19. Juni, 10 Uhr: Besichtigung der Übungsstadt Schöggersburg in der Colbitz, Letzlinger Heide. – Dienstag, 20. Juni, 14 Uhr: Tag der Heimatvertriebenen in Arendsee.

Magdeburg – Sonntag, 11. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: „Pfingsten lässt grüßen. Bräuche in der Heimat". – Donnerstag, 27. Juni, 13 Uhr, Immermannstraße: Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Landesgruppe – Sonntag, 25. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: Vertreterversammlung der Landesgruppe. Die Tagesordnungspunkte des Treffens:

1. Begrüßung, Eröffnung der Veranstaltung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner,
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission,
3. Totenehrung durch Herrn Gawehns,
4. Grußworte,
5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 26. Juni 2016,
6. Rechenschaftsbericht des Landeskulturreferenten,
7. Ehrungen,
8. Wir singen Volkslieder,
9. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016, Peter Gerigk,
10. Bericht der Kassenprüfer,
11. Entlastung des Vorstandes und der Kassenführung,
12. Genehmigung des Haushaltsplans 2017, Peter Gerigk (mit Aussprache),
13. Bericht der Frauenbeauftragten über ihre Arbeit, Frau Harder, 14. Wahlen: a) Erster Vorsitzender, b) Zweiter Vorsitzender, c) Schatzmeister und Erster Stellvertreter/in d) Schriftführer, e) 2 Beisitzer,
15. Wir singen Volkslieder,
16. Bericht über die letzte Tagung der OLV im November 2016, Herr Gerigk,
17. Einstündige Mittagspause (zirka 13 Uhr),
18. Referate: „Was bedeutet der Wirtschaftsboykott gegen Russland für über 6000 Firmen aus Deutschland?", „Welche wirtschaftlichen Beziehungen verbinden uns mit Polen?", „Welche Migrationskosten kommen auf uns zu?", Dr. Heese, mit Aussprache,
19. Wir singen Volkslieder,
20. Verschiedenes, unter anderem berichtet Gisela Harder über das Treffen der Deutschen Minderheit in Ostpreußen,
21. Kaffeetrinken,
22. Die Vertreterversammlung schließt mit dem Singen des Ostpreußenliedes.

Bad Oldesloe - Nach Begrüßung der Mai-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe berichtete die Vorsitzende, dass unser Mitglied Eva Kosuch verstorben sei. Sie erinnerte an die Verstorbene. Die offizielle Totenehrung erfolgt in der Jahreshauptversammlung im Februar des kommenden Jahres.

Im Hinblick auf das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 fragte die Vorsitzende, wie die Teilnehmer das Kriegsende erlebten. Dabei ergaben sich erschütternde Berichte. Einige Teilnehmerinnen waren mit Mutter und jüngeren Geschwistern auf der Flucht. Auf den vereisten Chausseen wurden Treckfahrzeuge oft durch Panzer und Militärfahrzeuge von der Straße zur Seite und oft in den Graben gedrängt. Dazu kam es immer wieder zum Beschuss durch Tiefflieger. Angst, Hunger und Kälte überlebten Kleinkinder und alte Leute nicht.

Die Teilnehmer waren damit einverstanden, dass über dieses Geschehen nach über 70 Jahren wieder gesprochen wurde. Es ist in den Köpfen immer noch gegenwärtig.

Georg Baltrusch war mit seiner Mutter gerade in Bad Oldesloe angekommen, als am 24. April 1945 die Stadt einen schweren Bombenangriff erlebte. Katharina Makarowski war mit Mutter und den jüngeren Geschwistern in Hannover gelandet. Als der Vater aus der Kriegsgefangenschaft kam, ging die Familie auf Umwegen zurück nach Ostpreußen. Nach schweren Jahren in der fremden Heimat konnte sie erst später in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.

Gar nicht flüchten konnte Boris Makarowski. Seine Mutter war 1943 verstorben, der Vater war Soldat. Er erlebte das Kriegsende in Ostpreußen.

Geburtstagskinder des Monats waren Georg Baltrusch und Boris Makarowski. *Gisela Brauer*

Flensburg – Mittwoch, 21. Juni, 11.30 Uhr, Delfter-Stuben, Flensburg-Mürwik: Spargelessen.

Neumünster – Sonnabend, 10. Juni 15 Uhr, Stadthalle: Der Vorstand und die Helfer der Gruppe treffen sich zum „Dankeschön- Plauderstündchen".

Uetersen – Freitag, 9. Juni, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchstraße 7: Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner mit DIAs über seine neuerliche Reise durch das „Reich der Mitte", durch China.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Siehe das Wunder!«

Sonderschau über Herzog Albrecht im Kulturzentrum Ostpreußen

Albrecht von Brandenburg-Ansbach und die Reformation im Preußenland" – dieses wenig bekannte Kapitel zum Thema 500 Jahre Reformation wird nun in einer eigenen Sonderschau im Kulturzentrum Ostpreußen im bayerischen Deutschordensschloss in Ellingen behandelt.

Im Zentrum steht dabei das Leben und Wirken des am 17. Mai 1490 in Ansbach geborenen Markgrafen Albrecht. Bereits 1511 wählte der Deutsche Orden den 21-Jährigen zum 37. Hochmeister. 1522 wurde Albrecht während der Religionskämpfe in Nürnberg von Andreas Osiander aus Gunzenhausen für die Gedanken der Reformation gewonnen. Nach Kämpfen mit den polnischen Nachbarn huldigte er im April 1525 in Krakau seinem Onkel, dem polnischen König Sigismund I., und erhielt als erbliches Lehen den Ordensstaat in Preußen. Auf Luthers Rat entschloss er sich, den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum umzuwandeln und dort die Reformation einzuführen. Er regierte das Land als Herzog Albrecht in Preußen von Königsberg aus.



Der Herzog in Stein: Die Statue in Ellingens Nachbarort Ansbach wurde erst jüngst eingeweiht Bild: Claaßen



Marco Wachtel, hier beim Eröffnungsvortrag, hat die umfangreichste Austellung über Albrecht und die Reformation im Jubiläumsjahr zusammengestellt Bild: Fritsche

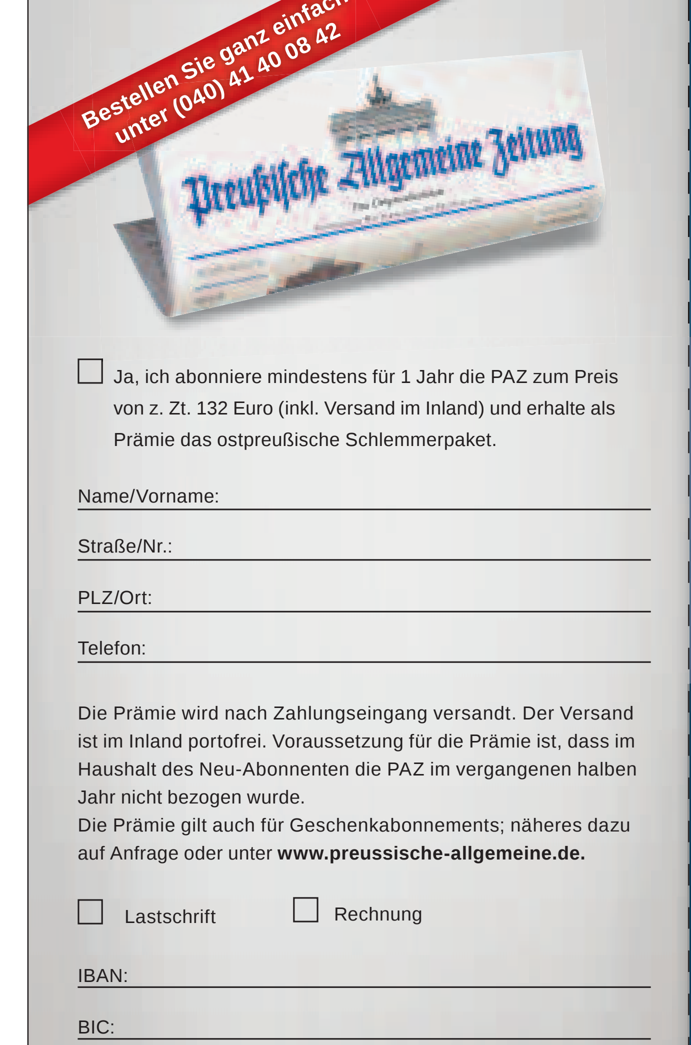
Der neue evangelische Glauben, seine wichtigsten Protagonisten vor Ort und die Folgen der Reformation für Menschen und Gesellschaft sind in dieser Ausstellung, die bis zum 10. September 2017 läuft, anschaulich beleuchtet, wobei das Wirken der fränkischen Reformatoren im Preußenland wie etwa das des Andreas Osiander ausführlich dargestellt wird. Zahlreiche bisher wenig bekannte Bildzeugnisse sowie aussagekräftige Dokumente werden präsentiert, wobei das Staatsarchiv Nürnberg, das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin sowie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg wichtige Leihgeber für diese Ausstellungstücke sind.

„Siehe das Wunder! In voller Fahrt und mit prallen Segeln eilt das Evangelium nach Preußen!" – unter dieses 1525 von Martin Luther geschriebene Motto stellte der evangelische Pfarrer Lorenz Grimoni aus Duisburg seinen Einführungsvortrag. Der stellvertretende Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg wurde 1939 in Freystadt in Westpreußen als Kind Königsberger Eltern geboren und kam 1945 nach Westdeutschland. Grimoni schilderte die 300-jährige Geschichte des Deutschordenslandes und zählte vor allem die tatkräftigen Entscheidungen Albrechts auf, die für das Land zwischen Weichsel und Memel von einschneidender Bedeutung waren. Darunter fielen 1544 die Gründung der Königsberger Universität und der Aufbau einer komplett neuen, flächendeckenden Kirchenverwaltung. „Preußen war das erste evangelische Land der Welt", stellte der Träger der Mercator-Ehrennadel für bürgerschaftliches Engagement der Stadt Duisburg als Fazit fest.

Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums, versprach den Besuchern ein besonderes Erlebnis, da die Ausstellung über Herzog Albrecht und die Reformation die umfangreichste zu dieser Thematik im Jubiläumsjahr zur Reformation sei. Er begrüßte besonders Peter Bräunlein aus Ansbach, der maßgeblich dafür gekämpft hatte, dass dieser bedeutenden Persönlichkeit nun ein Denkmal in seiner Geburtsstadt gewidmet wurde und bemerkte, dass die Ausstellung im November in Ansbach zu sehen sein wird. Ein Begleitheft zur Bedeutung Königsbergs als Ort der Reformation liege ebenfalls vor, so der Direktor.

Anschließend führte der Kurator der Ausstellung, Marco Wachtel, die Besucher durch die Ausstellung und erläuterte die wichtigsten Exponate. Wachtel ging auch auf die Hörstation ein, die drei Beispiele von evangelischen Kirchenliedern dieser Zeit gibt. Eines davon – „Was mein Gott will, gescheh' allzeit" – wurde von Herzog Albrecht selbst gedichtet und befindet sich bis heute im Evangelischen Gesangbuch (EG 364). *M. Fritsche*

Die Sonderausstellung „Albrecht von Brandenburg-Ansbach und die Reformation im Preußenland" ist vom 20. Mai bis 10. September im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, jeweils von Dienstag bis Sonntag (auch an Feiertagen) von 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Informationen gibt es unter Telefon (09141) 86440.





Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Preußische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Ohne eine Vergangenheits-Reflexion der Bundeswehr geht es nicht

Zu: Auf schwachen Wurzeln gegründet (Nr. 20)

Aus guten Gründen erschien einer großen Mehrheit der Bevölkerung nach 1945 eine Reichswehr oder Wehrmacht ausgeschlossen.

Von wem also „wurden gleichwohl die Vorgängerarmeen wie selbstverständlich als traditionsstiftend angesehen“? Da fallen nur die Wehrmachtoffiziere ein, die sich selbst nicht diskreditieren wollten und Westmächten sowie Adenauer-Regierung gelegen kamen, um eine Bundeswehr – gegen den Mehrheitswillen – im Kalten Krieg als Drohkulisse aufzubauen.

Dass die offizielle Traditionslinie seit den 1982 erlassenen „Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege der Bundeswehr“ erst mit der eigenen Gründung beginnen kann, resultiert ja gerade aus der Ungeheuerlichkeit des völkermordenden Angriffskrieges.

Wenn die Bundeswehr sich konsequent um eine Reflexion ihrer Wertgebundenheit und ihres demokratischen Selbstverständnisses bemühte, würde unserem Land seine Geschichte nicht genommen, sondern – im Gegenteil – ins rechte Licht gerückt.

Die von den Soldaten benötigten Leitbilder der Vergangenheit könnten zum Beispiel unter den Kameraden der Wehrmacht gefunden werden, die wegen Widerstandes oder Desertion erschossen oder aufgehängt wurden. Diese Verweigerer des Verbrechens wären einer demokratischen Armee, die den „Staatsbürger in Uniform“ statt Kadavergehorsam wollte, durchaus gute Vorbilder.

Es ist leider so, dass der Militarismus in Deutschland von seinen Anfängen bis ins 20. Jahrhundert von demokratischen Ideen nicht beleckt war. Und darum halte ich die kurze Tradition der Bundeswehr für eine einmalige Chance, die Zeugnisse und Haltungen sowie das Tun vergangener Generationen auf den Prüfstand einer geschichtskritischen Betrachtung zu stellen, wenn denn überhaupt irgendein Segen für Gegenwart und Zukunft möglich werden soll.

S. Bauer-Helpert, Neißeaue

Weiter so!

Zu: Verwirrte Nachbarn (Nr. 18)

Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Allerdings verharrt der „deutsche Michel“ immer noch im Tiefschlaf, wie erst kürzlich mit Bekannten erlebt, als wir uns in einem Hotel in der Nähe von Antalya getroffen haben. Das war für uns jedoch keineswegs die einzige negative Erfahrung dieser Art mit Menschen aus Deutschland.

Zweimal haben Sie die Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Deutschland in Ihren Kommentaren mit „unserem Land“ wiedergegeben. Bitte nicht noch mal, sonst schwillt mir der Kamm, denn sie spricht in der Regel von „den Menschen in diesem Land“. Unerträglich!

Auch der Kolumnistin Eva Herman gebührt meine Hochachtung zu ihrem Mut, in einen Artikel zu schreiben, „Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein“.

Machen Sie weiter so, ich bewundere Ihre Arbeit und werde Sie weiter unterstützen.

Annegret Kümpel, Antalya/Türkei

Wahre Gesinnung

Zu: Das Ende der Täuschungen (Nr. 16)

„Ende der Täuschungen“? Das betrifft nur Realitätsfähige. Entschlossenen Realitätsverweigerern nützt das türkische Wahlergebnis in Deutschland nichts, sie sind geübt in Auswegen für ihre Interpretation.

Es ist aber noch schlimmer, als der Artikel so zutreffend diagnostiziert. Ein Beispiel: Araber, Geschäftsmann, erfolgreich, sehr gut Deutsch sprechend, großzügig zur Nachbarschaft, sogar humorvoll. Aber! Sobald eine Kopftuchträgerin das Geschäft betritt, sucht er in extremer Weise räumlichen Abstand zur deutschen Kundschaft und ist im Verhalten nicht wiederzuerkennen: laut, arrogant, machohaft.

Oder dieses Beispiel: Herkunftsland Türkei. Die Sippe ist sehr gepflegt, äußerst freundlich, alle berufstätig, sehr gut Deutsch sprechend. Bestes Einvernehmen im Haus seit etlichen Jahren. Gegenseitiges Beschenken zu Weihnachten/Neujahr. Aber! Das Sippenoberhaupt sitzt eines Tages mit Landsleuten an einem Straßentisch, sieht mich, grüßt nicht, wendet sich zu seinen Landsleuten, bis ich vorbeigegangen bin.

Fazit: Erst bei Hinzutreten von Landsleuten erweist sich die wahre Einstellung gegenüber Deutschland. Der Massentest ist zu fürchten!

Gudrun Schlüter, Münster

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Bloß nicht mit dem Finger auf andere zeigen

Zu: Weckruf für Europa: „Wir Weicheier“ (Nr. 16)

Viele der von Martin van Creveld zu Recht angesprochenen Dinge sind wichtig, aber nicht neu, wie das Missverhältnis von „Rechten und Pflichten“. Wenn aber ein in Jerusalem lehrender Professor in einem Interview mit Ihrer Zeitung unwidersprochen die Feminisierung vieler westlicher, besonders der US-amerikanischen, Armeen beklagt und dann sogleich auf die israelischen Streitkräfte 1948 bis 1982 (warum nur bis dahin?) als „beste Armee der Welt“ verweist, dann frage ich mich schon, ob ich zu dumm bin, diese Gelehrtenaussagen auch nur annähernd zu begreifen, weiß ich doch, dass seit ewigen Zeiten gerade in der israelischen Armee Soldatinnen dienen.

Israelische Sicherheitsexperten, die auf der ganzen Welt tätig sind, werden da auch noch erwähnt. Wer Israel besuchen und es dann wieder verlassen wollte, musste sich zumindest 1978 bis 1981 bei der Ausreise am Flughafen Fragen gefallen lassen, wo er zum Beispiel während seines Aufenthalts gewesen sei. Das geschah auf Englisch. Wer kein Englisch verstand – oder so tat –, blieb unbehelligt. Wer auf Englisch antwortete, das gehe die Frager – es waren stets zwei – nichts an, wurde über „die Sicherheit“ belehrt. Wenn man darauf den Vorgesetzten verlangte, wurde man sofort in Ruhe gelassen.

Ulrich Herzog, Wardenburg

Sargnagel für AfD

Zu: Weckruf gescheitert (Nr. 18)

AfD-Chefin Frauke Petry mag gelegentlich sprunghaft, unberechenbar und deshalb wohl auch für andere Parteigänger schwer verdaulich sein. Nur eines hat sie im Gegensatz zu den Herren Gauland, Meuthen oder Höcke erkannt: Wenn die AfD auf Dauer überleben und sich vom ausschließlichen Oppositionsimage einer Partei der Unzufriedenen sowie von Blut- und Bodendemokraten lösen will, kann sie nicht auf das brachliegende rechts-konservative bürgerliche Potenzial derjenigen verzichten, denen es außerhalb Bayerns nicht vergönnt ist, die CSU zu wählen und denen die sonstigen Altparteien keine politische Heimat mehr geben. Entsprechend sollte die Parteiprogrammatik ausgerichtet werden.

Doch der „Weckruf“ blieb ungehört. Die unverhohlene AfD-Freude über das gelungene öffentliche Abwatschen Petrys trägt Zeichen eines Pyrrhussieges. Kein Zweifel: Petry ist erledigt und mit ihr die Chance, mittelfristig eine echte wertkonservative Alternative zu etablieren. Dabei sieht es so aus, als hätte die AfD für sich selbst einen weiteren Sargnagel eingeschlagen. Man mag es bedauern oder freudig begrüßen: Stetig sinkende Umfragewerte sind hierfür der beste Beleg. Die Fünf-Prozent-Hürde kommt für die Blauen in Reichweite.

H. Dieter Albers, Hanstedt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Eine Rose für Alexandra in Heydekrug

Zu: Eine Stimme, erfüllt von slawischer Sehnsucht (Nr. 20)

Ihr Beitrag erinnert mich an zwei Besuche im Memelland. Zunächst war ich mit dem Fahrrad von Memel nach Heydekrug unterwegs, dort entdeckte ich noch viele Spuren deutscher Geschichte, ich wusste auch, dass Alexandra in Heydekrug geboren wurde. Die Litauer kannten diese Sängerin nicht. Eine Museumsmitarbeiterin berichtete uns von einem Relief am Geburtshaus von Alexandra. Den Standort konnte sie nur vage beschreiben: irgendwo im Umkreis des Bahnhofes. Mit unseren Fahrrädern zogen wir Kreise um den Bahnhof, deren Radien wurden immer kleiner, wir ließen kein Haus und keine Straße aus.

Wir wollten die Suche schon aufgeben, als wir an einer Hauswand das Relief mit dem Bildnis von Alexandra erkannten, unsere Suche hatte sich also gelohnt.

Ein Jahr später fuhren wir die Strecke mit dem Auto ab, aus dem Lautsprecher erklang die tiefe Stimme Alexandras, sie sang von Sehnsucht und der Taiga, während draußen die weite Landschaft vorbeihuschte. Natürlich wollten wir bei Alexandra „vorbeischauen“ und sie mit Rosen ehren. Da die Gedenktafel ziemlich hoch hängt, nahm der Stärkste den Leichtesten auf die Schulter, nur so gelangte eine Rose in die Nähe des Bildes der Sängerin.

Paul Wernitz, Tschernitz



Bild: Wernitz

Auf Weltniveau

Zu: BVG warnt vor Lücken (Nr. 19)

Es ist ärgerlich, dass der Autor die Aussage „Im Vergleich zu London und Paris ist das Berliner U-Bahn Netz schwach ausgebaut“ von anderen „Fachleuten“ gedankenlos übernommen hat. Unterschlagen wird dabei der Umstand, dass die Berliner S-Bahn das eigentliche Rückgrat des dortigen Nahverkehrs darstellt, während in London oder Paris die U-Bahn diese Funktion übernimmt.

Das S-Bahn-System Berlins haben unsere Vorväter einst großzügig (im Wortsinne) und vorausschauend konzipiert und geschaffen, und ein Vergleich mit London, Paris oder anderen Metropolen ist nur über gemeinsamer Betrachtung der Berliner S- und U-Bahn realistisch und aussagefähig. Im Übrigen verlaufen in Berlin auch S-Bahn-Abschnitte unterirdisch und sind somit faktisch auch eine U-Bahn.

Trotz vieler Kritik- und Mängelpunkte aus letzter Zeit kann sich die Berliner Nahverkehrsausstattung – vor allem dank der S-Bahn – mit den Nahverkehrsstrukturen fast aller anderen Weltstädte messen.

Klaus-Joachim Miethe, Cottbus

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 132 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie ☐ Nr. 1 oder Prämie ☐ Nr. 2.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.preussische-allgemeine.de.**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:



Gewebte Bildergeschichten

Der französische Ort Aubusson ist Zentrum der Weberei von Bildteppichen – Neues Museum stellt die Kunst der Tapisserie vor

Aubusson, ein Städtchen im Herzen von Frankreich, ist seit Jahrhunderten für seine Bildteppichwirkerei (Tapisserie) berühmt. 2009 wurden die gewebten und gewirkten Bildteppiche von Aubusson und einigen Nachbarorten durch die Aufnahme in das UNESCO-Weltkulturerbe geadelt.

In und um Aubusson im Nordwesten des Zentralmassivs liegt das historische Zentrum der französischen Tapisserie. Von Generation zu Generation wurde diese Textilkunst hier seit dem 14. Jahrhundert vererbt. Im Mittelalter schützten die wollenen Bildteppiche von Aubusson in den Kirchen vor der Zugluft, wärmten in Ritterburgen die kalten Wände und schmückten die Paläste von Königen. Um die Handwerkskunst der Tapisserie am Ort ihrer Entstehung kennenzulernen, kommen jährlich Tausende Besucher in die 5500-Einwohner-Stadt.

Dicht gedrängt liegen die Gassen von Aubusson in mehreren Tälern an einer Schleife des Flusses Creuse, der dem Departement seinen Namen gab. Allgegenwärtig in der Architektur ist der graue Granitstein. Eine alte Steinbrücke überspannt die Creuse, die immer ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben der Stadt war. Ihr reines Wasser wurde von den Gerbereien und den Werkstätten der Teppichweber genutzt.

Als Antwort auf die Ernennung der Tapisserie von Aubusson zum UNESCO-Welterbe der Menschheit ist in dort ein neues Museum entstanden, das herausragende Bildteppiche aus sechs Jahrhunderten präsentiert. Die „Cité international de la tapisserie Aubusson“ wurde erst vor einem Jahr in Anwesenheit des damaligen Präsidenten François Hollande feierlich eröffnet. Dank des Zusammenwirkens verschiedener Träger fördert das Museum auch die Niederlassung neuer Ateliers und kümmert sich um Arbeitsaufträge für Teppichweber.

Einiges Aufsehen erregte zuletzt ein Großauftrag der Tolkien Estate, welche die Rechte an den Romanen des englischen Autors J.R.R. Tolkien besitzt, über die Herstellung einer Serie von monumentalen Tapisserien mit Motiven aus Tolkiens Phantasiewelt. Im „Maison du Tapissier“ (Haus des Teppichwirkers) in der Altstadt von Aubusson vermittelt eine originalgetreu rekonstruierte, historische Tapisserie-Werkstatt einen Eindruck davon, wie viel Geduld diese mühselige Tätigkeit erfordert, die zahllosen Familien der Gegend lange Zeit ein Auskommen sicherte.

Einzigartig und kostbar sind die Bildteppiche, die im Auftrag von Herrschern, Kirchen und Klöstern ausgeführt wurden. 1665 erhob Colbert, der Begründer des Merkantilismus in Frankreich, die Werkstätten von Aubusson zur Königlichen Manufaktur. Wer einen echten Aubusson erstehen will, braucht auch heute noch den Geldbeutel eines Fürsten.

In rund 20 Werkstätten wird in Aubusson die traditionelle Bildteppichwirkerei noch ausgeübt und fortentwickelt, heute im Gegensatz zu früher mehr von Frauen als von Männern. Bis zur Meisterschaft braucht es ein bis zwei Dutzend Jahre. Muster und Dekors sind so angelegt, dass sie fast dreidimensional wirken.

Zunächst wird die Vorlage des Künstlers im Maßstab 1:10 auf Kartons übertragen und anschließend in Originalgröße ausgeführt.



Hoffentlich kein Futter für Motten: Wandteppiche im Musée départemental de la Tapisserie von Aubusson

Die glatten Webteppiche aus Schafswolle, denen Aubusson seinen Ruf verdankt, werden auf Flachwebstühlen mit Baumwoll-Kettfäden gewirkt. Unter den Fäden liegt die Vorlage. Die farbigen Schussfadenstücke werden eingeflochten, mit einem Kamm fest angeschlagen und an den Enden verknotet. Die Weberin sieht nur die Rückseite des Bildteppichs, an dem sie arbeitet. Um die Vorderseite zu betrachten, wird ein Spiegel in die Hand genommen. Wichtig ist eine genaue Wiedergabe der vorgegebenen Farben.

Das wohl bekannteste historische Werk ist die Serie „Die Dame mit dem Einhorn“ von sechs Wandteppichen aus dem 15. Jahrhundert im Pariser Musée de Cluny. Künstlerische Vorliebe des 16. und 17. Jahrhunderts waren sogenannte Verdüren, hauptsächlich in Grüntönen gehaltene Wandbehänge, auf denen biblische und mythologische Szenen mit Blattwerk, Vögeln und anderen Tieren dargestellt sind.

Zu den gekrönten Auftraggebern zählte im 19. Jahrhundert auch Königin Victoria von England. Sie lud sechs Weber nach Schloss Windsor ein, die dort in vierjähriger Arbeit eine Folge von Bildteppichen schufen. Aus England kam Ende der 1950er Jahre auch der Auftrag für die größte textile Arbeit aller Zeiten: ein zwölf mal 22 Meter großer Bildteppich für die Kathedrale von Coventry.

Mehrmals ging es in der Vergangenheit mit der Bildteppichwirkerei von Aubusson bergab. So sank im 19. Jahrhundert der Bedarf an Wandbehängen durch das Aufkommen der Papiertapete. Die meisten Weber gaben ihren Beruf auf oder verlegten sich auf die Herstellung von Bodenteppichen, die immer mehr in Fabriken gefertigt wurden. In Anlehnung an die Muster der geknüpften Savonnerie-Teppiche entstand der typische Aubusson-Teppich: Rahmendekor aus Blumenmustern, gedämpfte Farben, in der Mitte ein Medaillon. Im gleichen Design wurden auch Möbelstoffe gefertigt. Aubusson-Teppiche werden längst in China, Indien und Pakistan kopiert.

Ihre Wiederbelebung verdankt die alte Handwerkskunst dem Pariser Maler, Keramiker und Bildteppichwirker Jean Lurçat (1892–1966), der 1939 nach Aubusson zog und die Weber überredete, nach modernen Entwürfen zu arbeiten. Der neue, farbenfrohe Stil der Wandteppiche traf den Geschmack der Nachkriegszeit. Museen, Industrieunternehmen und private Liebhaber begannen sich um die Tapisserien nach Vorlagen zeitgenössischer Künstler zu reißen. Später verdüsterte sich die dekorative, fantastische Figurenwelt des Jean Lurçat.

Mit seinen Bildteppichen hatte Lurçat auf der internationalen Bühne einen triumphalen Erfolg. Sie wurden Anfang der 1960er Jahre auch in mehreren deutschen Städten ausgestellt und schmücken neben dem UNO-Gebäude in New York unter anderem die Mercatorhalle Duisburg und den Kölner Gürzenich. Unter einem Dach versammelt sind einige seiner schönsten Werke im „Musée Jean Lurçat“ in Angers an der Loire und in der „Cité Internationale de la tapisserie Aubusson“. *D. Jestrzemski*

Lautlose Raser

Wie Formel-1, nur leise – Ein Rennen von Elektromobilen in Berlin

Berlin ist so etwas wie das Mekka der Formel-E. Zwar stehen die Elektroboliden (noch) im Schatten der lautstarken Formel-1-Wagen, doch Spannung ist auch bei den Rennen der leisen Flitzer mitten in der Stadt absolut garantiert. An diesem Wochenende brettern sie wieder mit bis zu 225 Stundenkilometern über den ehemaligen Flughafen Tempelhof.

Die Rennstrecke ist 2,25 Kilometer lang und gespickt mit mehreren Hochgeschwindigkeits-, aber auch Schneckentempo-Kurven und einer langen Geraden. Die Fans werden vom besonderen Charme der Strecke begeistert sein, ist sich der deutsche Formel-E-Fahrer Daniel Abt sicher. „Vor Ort kommen sie dem Renngeschehen und auch uns Fahrern sehr nahe. Die Strecke bietet viele Überholmöglichkeiten und verspricht ein richtig spannendes Rennen. Ich freue mich wahnsinnig auf das heimische Publikum. Wir werden in Berlin eine riesige 48-Stunden-Formel-E-Party für die Fans abfeiern.“

Zu seinem Team gehört auch Ex-Formel1-Pilot Lucas di Grassi. Und mit Nick Heidfeld, Esteban Gutierrez und Jean-Eric Vergne sind weitere ehemalige Fahrer der Königsklasse an Bord der E-Boliden. Insgesamt gehen zehn Teams mit je zwei Fahrern an den Start – und das an zwei Tagen hintereinander. Denn Berlin hat das abgesagte Rennen von Belgien übernommen und trägt damit gleich zwei Wertungsläufe aus.

Nach 2015 und 2016 ist die Hauptstadt zum dritten Mal Gastgeber für den Elektro-Rennzirkus. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller erklärte dazu bereits im Februar, er sehe den Motorsport mit Elektromotoren als Werbung für innovative Technologien und nachhaltige urbane Mobilität. Zudem sei Elektromobilität der Schlüssel zu umweltfreundlichem Transport in den Städten des 21. Jahrhunderts.

Doch nicht nur rasante Fahrten und riskante Überholmanöver werden auf dem Tempelhofer Feld für Spannung sorgen. In einem sogenannten e-Village, das von der Allianz, dem offiziellen Partner des ePrix, ausgerichtet wird, können Fans auf großen Bildschirmen das Rennen verfolgen und Autogramme der Fahrer ergattern. Sie können aber auch selbst ihr Können als Formel-E-Fahrer unter Beweis stellen und gegen die Profis an Simulatoren antreten. Darüber hinaus sind Elektrofahrzeuge ausgestellt, und digitale Technologien wie 3D-Druck, Drohnen und Virtual Reality laden zum Experimentieren ein.



Abgasfrei, aber beim Bremsen nicht ohne Rauchspuren: Elektro-Rennwagen, der die Kurve kriegt

Aber auch ohne Großveranstaltungen ist das Tempelhofer Feld beliebtes Ausflugsziel für die Berliner und deren Gäste. Das Gelände des 2008 stillgelegten Flughafens, wo nach dem Zweiten Weltkrieg die Rosinenbomber landeten, ist zu einem großen Freizeitpark geworden. Auf rund 300 Hektar wird abseits vom Großstadtrubel gejoggt, geskatet und geradelt. Kinder lassen Drachen steigen, Pärchen liegen in der Sonne, Familien machen Picknick und beobachten Vögel, die sich hier von den leisen E-Rennautos nicht stören lassen. *Barbara Eising*

Mehr Infos: www.e-formel.de

In Monaten ohne »r«

Die rheinische Küche sorgt in Sommermonaten für Gaumenfreude

Der Saumagen gilt als kulinarische Spezialität der Pfalz. Bekannt geworden ist er vor allem durch den Altbundeskanzler Helmut Kohl.

Aber auch der Niederrhein kann mit diversen Leckereien locken. Im Mai und Juni sorgt der Spargel, von September bis April (also den Monaten mit einem „r“) bieten Muscheln rheinischer Art Gaumenfreuden. Doch was tun, wenn nicht gerade „Saison“ ist? „Da kann ich helfen“, behauptet Josef Gludovacz vom Verein der Köche Krefeld, „bei mir gibt es eine Biersuppe als Vorspeise, Rheinischen Sauerbraten als Hauptgericht und Herrenkrem als Nachtisch.“

Nanu – Sauerbraten mit Schweinefleisch? Gehört dazu nicht eigentlich Pferdefleisch? „Stimmt schon“, sagt der gebürtige Österreicher. Der Niederrhein ist nach seinen Worten auch eine klassische Pferderegion. Da aber Angebot und Nachfrage in den vergangenen Jahrzehnten beim Pferdefleisch zurückgegangen sind, wird der Sauerbraten jetzt mit Schweine- oder Rindfleisch zubereitet.

Auch die Wertigkeit von Essen und Nahrungsaufnahme hat sich in der Vergangenheit verändert. Durch die Zuwanderung ist zunehmend ostasiatische und türkisch-arabische Küche bei uns populär und zu einer Alternative geworden. Pizzerien und Döner-Buden seien da nur als Beispiele genannt. „Jugendliche bevorzugen heute Fast-Food“, bedauert Gludovacz, „das Wissen um die lokale Küche ist so verlorengegangen. Das Essverhalten hat sich verändert. Frische Küche ist zeitaufwendig und arbeitsintensiv – der Lieferservice für Bringgerichte ist nicht von ungefähr beliebt. Schauen Sie sich das Fernsehen an: Kochen wird zur Show.“

Doch für Gludovacz gibt es auch ein Lichtstreif am Horizont. Nicht nur in Krefeld, sondern auch andernorts am Niederrhein haben sich Gastronomen wieder auf die lokale Küche besonnen. Auch wenn sie optisch möglicherweise anders aussehen als früher – Gludovacz: „Gerichte werden zunehmend augengerecht zubereitet; das Auge ist schließlich mit“ –, werden sie doch verstärkt angeboten und nachgefragt.

Dass zunehmend auch ältere Menschen wieder frische Produkte beim Kochen benutzen, ist auch eine Entwicklung, die Gludovacz beobachtet. Es kommt für ihn nicht von ungefähr, dass er bei der Evangelischen Familienbildungsstätte Kochkurse mit niederrheinischer Küche anbieten kann, die auch erfolgreich angenommen werden. „Ich möchte aber nicht nur Senioren ansprechen“, betont er, „ich möchte auch junge Leute zum selbstständigen Kochen hinführen. Sie sollen neue Produkte kennenlernen und eine neue Wertigkeit vom Essen entdecken. Lebensmittel sind Saisonware. Erdbeeren, Brombeeren, Kirschen und Heidelbeeren haben im Sommer und Herbst Saison, nicht das ganze Jahr über.“ Und solange heimischer Spargel noch zu haben ist, hat man jetzt eine köstliche Alternative zum Sauerbraten. *Andreas Rüdig*

Rezept für Sauerbraten

Zutaten für den Braten: Ein Kilogramm magerer Schweinebraten, etwas Schweineschmalz, Salz, Pfeffer, Zucker, zwei Esslöffel Rübenkraut, 30 Gramm Mehl.

Zubereitung: Zwiebel, Möhre und Sellerie für die Marinade kleinschneiden, mit Wasser, Essig und Gewürzen aufkochen lassen. Das Schweinefleisch in die abgekühlte Marinade legen und drei bis vier Tage abgedeckt durchziehen lassen. Zwischendurch wenden. Das Fleisch gut abtrocknen, salzen, pfeffern und im Schweineschmalz anbraten. Das abgetropfte Gemüse mit anbraten und mit der Hälfte der Marinade ablöschen. Ein bis 1,5 Stunden schmoren lassen, wenden und mit der restlichen Marinade aufgießen. Den durchgesiebten Bratenfond mit Mehl binden und ein paar Minuten durchkochen lassen. Mit Zucker, Salz und Rübenkraut abschmecken.

Aus schwerer Zeit

Der Publizist Wolgang Brenner geht Nachkriegsjahren auf die Spur



Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz war von 1948 bis 1951 Flüchtlingsminister in Niedersachsen. Rückblickend wunderte er sich, „dass wir damals nicht in einer Katastrophe untergegangen sind“. Aber er schrieb auch, es seien Jahre „eines unvergesslichen Aufbruchs, einer völligen Befreiung gewesen. Wir hatten äußerlich nichts. Aber kaum, dass wir ein paar Monate in der neuen Umgebung lebten, wuchsen die Freundschaften unter den Händen, öffneten sich alle verschütteten, uns von den Nazis vorenthaltenen Schätze, – vor allem Menschen, helfend, haltend in einer nie erlebten Solidarität.“

Der Publizist Wolfgang Brenner blickt in einem breiten Panorama auf die Nachkriegsjahre 1945 bis 1949 zurück. Einem größeren Leserkreis ist er durch geistreiche Satiren und Kriminalromane bekannt geworden. Wirklich Neues bringt sein Buch nicht, aber der Autor kann erzählen und bei aller Nüchternheit manche Dinge treffender nennen als wissenschaftliche Darstellungen. Neben gründlicher Quellenkenntnis hat er viele Zeitzeugenberichte ausgewertet, die in ihren bedrückenden Aussagen diese schwere Zeit unmittelbar vergegenwärtigen.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 war ja nicht ausgeschlossen, dass, wie Albertz sagte, Deutschland untergehen könnte. Das kriegszerstörte Land war am Ende. Die Menschen hausten in Trümmern und hatten nichts zu essen. Zudem mussten zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten aufgenommen werden. Die Siegermächte sahen wohl, dass alles auf eine Katastrophe zulief. Sie befürchteten Hungerrevolten, ein Massensterben, Aufruhr und Streiks, aber die Uneinigkeit unter ihnen verhinderte lange ein entschlossenes Handeln.

BRD als Bollwerk gegen den Osten

Der beginnende Kalte Krieg brachte eine entscheidende Wende: Vor allem die USA sahen in der expansiven Sowjetunion die größte Gefahr und reagierten entschlossen, den Westen Deutschlands gleichsam als Bollwerk gegen den Osten zu halten. Sie handelten, wie Brenner sagt, „pragmatisch, nicht moralisch“. Mit der von Washington durchgesetzten Währungsreform im Sommer 1948 in den Westzonen verbesserte sich die Lage der Menschen relativ schnell.

Brenner legt auf die düstere Zeit von 1945 bis 1948 das Schwergewicht seiner Erzählung. Er informiert über die Lebensumstände der hungernden und kranken Menschen, über die teilweise drastischen Demontagen (vor allem in der sowjetisch besetzten Zone) und Reparationsleistungen, die jeden kleinsten Aufschwung bremsten, und über die Berliner Blockade. Und über das noch schlimmere Elend der Vertriebenen, die oft auf blanke Ablehnung stießen. Ihr großes Plus war, dass tüchtige Arbeitskräfte allenthalben gebraucht wurden, so dass die zunächst „fremde Heimat“ (Kossert) allmählich doch zu einer echten wurde.

Das politische Geschehen behandelt der Autor genauer erst ab der Währungsreform 1948, die er ebenso anschaulich schildert wie das riskante Gezänk der deutschen Ministerpräsidenten mit den Alliierten über eine künftige Grundordnung, das Grundgesetz. Auf die vorangegangene Bildung der einzelnen Länder in Ost und West, zumal die Neubildungen (Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) sowie die Kleinstaaterei im Südwesten (gleich drei Länder) wird nur sporadisch eingegangen; hier hätte das Buch genauer sein können. Aber alles in allem eine faktenreiche und lesenswerte Darstellung über jene Jahre, die – vielleicht neben dem Dreißigjährigen Krieg – die dunkelsten Kapitel in der deutschen Geschichte sind. *Dirk Klose*

***Wolfgang Brenner: „Zwischen Ende und Anfang. Nachkriegsjahre in Deutschland“**, Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 2016, gebunden, 390 Seiten, 24 Euro*

Von Höhen und Tiefen

Patricia Kelly über ihr Leben

Anlässlich des Neustarts der Kelly-Family wartet der adeo Verlag mit der Neuauflage von Patricia Kellys Erinnerungen auf. In einfachem und persönlich gehaltenem Stil erzählt die Künstlerin Szenen aus ihrem Leben in wohl einer der außergewöhnlichsten Musikgruppen der vergangenen Jahrzehnte.

Patricia Kelly erblickte im spanischen Dorf Gamonal das Licht der Welt, wo die Familie Ende der 60er Jahre in bescheidenen Verhältnissen lebte. Mit fünf Jahren stand sie zum ersten Mal auf der Bühne, die eine große Anziehungskraft auf sie ausübte. Die Sängerin erzählt von den Anfängen der Kellys als Straßenmusikanten, die zwar meistens von der Hand in den Mund lebten, aber auch viel Beifall und Menschlichkeit erlebten. Die Familie hatte ebenso Kontakt zu Zigeunern, Huren und Bettlern als auch zu wohlsituierten Bekannten des Vaters. Vater Dan machte sich nichts aus Konventionen und hielt es nie lange an einem Ort aus. So verbrachte die Familie Jahre in Spanien, lebte in einem VW-Bus, später in einem Doppeldeckerbus, auf einem Hausboot und schließlich auf Schloss Gymnich.

Bis zu ihrer Entdeckung führten die Kellys ein freies und von tiefem Glauben geprägtes Leben. Bis dann der große Durchbruch kam und alles grundlegend veränderte. Patricia ging in ihrer Rolle als Künstlerin und Geschäftsfrau – sie übernahm die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Familie – auf, bis es ihr zu viel wurde und sie ausbrach. Sie zog nach Irland und startete später eine Einzelkarriere als Schauspielerin und Sängerin. Sie rebellierte nicht nur gegen die Fesseln des Ruhms, sondern auch gegen ihren dominanten Vater, mit dem sie sich später versöhnte. Über das Leben mit ihren Geschwistern erfährt man hingegen wenig.

Ein fester Bestandteil ihres Lebens sei die Liebe, die zu ihrer Familie, zu den Menschen und zu Gott. Ihr Glaube half ihr über schwere Zeiten, wie die Brustkrebsdiagnose, hinweg. Ein sehr lesenswertes Buch für alle Kelly-Fans *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Patricia Kelly: „Der Klang meines Lebens. Erinnerungen an stürmische und sonnige Zeiten“**, adeo Verlag, aktualisierte Neuauflage 2017, broschiert, 333 Seiten, 17 Euro*

Ein Künstler ganz nah

Gespräche mit Blomstedt

Die Musikjournalistin Julia Spinola hat sich ein halbes Jahr Zeit genommen, um an verschiedenen Orten mit Herbert Blomstedt Interviews zu führen. Die gut lesbaren Gespräche verpackt Spinola in kleine Reportagen: Sie geht mit dem Dirigenten (siehe Seite 9) und dem Gewandhausorchester Leipzig auf Tournee, sie besucht Blomstedt zu Hause in Luzern, und Spinola reist mit ihm ins idyllische Värmland, im Westen Schwedens, wo er als Kind die Ferien bei seinen Großeltern verbracht hat. Eine gute Gelegenheit, um über seine Eltern zu sprechen – den streng gläubigen Vater und die fantasievolle Mutter, die als Konzertpianistin ihre Kinder an die Musik heranführte.

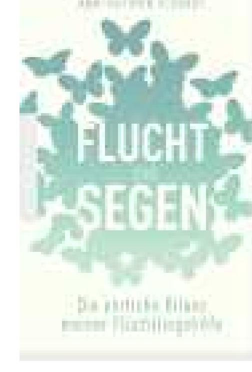
Neben dem Familienmenschen Herbert Blomstedt lernen die Leser auch den Bücherliebhaber kennen. An der Universität von Göteborg lagern bereits in einer eigenen Sammlung rund 20 000 Exemplare; 10 000 Bücher, Partituren und seltene Drucke befinden sich in Blomstedts Privatwohnung. Für den Dirigenten große Schätze und Hilfsmittel, um Musik tiefer zu verstehen.

Der Gesprächsband ist nicht nur ein eindrückliches Porträt der Künstlerpersönlichkeit Herbert Blomstedt, sondern auch ein Aufruf, den Reichtum großer Musik immer wieder neu zu entdecken. Ein Buch, das alle Kulturinteressierten mit Gewinn lesen dürften. *Andreas Guballa*

***„Herbert Blomstedt – Mission Musik“**, Gespräche mit Julia Spinola, Henschel Verlag, gebunden, 192 Seiten, 24,95 Euro*

Bericht einer Insiderin

Ann-Christin Eckardt erzählt von ihren Erfahrungen als »Flüchtlingshelferin«



Der Titel sollte von der Lektüre nicht abhalten, denn Ann-Kathrin Eckardt, 1979 geborene Journalistin, hat ein sehr lesenswertes Buch verfasst. Sie ist seit zwei Jahren „Patin“ zweier irakischer Familien, die sie bei ersten Schritten in die Zivilisation begleitet. „Flüchtlinge“ heißen sie im Buchtitel, auch im Text. Dabei verdanken wir Eckardt den Hinweis, dass es „Flüchtlinge“, also gejagte Schutzsuchende, kaum gibt, denn „ein Großteil der Flüchtlinge will unbedingt und ausschließlich nach Alemania, ist überzeugt: Dort gibt es Arbeit, Wohnraum, ein besseres Leben. Griechenland, Serbien (...) sind nur Sprossen auf der Trittleiter zum Glück.“ Deutschland erlebe einen Immigrantenansturm, den Europäer kopfschüttelnd registrierten und die Immigranten selber, gewohnt an Chaos und Korruption daheim, als deutsche Schwäche ausnutzten.

Eckardt belegt das mit authentischen Aussagen und nennt Zahlen zur absehbaren Zukunft: Bis Ende 2019 werde es 1,5 Millionen Asylsuchende „mit Bleiberecht“ geben, von denen jeder Fünfte ein Analphabet sei. 300 000 Kinder, für die bis zu 24 000 Lehrer fehlten, Stadtviertel als Heimat der „Integrationsverweigerer und Brutstätte für Terroristen“, wovor schon 2016 82 Prozent der Deutschen Angst empfanden. Immer mehr Asylsucher kommen „aus autoritären und patriarchalen Systemen mit starren Regeln und harten Strafen“. Die müssten sie von Europa aus versorgen, dabei würden sie via Skype und Facebook kontrolliert und ermahnt.

Alle Migranten lögen nach allen Seiten: Ihren Großfamilien daheim erzählten sie Märchen von angeblichen Karrieren, wo sie nur im Kellerloch hausen. Deutsche Behörden führten sie hinters Licht mit „engineer diplomas“, die sie in Syrien für die Bedienung von Cola-Automaten bekommen hätten. Zu Sprach- und Förderkursen erschienen sie einmal im Monat, wenn Tickets für den Stadtverkehr zu bekommen seien. Sanktionen dagegen gebe es nicht, Lernerfolge auch nicht. Deutsche kennten zwar die Anspruchshaltung der Asylsucher, zahlten aber TV-Gerät, Wohnung. Essen, Kindergarten, Arzt, in München sogar Karten für Spiele des FC Bayern.

Haarsträubend sei der Umgang von Immigranten mit Frauen: Diese als Ausbilderinnen, Allah behüte! Eher für Sex, denn „europäische Frauen sind leicht zu haben“. Bei ihren eigenen müssten deutsche Gerichte erst bestimmen, wer aus dem polygamen Harem die „amtliche“ Ehefrau ist. Frauen würden brutal geschlagen, dürften nicht arbeiten, könnten es wegen häufiger Schwangerschaft auch nicht: Kondome seien unbekannt, Pillen „machen unfruchtbar“. Wenn eine Frau sieben Töchter hat, „muss sie einen Sohn haben“, und deutsche Ärzte sollen das hinkriegen.

So etwas soll „die Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder“ sein? Häufig hat Eckardt von Deutschen die Klage gehört, dass für Immigranten das Geld da sei, welches Deutschen verweigert wurde. Ihr knapper Kommentar: „Und ja, er stimmt“. *Wolf Oschlies*

***Ann-Kathrin Eckardt: „Flucht und Segen. Die ehrliche Bilanz meiner Flüchtlingshilfe“**, Pantheon Verlag, München 2017, broschiert, 240 Seiten, 14,99 Euro*

Doppelter Verlust

Salzburger teilen den Leidensweg aller Ostpreußen



Heimat kann man nicht mitnehmen, wie das Schicksal der Salzburger Protestanten 1732 bei ihrer Vertreibung aus dem Salzburger Land und 1945 bei der Vertreibung aus Ostpreußen zeigt. Erinnerungen können Vertreibung nicht ungeschehen machen, außer es wird eine Rückkehr erlaubt. Erfolgte die erste Vertreibung aus religiösen, so die zweite aus machtpolitischen Gründen und hat mit „dem Überfall Hitler-Deutschlands“, so Ulla Lachauer im Vorwort, nichts zu tun, außer alle Ostpreußen würden sich kollektiv als schuldig bekennen.

Genau das ist nicht die Intention des Autors. Instruktiv ist der historische Teil mit der Ausbreitung der Reformation, der Restauration durch das Konzil von Trient wie dem Augsburger Religionsfrieden 1555. Er erlaubte es dem Landesherrn, über die Konfession seiner Untertanen zu befinden. Am 31. Oktober 1731 wurde das „Emigrationspatent“ verfügt. Die Austreibung begann, doch am 2. Februar 1732 verkündete der König in Preußen, Friedrich Wilhelm I., die „Salzburger“ aufzunehmen. Er versprach ihnen die preußische Staatsbürgerschaft und Ländereien. In den Jahren 1709 bis 1711 hatte die Pest in Ostpreußen gewütet und 40 Prozent der Landeskinder hinweggerafft. Da waren die etwa 15 000 Religionsflüchtlinge willkommen.

Hochinteressant ist der Exkurs „Friedrich der Große – sein Verhältnis zu Ostpreußen“. Friedrich II. übernahm das Erbe seines Vaters 1740. Sein Urteil über die Provinz war zunächst wenig schmeichelhaft: „Müßiggang und Langeweile sind die Schutzgötter von Königsberg“. Doch kurz vor dem Tod seines Vaters 1739 lobte er dessen erfolgreich betriebene Kolonisation. Er förderte ab 1741 die Wissenschaften. 1752 schrieb er: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Preußen feinen und gelenkten Geistes sind“. Dennoch überließ er im Siebenjährigen Krieg die Provinz 1758 den Russen. Die Zarin erklärte das Gebiet „zum russischen Eigentum“, doch nach ihrem Tod gab Zar Peter III., ein Verehrer Friedrichs, 1762 die Provinz wieder an Preußen.

Umfangreichen Raum nimmt die Familiengeschichte ein. Die Erzählung ist spannend, auch für Außenstehende. Sie endet im Januar 1945 mit dem Einmarsch der Roten Armee. Auch die „Salzburger“ wurden „verstreut in alle Winde“. Ihr Leidensweg ist der aller Ostpreußen. Auch sie „hofften lange, wieder zurückkehren zu können“. *W. Thüne*

***George Turner: „Die Heimat nehmen wir mit. Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten“**, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 5. Auflage, gebunden, 323 Seiten, 29 Euro*

Bitte einsteigen

Humorvolles über Fernbusreisen



Der Sommer rückt näher und damit die Lust aufs Verreisen. Immer beliebter werden Fernbusreisen in Deutschland.

Was man dabei alles erleben kann, hat Sina Pousset in dem Buch „Keine Ahnung, wo wir hier gerade sind“ humorvoll festgehalten. Die Autorin versorgt den Leser höchst unterhaltsam mit Begebenheiten aus dem Fernbus-Kosmos.

So sehr man die Reise in diese Welt auch plant, es kommt immer anders. Was an den „Millionen Fahrgästen, Millionen Leberwurstbroten und Millionen Geschichten“ liegen kann. Wer möglichst günstig von A nach B reisen will, wird sich auf das „letzte große Abenteuer unserer Zeit“ wohl zwangsläufig einlassen müssen. Mit allen Begleiterscheinungen des Reiselebens auf einem halben Quadratmeter Raum. Diese Lektüre eignet sich hervorragend dafür, sich auf das Schlimmste vorzubereiten. Man kann sie während einer solchen Fahrt genüsslich verschlingen. Immerhin krümmelt es nicht beim Lesen. Die Welt der Fernbusreisenden wird eingeteilt in Krümmler und Nicht-Krümmler. Zu welcher Gattung man gehört, zeigt sich im Inneren des schaukelnden Gefährts sehr schnell.

Die in Berlin lebende Autorin wartet liebend gerne auf einen Bus, wenn es sie in die Ferne zieht. Obwohl sie schon so ziemlich alles in diesem Fortbewegungsmittel erlebt hat, steigt sie doch immer wieder freudig ein und ist gespannt auf die Ereignisse, die sich dieses Mal ergeben werden. Praktische Tipps für den Neuling gibt es im Buch reichlich. Vom Suchen und Finden der richtigen Haltestelle, des besten Sitzplatzes, über Essensgewohnheiten, eigene und die der Mitreisenden, bis hin zu Verhaltensstudien der Gattung Mensch und der günstigsten Schlafhaltung auf Langstrecken ist alles dabei. Nicht zu vergessen, die Gepflogenheiten rund um die Bordtoilette. Auch da gibt es Hilfreiches und Amüsantes, um eine solche Reise zu überstehen. Man kann sich verlieben oder Feinde fürs Leben finden. Oder lange, intensive Gespräche, wie sonst mit keinem vertrauten Menschen führen. Man sieht sich ja nie wieder. Alles ist eine Begegnung auf Zeit.

Wer Busreisen nicht mag, wird sich hier bestätigt sehen: „Bloß nicht!“. Alle anderen werden vielleicht sogar animiert, sich selbst einmal auf so eine Klassenfahrt für Erwachsene zu begeben. *Silvia Friedrich*

***Sina Pousset: „Keine Ahnung, wo wir hier gerade sind. Mit dem Fernbus unterwegs“**, Goldmann-Verlag 2016, 12,99 Euro*



General Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs
General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Zahlreiche Generäle und Offiziere stellten von Tippelskirch ihre eigenen Aufzeichnungen zur Verfügung und halfen, die so kurz nach Kriegsende noch vorhandenen Lücken im Quellenmaterial zu schließen. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges" wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewusst von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt. 896 Seiten
Nr. P A0832 Gebunden 49,80 €



Klaus Papies
Ostpreußisches Wortschatzkästchen
Wenn Sprache ein lebendiges Abbild des Menschen ist, dann lebte in Ostpreußen ein kraftvoller und zupackender Menschenschlag von großer Warmherzigkeit und unverstelltem Gefühl. Darunter mag auch so mancher Schelm gewesen sein, denn in vielen oft originellen Wörtern finden sich Hinweise auf den „kleinen Vorteil": Ausdruck einer großen Lebenstüchtigkeit unter einfachen Verhältnissen. Es ist die Welt der Bauern, Handwerker und kleinen Händler, geprägt durch unterschiedliche Völker und Sprachen, durch Landwirtschaft und – eben! – schalkhaften Witz. In Klaus Papies liebevoll gestalteter Wörtersammlung findet sich die untergegangene Welt der alltäglichen Ostpreußen wieder, der Bauern, Handwerker und kleinen Händler: mit ihren Ausdrücken, Redewendungen und Erfahrungen. Sie erwecken eine bodenständige, handfeste Kultur mit Herz und Schalk zu neuem Leben. Ein wirkliches Schatzkästchen. Die ostpreußische Sprache als Spiegelbild der damaligen Welt – und als ihr reiches Gedächtnis. 152 Seiten
Nr. P A1116 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Nicholas Stargardt
Der Deutsche Krieg
Zwischen Angst, Zweifel und Durchhaltewillen – wie die Menschen den Zweiten Weltkrieg erlebten
Einzigartig und fesselnd erzählt der renommierte Oxford-Historiker Nicholas Stargardt in „Der Deutsche Krieg" aus der Nahsicht, wie die Deutschen – Soldaten, Lehrer, Krankenschwestern, Nationalsozialisten, Christen und Juden – den Zweiten Weltkrieg durchlebten. Tag für Tag erleben wir mit, worauf sie hofften, was sie schockierte, worüber sie schwiegen und wie sich ihre Sicht auf den Krieg allmählich wandelte. Gestützt auf zahllose Tagebücher und Briefe, unter anderem von Heinrich Böll und Victor Klemperer, Wilm Hosenfeld und Konrad Jarausch, gelingt Nicholas Stargardt ein Blick in die Köpfe der Menschen, der deutlich macht, warum so viele Deutsche noch an die nationale Sache glaubten, als der Krieg längst verloren war und die Gewissheit wuchs, an einem Völkermord teilzuhaben. Ein verstörendes Kaleidoskop der Jahre 1939 bis 1945 im nationalsozialistischen Deutschland. 848 Seiten
Nr. P A1143 Taschenbuch 16,99 €



DVD - Spielfilm
Wolfskinder
Laufzeit: 98 Minuten
Nr. P A0860 DVD 16,99 €

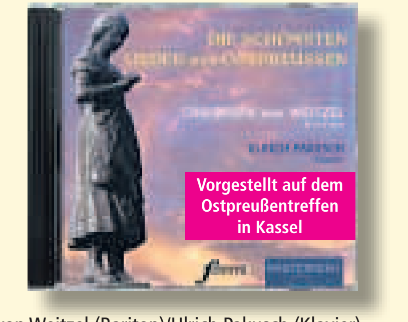
Sommer 1946. Tausende elternlose Kinder kämpfen in Ostpreußen um ihr Überleben. Zu ihnen gehört auch der 14-jährige Hans (Levin Liam). Als seine Mutter (Jördis Triebel) im Sterben liegt, überträgt sie ihm eine letzte Aufgabe: Er soll sich mit seinem kleinen Bruder Fritzchen (Patrick Lorenczat) nach Litauen durchschlagen, wo es noch Bauern geben soll, die deutsche Kinder bei sich aufnehmen. Doch in der Wildnis geraten sie zwischen die Fronten und die beiden Brüder verlieren sich aus den Augen. Seine Suche nach Fritzchen wird zu einer Odyssee, und Hans muss in einem fremden Land gegen Hunger, Wetter und Krankheit kämpfen.



Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz-und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
Nr. P A1105 Gebunden 19,80 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Schläft ein Lied in allen Dingen – Die schönsten Dt. Volkslieder
Lieder: Ännchen von Tharau; Der Mond ist aufgegangen; Guter Mond, du gehst so stille; Wenn ich ein Vöglein wär, Kein schöner Land; Wem Gott will rechte Gunst erweisen; Geh aus mein Herz; Weißt du wieviel Sternlein stehen; Der schöne Tag bricht an; Das bucklige Männlein; Der Lindenbaum; Schneiders Höllenfahrt; In einem kühlen Grunde; Abschied vom Walde; Es ist ein Schnitter; Bist du bei mir u.v.m. Laufzeit: 63 Min.
Nr. P A0737 CD 12,95 €



Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €



Heiteres aus Ostpreußen
Masurische Schmunzelgeschichten
Ruth Maria Wagner liest: Onkelchens Brautschau, masurische Weihnachten ... mit Musikstücken zwischen den einzelnen Erzählungen. (Laufzeit ca. 50 Minuten)
Nr. P 5880 CD 12,95 €



Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Tischfahne mit Wappen Ostpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0745 19,95 €



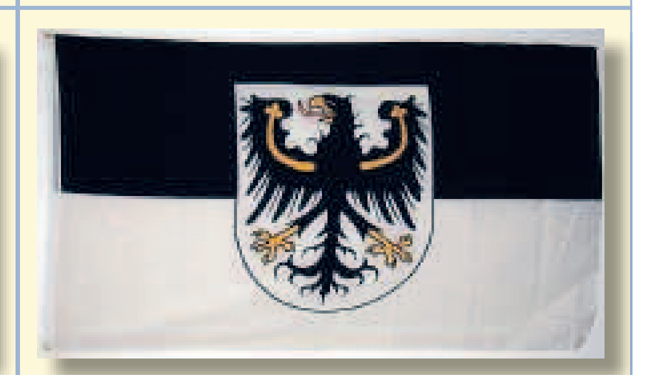
Tischfahne mit Elchschaufel
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0746 19,95 €



Tischfahne mit Wappen Westpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0747 19,95 €



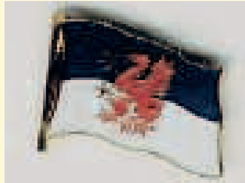
Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 2,50 €



Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Familiennachzug nimmt zu

Berlin – Im ersten Vierteljahr 2017 haben deutsche Botschaften bereits mehr als 17 000 Visa für Iraker und Syrer ausgestellt, die per Familiennachzug ihren nach Deutschland gelangten Verwandten folgen wollen. Im gesamten Vorjahr kamen etwa 50 000 Personen auf diesem Wege aus den beiden Ländern in die Bundesrepublik. Bleibt es im Jahresverlauf bei den Zahlen des ersten Quartals, ist 2017 also mit knapp 70 000 Familiennachzüglern aus Syrien und dem Irak zu rechnen. *H.H.*

1600 Prozent Inflation

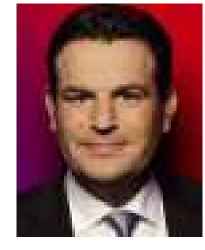
Caracas – Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass die Inflation im heruntergewirtschafteten Venezuela von derzeit 800 Prozent im Jahresverlauf auf noch astronomischere 1600 Prozent steigen wird. Offiziell wird die Landeswährung Bolívar im Verhältnis von 2100 zu 1 gegen US-Dollar getauscht, auf dem Schwarzmarkt liegt der Kurs bei 6100 Bolívar je Dollar. *H.H.*

ZUR PERSON

Gestatten: Heil, Hubertus

Auf der Abgeordnetenliste des Deutschen Bundtages findet sich folgender Eintrag: „Heil, Hubertus“. Für die alphabetische Namensauflistung hat **Hubertus Heil** wohl schon viel Spott ertragen müssen. Jetzt erwartet sich auch die SPD von ihm als neuem Generalsekretär viel – sorry – Heil. Die Rochade an der Spitze der SPD, die durch den Rücktritt von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidenten Erwin Sellering ausgelöst wurde, hat den 44-jährigen Niedersachsen zurück ins Machtzentrum der SPD katapultiert.

Heil war bereits von 2005 bis 2009 SPD-Generalsekretär und wurde kaltgestellt, nachdem die Partei mit 23 Prozent das bei Bundestagswahlen historisch niedrigste Ergebnis eingefahren hatte. Er kann sich zu seiner Verteidigung darauf berufen, dass damals nicht er, sondern Kajo Wesselhövel, ein Intimus des damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, den Wahlkampf geleitet hatte. Unter dem jetzigen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz hat er freie Hand. Die muss er nutzen, um das organisatorische Chaos, das die Parteizentrale zuletzt an den Tag gelegt hat, in den Griff zu kriegen.



Mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann sowie Außenminister Sigmar Gabriel ist Heil bereits der dritte Niedersachse an der Führungsspitze der Partei. Der Vater dreier Kinder vertritt seit 1998 den Wahlkreis Gifhorn und machte seit seinem Eintritt in die Jusos mit 16 Jahren eine klassische SPD-Karriere. Er studierte Politologie, wurde mit 26 Jahren Bundestagsabgeordneter, engagiert sich in der IG Metall sowie der Arbeiterwohlfahrt und gründete zu Gerhard Schröders Zeiten das „Netzwerk Berlin“, das sich als Mittler zwischen dem linke und dem rechten Parteiflügeln versteht. Er ist ein Parteifunktionär wie er im Buche steht und ein Heilsbringer höchstens dann, wenn er Schulzens Wahlkampf nicht in den Sand setzt. *H. Tews*



Bierzelt-Magie

Nichts hält uns auf

Warum Terror-Paten gegen ihre Kollegen kämpfen, wieso wir viel lieber sein müssen, und wie die ARD diesen Trump besiegt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Na endlich! Die Politiker der westlichen Demokratien und ihrer befreundeten Staaten machen ernst im Kampf gegen den radikal-islamischen Terror. Schluss mit Geschwafel und taktischen Winkelzügen, lautet die Botschaft.

Zum Auftakt dieser neuen Saison der Weltpolitik führen die Mächtigen eine wirklich entzückende Operette der Entschlossenheit auf. Katar wird isoliert, weil es den Islamischen Staat (IS) unterstütze und überhaupt den Terror im Namen Mohammeds. Voran gegen Katar marschiert Saudi-Arabien.

Nun ist Katar tatsächlich über die Ohren verstrickt in die globale Radikalisierung des Islam. Aber Saudi-Arabien als Ankläger? Jenes Land, das seit vielen Jahren überall auf der Welt die Radikalisierung der Moslems mit Milliarden Dollar finanziert? Mit saudischem Geld erst gelang es, religiös eher unmusikalische Tschetschenen, Albaner oder Bosnier zu fanatischen Kämpfern des Propheten zu formen. Was läuft da? Vergessen wir das offizielle Geklingel. Katar hat sich den Persern zu sehr angenähert. Daher ist es fällig.

Man meint, einen Mafia-Paten vor sich zu haben, der einen anderen Paten angreift, um einem Politiker einen Gefallen zu tun, der ihm sonst gefährlich werden könnte. Der Politiker heißt Donald Trump. Der US-Präsident hasst den Iran und hatte das saudische Königreich gerade erst besucht, bevor dessen König den Bann über Katar aussprach.

Das läuft wie beim Erdogan, der jeden als Terroristen oder zumindest Terror-Unterstützer entlarvt, der ihm politisch in die Quere kommt. Washington und die Saudis machen das jetzt auch so.

Von wegen: „Der Westen hat auf den Terror keine Antwort.“ Natürlich hat er die. Nur dass es dabei nicht ums Thema geht, sondern darum, wie man die Terror-Kiste für ganz andere Zwecke am besten ausnutzen kann.

Da gibt es Möglichkeiten, auf die wir Normalsterbliche gar nicht kommen würden. Dass eine ungezügelte, nicht kontrollierte Zuwanderung aus dem islamischen Raum problematische Leute zu uns hat einsickern lassen, bezweifelt mittlerweile fast niemand mehr. Da möchte man doch meinen, dass wir uns von vielen dieser Menschen lieber wieder trennen sollten, um die Probleme zu verringern.

Aber ganz im Gegenteil, erklärt der „Migrationsforscher“ und Zuwanderungsfreund Albert Scherr. Es geht um den Fall Assef N. Der gerade 21-jährige Afghane war 2012 illegal nach Deutschland gelangt, hat die Behörden jahrelang getäuscht, fälschlich so getan, als besitze er keinen Pass, hat sich der Abschiebung entzogen und so weiter. Andererseits soll er ein guter, strebsamer und beliebter Schüler gewesen sein. Mit anderen Worten: Assef N. wollte in Deutschland ein ganz normales Leben führen, allerdings scherten ihn die deutschen Gesetze und Behörden einen Dreck. Wie Sie vielleicht im Fernsehen gesehen haben, wurde N. schließlich von der Polizei aus der Schule geholt, wo es zu heftigen Tumulten kam.

> Wenn wir Asylsucher mit unseren Gesetzen behelligen, werden sie eben gefährlich. Selber schuld!

Durch solche polizeilichen Maßnahmen, so warnt uns Scherr, ließen sich selbst vorbildliche Asylbewewerber auf die schiefe Bahn lenken, etwa in die Kriminalität oder gar in „islamistische Strukturen“. So schaffe sich Deutschland Feinde. Und siehe da: Gegenüber den Beamten soll der junge Assef für den Fall seiner Abschiebung gedroht haben: „In einem Monat bin ich eh wieder hier und bringe Deutsche um.“

Ja, das haben wir davon, wenn wir „vorbildliche Asylbewerber“ mit unseren Gesetzen behelligen. So schnitzt der Professor aus einer möglichen Terrorgefahr („bringe ich Deutsche um“) doch tatsächlich ein Plädoyer für noch mehr Nachlässigkeit bei der Zuwanderung, weil sich Deutschland sonst „Feinde“ schaffe, die gefährlich werden könnten.

Wer unsere Gesetze macht und in welcher Absicht er das tut, bleibt dessen ungeachtet ein Rätsel für den normalen Bürger. Fast zeitgleich mit dem Fall Assef N. wühlte uns das Schicksal eines 14-jährigen nepalesischen Mädchens auf, das, obwohl in Deutschland geboren, mit seinen Eltern zurück an den Himalaya geschafft wird.

Die Eltern hatten sich schon vor 15 Jahren illegal in der Bundesrepublik niedergelassen. Die Behörden benötigten jedoch anderthalb Jahrzehnte, um zu einem rechtskräftigen Urteil zur Abschiebung zu gelangen. Geht es vielleicht noch rasanter? Wann werden sie erstmals jemanden abschieben, dessen Urgroßeltern ohne die erforderlichen Papiere ins Deutsche Reich eingereist sind?

Wer produziert Gesetze, die dermaßen viele Einspruchsmöglichkeiten eröffnen, dass es eine halbe Generation dauern kann, bis eine Entscheidung auf dem Tisch liegt? Das sind natürlich unsere Volksvertreter in den Parlamenten. Dafür werden sie bezahlt und gewählt, von uns.

So wird es auch im September wieder kommen, wobei wir die Furcht vor irgendwelchen Überraschungen oder gravierenden Verschiebungen längst glücklich überwunden haben. Angela Merkel wird einen mühelosen Sieg erringen.

Christoph Schwennicke vom „Cicero“ zeigt sich von dieser Aussicht ziemlich mitgenommen. In einem vergifteten Lobgesang unter dem Titel „Angela Merkel – Eine Verneigung“ nennt er die Zahl von 50 Milliarden Euro jährlich, welche uns die, vor allem durch Merkel, ins Land gelockten Asylsucher jährlich kosten, und „das sind nur die ganz direkten Kosten für Verpflegung, Unterbringung und Beschulung“.

Denen stünden insgesamt 100 bis 140 Milliarden Euro an Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur gegenüber, „der sich nicht zuletzt in den bald zwölf Regierungsjahren Merkels“ eingestellt habe. „Hätte man das Geld für die Sanierung von Schulen, Straßen und öffentlichen Einrichtungen ausgegeben statt für die Akuthilfe für Flüchtlinge, Deutschland erstrahlte in ganz neuem Glanz“, klagt Schwennikke. Überdies habe die ewige Kanzlerin den Terror ins Land gelassen. Und doch sei Merkel auf dem Weg in die vierte Amtszeit, was den Autor unübersehbar ratlos zurücklässt.

Manche von uns auch. Doch die schlaue Kanzlerin hat etwas gefunden, das ihr zum Machterhalt sehr nützlich sein dürfte: einen idealen äußeren Feind. Äußere Bedrohungen lassen die Leute zusammenrücken im Schatten ihrer Regierung, das war schon immer so. Die eigentliche Bedrohung, der radikal-islamische Terror, passt allerdings nicht in Merkels Konzept. Da ist der Weg zu kurz zu den Fragen nach ihrer Asyl- und Grenzpolitik.

Bestens präpariert für die Rolle des Buhmanns ist dagegen Donald Trump. Bei einer internationalen Untersuchung kam heraus, dass keiner der untersuchten großen Sender weltweit derart negativ über den US-Präsidenten berichtet hat wie die deutsche ARD. Sage und schreibe 98 Prozent der Beiträge des deutschen Staatssenders über Trump seien nachteilhaft gefärbt gewesen. Eine derart stramme Einseitigkeit haben wir selten genossen, vielleicht zuletzt bei der „Aktuellen Kamera“.

Den Trump zu hassen haben die deutschen „Tagesschau“-Konsumenten demzufolge gründlich gelernt. Entsprechend kräftig spannt Merkel den Bogen: „Nichts wird uns aufhalten“ bei der Rettung des Weltklimas vor dem Feind in Washington, tönt die deutsche Regierungschefin in lange nicht gehörtem Pathos. Klingt das nicht mitreißend?

Den Amis zeigen wir’s. Unsere weltrettende Kanzlerin hat bereits machtvolle Verbündete gewonnen, dabei ist sogar China! Die Volksrepublik ist schließlich berühmt für ihren feinfühligen Umgang mir der Umwelt, wie die milchig-gelben Bilder von der Pekinger Luft (ist das Luft?) überzeugend belegen.

Das Klima gegen Trump verteidigen! Die Welt retten!! Das ist ja fast noch schöner als die „Willkommenskultur“. Gut, die liegt uns mittlerweile schwer im Magen. Doch bis das beim Klima- und Weltretten auch so kommt, ist die Wahl längst durch.

MEINUNGEN

*Mit der Kritik an der Wiedererrichtung des **Kuppelkreuzes am Berliner Schloss** (PAZ berichtete) geht der SPD-Veteran und Präsident des Fördervereins Berliner Schloss, **Richard Schröder**, in der „Welt“ (1. Juni) hart ins Gericht:*

„Bei der Wiedererrichtung des Schlosses dürfen wir uns nicht als Zensoren der Geschichte aufführen. Sonst landen wir bei Orwells Wahrheitsministerium, das die Geschichte nach aktuellen ideologischen Bedürfnissen fortwährend neu schreibt. So etwas hat es unter Stalin ja tatsächlich gegeben.“

***Roger Köppel** spürt in der Züricher „Weltwoche“ (31. Mai) der Frage nach, warum dem US-Präsidenten **Donald Trump** ein solcher **Hass entgegenschlägt**:*

„Die Leute wollen einen Wechsel. Sie glauben nicht an offene Grenzen, unkontrollierte Migration, Kuscheljustiz, politische Korrektheit und die abgehobene internationalistische Politik der letzten Jahre mit ihren Fehlkonstruktionen und missratenen Kriegen. Die Wähler wollen eine Korrektur, deshalb wählten sie Trump. Ob er es bringt, wissen sie nicht, aber sie hoffen wenigstens, dass er den Stall ein bisschen ausmistet ... Trumps Gegner spüren, ahnen, wissen, dass ihnen die Felle davonschwimmen. Umso giftiger hassen sie den Präsidenten.“

*Im österreichischen „Wochenblick“ (31. Mai) enthüllt **Kornelia Kirchweger**, warum Politiker die Begriffe **„EU“ und „Europa“ gezielt durcheinanderwerfen** und etwa von „Europa-Gegnern“ sprechen, wo es in Wahrheit um Kritik an der EU geht:*

„Man will den Leuten halt nicht bewusst machen, dass die EU ein von Menschen erdachtes, wirtschaftspolitisches Konstrukt ist, in dem sich europäische Staaten zusammengetan haben. Die EU ist NICHT Europa. Sie ist auch nicht vom Himmel gefallen und sie ist KEIN Naturgesetz. Und noch etwas: Die EU für ‚heilig‘ zu erklären und von Politikern ein Glaubensbekenntnis pro EU und Euro zu erzwingen, erinnert stark an die Denke der Inquisition im Mittelalter. Es zeigt auch die Panik in den EU-Schaltzentralen.“

***Rainer Hermann** lehnt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (1. Juni) einen pauschalen **Abschiebestopp** nach **Afghanistan** ab:*

„Denn unverändert ist richtig, dass sich der Terror in Afghanistan auf einige Regionen konzentriert und es daneben auch sichere Provinzen gibt. Der Terroranschlag vom Mittwoch hat zudem die Sicherheitslage in Kabul nicht verändert. Einen Grund für einen Abschiebestopp gibt es demnach nicht.“

*Für **Frank Schäffler** geht die **Euro-Zone** grundsätzlich in die falsche Richtung. In „Tichys Einblick“ (1. Juni) zeigt er die **Fehlentwicklungen** auf:*

„Wo Strukturreformen vor Ort notwendig wären, werden diese durch billiges Geld der EZB hinausgezögert. Und wo private Investitionen notwendig sind, werden diese durch Subventionen aus dem fernen Brüssel ersetzt. Als ob es in Spanien, Portugal und Griechenland nicht schon genug Autobahnen gäbe, über die niemand fährt.“